

III Die Gründungsgeschichte des Tell Halaf-Museums bis 1930

Im zweiten Hauptteil der Arbeit wird die Entwicklung von Oppenheims Museums- und Stiftungstätigkeit bis zur Gründung des Tell Halaf-Museums 1930 geschildert werden mit Schwerpunkt auf der Einrichtung eines Orientforschungsinstituts, einer umfangreichen wissenschaftlichen Bibliothek und schließlich einer Stiftung, in die alles eingehen sollte. Dabei soll herausgearbeitet werden, wie und mit welchem Ziel Oppenheim vorging, um diese Einrichtungen mit wissenschaftlichen Materialien zu bereichern, und worin die Schwierigkeiten lagen. Dann sollen die Verhandlungen mit dem Kultusministerium und den Staatlichen Museen sowie die Ursachen, die zu der Aufhebung des Schenkungs- und dem Abschluss des Vergleichsvertrages von 1928 führten, erörtert werden.

Des Weiteren sollen Oppenheims erneuten im Jahr 1926 einsetzenden Bemühungen, die Funde vom Tell Halaf nach Deutschland zu bringen sowie die dann folgenden Forschungsreisen und die ständige finanzielle Unterstützung, die er dafür und für die Stiftung benötigte, dargelegt werden. Am Ende sollen die gescheiterten Vertragsverhandlungen von 1928 und die Entwicklung, die zur Gründung des Tell Halaf-Museums 1930 führte, geschildert werden.

1. Politische Entwicklungen und die Staatlichen Berliner Museen in den zwanziger Jahren

1.1 Das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg

Zu den kulturpolitischen Hintergründen, vor denen sich Oppenheims Museums- und Stiftungstätigkeit in den zwanziger Jahren abspielte, zählt ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Weimarer Republik und die Entwicklung der Türkei bzw. Vorderasiens. Anschließend folgt ein Überblick über die Situation der Staatlichen Berliner Museen nach dem Ende des Krieges.

In Europa fand nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eine Neuordnung statt. Das europäische System, das bis 1914 die fünf Großmächte bestimmt hatten, gab es nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht mehr.³¹⁸ Russland war nach der Oktoberrevolution 1917 aus den

³¹⁸Dazu zählten: Großbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn, Deutsches Reich, und Russland. Nach dem Krieg war eine neue Macht, die USA, die das Ende des Krieges mit entschieden hatten, hinzugekommen. Österreich-Ungarn existierte nicht mehr, Deutschland war besiegt worden, Russland durch Krieg und Revolution geschwächt. Siehe dazu: Schieder, Theodor (Hrsg.): Handbuch der Europäischen Geschichte, Bd. 7/1, Stuttgart 1979, S. 124 ff.

Friedensverhandlungen in Versailles ausgestiegen, Frankreich war eine schwer geschädigte Siegermacht, die im wesentlichen Revanche für ihre Verluste und Sicherheit vor Deutschland haben wollte, die Briten sahen diese Sicherheit eher in einer kontinentalen Abgrenzung vor dem drohenden Kommunismus, und die Amerikaner wollten unter Präsident Wilson ihre demokratischen Vorstellungen in einem Völkerbund verankert sehen.³¹⁹ Das im Völkerbund verankerte Nationalstaatsprinzip schuf eine Reihe neuer Staaten in Europa, die aus der Zerschlagung der Vielvölkerstaaten Österreich-Ungarn und des Osmanischen Reiches hervorgingen.

Deutschland durfte an den Friedensverhandlungen nur passiv teilnehmen und musste durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages am 28. Juni 1919 in Versailles die Kriegsschuld auf sich nehmen. Daraus leiteten sich die in ihrer Höhe unbestimmten Reparationen, die Besetzung und Abtretung vieler rohstoffreicher Gebiete und die militärische Entmachtung ab. In diesem „praktisch abgerüsteten Großstaat Europas“³²⁰ führten die Ergebnisse des Versailler Friedensvertrages zu wirtschaftlichem Niedergang und politischem Extremismus.

In Deutschland war der Erste Weltkrieg mit der Ausrufung der Republik durch den Sozialdemokraten Philip Scheidemann am 9. November 1918 und dem Waffenstillstandsabkommen am 11. November 1918 zu Ende gegangen.³²¹ Der deutsche Kaiser musste abdanken und floh ins holländische Exil. Die Regierungsgeschäfte übernahm der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert. Unter den Sozialisten entbrannte ein Kampf zwischen Vertretern des russischen Räte-systems mit einer Diktatur des Proletariats und denen einer parlamentarischen Demokratie. Die linksextremen Spartakisten versuchten, mit der Einrichtung von Räterepubliken in einigen Städten die Macht an sich zu reißen, doch ihr Einfluss war nicht von Dauer.³²² Nach der Niederschlagung des Spartakusaufstandes durch die Zusammenarbeit von Reichswehr, Reichskorps und der SPD im Januar 1919 wurde die Nationalversammlung in Weimar unter der Präsidentschaft von Friedrich Ebert eröffnet, die die Weimarer Verfassung ausarbeitete.

³¹⁹Siehe dazu: Wilsons Friedenspolitik, Verkündigung der Vierzehn Punkte am 8.1.1918, in: dtv-Atlas Weltgeschichte, Band 2, Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, München 2002, S. 409; Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands, Düsseldorf 1964, S. 831 ff.

³²⁰Schieder 1979 Bd. 7/1, S. 124.

³²¹Die Meuterei der deutschen Hochseeflotte und die Ausbreitung der Revisionisten am 29.10.1918 war der Beginn des sozialistischen Umsturzes. Siehe dazu: Erdmann, Karl Dietrich: Die Weimarer Republik, Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte Band 19, München 1993, S. 28 ff.

³²²Dazu zählten Hamburg, Bremen, Cuxhaven, Braunschweig, Gotha, Gera und München. Siehe dazu: Winkler, Heinrich-August: Der lange Weg nach Westen. Vom Ende des alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. I, München 2005, S. 389 ff.

Deutschland wurde eine parlamentarische Demokratie, die aus Reichstag, Reichsrat und einem mächtigen Reichspräsidenten bestand. Der Zeitraum von 1919 bis 1923 stellte die sogenannten Krisenjahre dar. Innenpolitisch war die Regierung extremem Widerstand ausgesetzt. Dazu zählten sowohl das national gesinnte Bürgertum und die Reichswehr wie auch rechts- und linksextreme Gruppierungen.³²³ Die SPD und das Zentrum hielten an der Republik fest, während sie von oppositionellen Angriffen dauernd geschwächt wurde. Die Lage wurde wirtschaftlich durch die beträchtlichen Gebietsverluste an Frankreich, Dänemark, Belgien und Polen, die 13 % des bisherigen Territoriums ausmachten, wesentlich verschlimmert.³²⁴

Die Proteste der Bevölkerung gegen die überaus harten Friedensbedingungen richteten sich allerdings nicht nur gegen die Siegermächte, sondern auch gegen die Regierung. Die alten Führungsschichten machten mit der so genannten „Dolchstoßlegende,“ nach der die Revolutionäre dem Deutschen Heer in den Rücken gefallen waren, auch die Regierung der Weimarer Republik für den Zusammenbruch der Monarchie verantwortlich.³²⁵ Die Parteien der Weimarer Koalition verloren schon ein Jahr nach ihrer Wahl die Mehrheit. Sie mussten diese an links- und rechtsextreme Parteien abgeben.³²⁶ Bayern wurde zum Hort der nationalen Opposition, die eine Gegenregierung zur Reichsregierung formierte. Auf dieser extremen Basis fand die Partei Adolf Hitlers, die NSDAP, ihre Entfaltung. Zu diesen innenpolitischen Schwierigkeiten kamen kommunistische Aufstände in Hamburg, Sachsen und Thüringen. Erst 1924 konnte der Konflikt zwischen Bayern und dem Deutschen Reich beendet werden.³²⁷

Ein wesentlicher Einschnitt war die Wirtschaftskrise 1923. Zwar hatte schon während des Krieges die Inflation infolge von Kriegsfinanzierung mit Anleihen Einzug gehalten und die Reichsmark war 1918 bereits um die Hälfte des Wertes von 1914 gesunken, doch trugen die

³²³Ausdruck für die frustrierten Rechtsextremisten waren politische Morde an Kurt Eisner (1867-1919) und Walter Rathenau (1867-1922) sowie Putschversuchen: Der Kappputsch (1920) und der Putsch der „Schwarzen Reichswehr“ (1923). Siehe dazu: Erdmann 1993, S. 142 ff.

³²⁴Nordschleswig fiel nach einer Abstimmung an Dänemark, Eupen und Malmedy an Belgien, Frankreich besetzte das Saargebiet und bekam Elsaß-Lothringen, Polen bekam Teile Ost- und Westpreußens, siehe dazu: Schieder 1979 Bd. 7/1, S. 529. Zu den Inhalten des Versailler Vertrages siehe: dtv-Atlas Weltgeschichte 2002, S. 411.

³²⁵Zur Dolchstoßlegende siehe: Gaertringen Hiller von, Friedrich: Dolchstoß-Diskussion und Dolchstoßlegende im Wandel von vier Jahrzehnten, 1963.

³²⁶Ursache dafür war der gescheiterte Kapp-Putsch im März 1920, bei dem sich die Reichswehr nicht gegen diesen Umsturzversuch von rechts, aber dafür später gegen den Ruhraufstand von links widersetzte und dieses von der Regierung Ebert toleriert wurde. So wandten sich enttäuschte SPD-Wähler hin zur USPD und KPD, wie sich dann auch nach dem kommunistischen Aufstand im Ruhrgebiet gegen den Kapp-Putsch mehr Wähler der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei zuwandten. Siehe dazu: Schieder 1979, S. 530 und Winkler 2005, S. 409 ff. Zu den Reparationszahlungen siehe: Bergmann, K.: Der Weg der Reparationen, 1926.

³²⁷Erdmann 1993, S. 188.

hohen Reparationszahlungen an die Siegermächte zum weiteren Verfall bei. Das Deutsche Reich konnte den Zahlungen nicht mehr nachkommen, woraufhin die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten und die deutsche Regierung die dortigen Arbeiter zum Widerstand aufrief.³²⁸ Die Inflation stieg ungebremst, was den Mittelstand besonders hart traf.³²⁹ Die deutsche Regierung konnte die gleichzeitige Finanzierung von Widerstand und Reparationen nicht mehr leisten. Nach Rücktritt der Regierung Cuno folgte die Regierung Stresemann.³³⁰ In seiner kurzen Regierungszeit gelang es Cuno, die Widerstände im Ruhrgebiet zu beenden und durch Gründung einer Reichsbank und Einführung der Rentenmark die Währung einigermaßen zu stabilisieren. Auf das Desaster des Ruhrkrieges folgte der von den Briten und Amerikanern initiierte Dawes-Plan, der eine Neuregelung der im Londoner Abkommen festgelegten Reparationsverpflichtungen vorsah.³³¹ Der Dawes-Plan ermöglichte die wirtschaftliche Erholung des Reiches und ebnete den Weg aus der politischen Isolierung. Der Weg führte zum Vertrag von Locarno und schließlich 1926 zur Aufnahme in den Völkerbund.³³² Diese Verträge sowie der Beitritt zum Völkerbund verschafften dem Deutschen Reich auf internationaler Ebene einen zunehmend anerkannten und gesicherten Status.³³³ Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg in die Rehabilitation war der Abschluss des von 15 Staaten unterzeichneten Briand-Kellog-Paktes im Jahr 1928, in dem der Krieg als zu ächtendes Mittel in der Politik proklamiert wurde und Deutschland durch die Unterschrift als gleichberechtigtes Mitglied angesehen wurde.³³⁴

Es folgten einige Jahre der wirtschaftlichen Stabilisierung, in denen die jeweilige Reichsregierung durch amerikanische Kredite in die Lage versetzt wurde, den Reparationen an die Siegermächte nachzukommen. Mit dem Abschluss des Young-Planes von 1929, der eine Fortset-

³²⁸Schieder 1979, Bd. 7/1, S. 531.

³²⁹Zur Inflation 1923 siehe: Ringer, F.K. (Hrsg.): *The German Inflation of 1923*, Amsterdam 1964.

³³⁰Von 1919 bis 1932 wechselte die Regierung dreizehn Mal ihren Kanzler. Zur Entwicklung der SPD in den Anfangsjahren siehe: Kastning, Alfred: *Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923*, Paderborn 1970.

³³¹Nach dem Ultimatum von London 1921 musste das Deutsche Reich jährlich 5 Milliarden Mark an Reparationen in Geld- und Sachwerten zahlen. Der Dawes-Plan setzte keine bestimmte Höhe an Reparationen fest, sondern nur „die Reparationsannuitäten und die innerdeutsche Aufbringung dieser Gelder“, Schieder 1979, Bd. 7/1, S. 532.

³³²Durch den Vertrag von Locarno garantierte Deutschland die Westgrenzen und hielt sich die Möglichkeit der Wiedergewinnung von Ostgebieten offen. Damit wurde das Sicherheitsbedürfnis der Franzosen und der Briten gedeckt, die wiederum Beistandspakte mit Polen und der Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffes schlossen. (Garantie- und Schiedsverträge). Siehe dazu: Möller, Horst: *Europa zwischen den Weltkriegen*, München 1998, S. 49 ff.

³³³Das Verhältnis zur Sowjetunion fand schon kurz nach Ende des Krieges zum Misstrauen der anderen Siegermächte eine Verbesserung. Symbolisch für diese Annäherung war der berüchtigte Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922. Hier wurde unter anderem die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, Meistbegünstigung im Handel und Verzicht auf Kriegsentschädigungen vereinbart. Es folgte am 24. April 1926 ein Vertrag über die Neutralität beider Staaten im Falle eines Angriffes. Siehe dazu: Schöllgen 2005, S. 121 ff.

³³⁴Altrichter, Helmut/ Walter L. Bernecker: *Geschichte im 20. Jahrhundert*, Berlin 2004, S. 72.

zung des Dawes-Plans darstellte, war eine endgültige Regelung der Reparationszahlungen auf die folgenden fast sechzig Jahre festgelegt worden. Damit war Deutschlands Souveränität auf wirtschaftlichem Gebiet im Grundsatz wieder hergestellt.³³⁵

Im Gegensatz zu der außen- und wirtschaftspolitischen Stabilität konnte innenpolitisch keine Stabilität durchgesetzt werden. Dauernd wechselnde Regierungen förderten die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Es folgte eine „*Militarisierung des öffentlichen Lebens*.“³³⁶ Die Wahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten nach Eberts Tod 1925 war symptomatisch für einen national-konservativen Wechsel. Während seiner Präsidentschaft folgte unter dem Einfluss der Konservativen der Aufbau eines starken Staates in den Bereichen der Bürokratie, der Justiz, des Militärs und der Parteien.³³⁷

Nach dem Scheitern der letzten parlamentarischen Regierung unter Hermann Müller im März 1930 wegen mangelnder Fähigkeit, eine tragbare Finanzpolitik zu gestalten, fand die amtierende Regierung keine Mehrheit mehr im Reichstag.³³⁸ Die folgenden Regierungen, so genannte Präsidialkabinette, mussten von Reichspräsident Hindenburg eingesetzt werden.³³⁹

Es folgte der Untergang der Weimarer Republik. Dazu leistete die Weltwirtschaftskrise, die mit dem Zusammenbruch der New Yorker Börse 1929 ihren Anfang nahm, einen wesentlichen Beitrag. Die amerikanischen Kredite wurden abgezogen und die deutsche Wirtschaft brach zusammen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 2 Millionen auf 6,1 Millionen bis zum Winter 1931/32 an.³⁴⁰ In diesem Klima erlangte die NSDAP bei Wahlen 1930 großen Zulauf. Schließlich wurde nach mehreren weiteren gescheiterten Minderheitsregierungen am 30. Januar 1933 Adolf Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.³⁴¹

³³⁵Eine Expertenkonferenz unter dem amerikanischen Leiter Owen D. Young hatte die jährlichen Zahlungen auf 2 Milliarden Mark durchschnittlich pro Jahr festgelegt. Der Betrag sollte dann steigen und im Verlauf der Zeit wieder absinken. Entscheidend war, dass die Verantwortung für die Zahlungen an die Reichsregierung überging. Siehe dazu: Winkler 2005, S. 477 ff.

³³⁶Altrichter /Bernecker 2004, S. 74.

³³⁷Altrichter/Bernecker 2004, S. 74.

³³⁸Es konnte kein Kompromiss über eine Erhöhung der Rentenbeiträge gefunden werden. Erdmann zu Folge bedeutete dieses Ende, dass sich durch den Bruch der Großen Koalition der deutsche Reichstag selbst ausschaltete. Erdmann 1993, S. 277.

³³⁹Die Rechtsgrundlage dafür war der Artikel 48 der Weimarer Verfassung.

³⁴⁰Die genaueren Wirtschaftszahlen in: Schieder 1979 Bd. 7/1, S. 542 ff.

³⁴¹Nach der Regierung Müller folgten Brüning, von Papen und Schleicher. Siehe dazu: Winkler 2000, S. 488 ff.

1.2 Das Osmanische Reich nach dem Ersten Weltkrieg

Das Schicksal des Osmanischen Reiches wurde schon während des Krieges in verschiedenen Verträgen festgelegt. Im Londoner Vertrag von 1915 wurden Italien Gebiete in Anatolien zugesprochen, im Sykes-Picot-Abkommen teilten Frankreich und Großbritannien die Einflussphären in Palästina und Mesopotamien auf, und nach russisch-französischen Vereinbarungen sollten Russland Armenien und Teile von Kurdistan zugesprochen werden.³⁴² Der arabische Teil des Reiches hatte sich bereits während des Ersten Weltkrieges von der osmanischen Herrschaft befreit und kämpfte an der Seite der Briten gegen die Osmanen.³⁴³ 1917 ließ sich Hussein Ibn Ali aus dem Hause der Hedschas zum König von Arabien ausrufen.

Die Alliierten besetzten nach dem Waffenstillstand von Mudros am 30. Oktober 1918 zunächst Istanbul und die Meerengen. Die Interessen der nationalen Minderheiten standen den Orientinteressen der Siegermächte gegenüber. Die nationalen Minderheiten forderten unabhängige Staaten. Wesentlicher Grund für die Auflösung des Osmanischen Reiches waren die 14 Punkte des Wilson-Planes. Danach wurde dem türkischen Teil des ehemaligen Reiches zwar volle Souveränität garantiert, den nicht-türkischen Teilen das Recht auf nationale Selbstständigkeit jedoch ebenso zugesprochen.³⁴⁴ Durch die Versailler Friedensverträge wurde eine große Anzahl von neuen Staaten in Ost- und Mitteleuropa ins Leben gerufen, die mit der Aufnahme in den Völkerbund zu einem friedlichen Miteinander verpflichtet werden sollten. Der Völkerbund stellte eine übernationale Institution dar, „(...) *ein Parlament der Nationen, in dessen Gremium nationale Gegensätze und internationale Probleme nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt auf dem Verhandlungswege ausgeglichen und gelöst werden sollte.*“³⁴⁵ Dieses Anliegen war jedoch auf Grund divergierender Interessen der Mitglieder nicht durchzusetzen.³⁴⁶

Die Alliierten hielten sich in der Türkei mit der Besetzung von Konstantinopel und der internationalen Kontrolle über die Meerengen nicht an das Bekenntnis zur Selbstbestimmung. Wie

³⁴²Rösch, Edgar: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2002, S. 194.

³⁴³Lawrence von Arabien, britischer Archäologe, Schriftsteller und Diplomat, organisierte 1915-1918 erfolgreich arabische Aufstände gegen die Türken und die Mittelmächte. Er widersetzte sich allerdings 1919 vergeblich den Friedensregelungen im Nahen Osten. Siehe zu Lawrence von Arabien: Lawrence, Thomas Edward.: Die Sieben Säulen der Weisheit. Lawrence von Arabien, München 1976; Stewart, Desmond: T.E. Lawrence, London 1977.

³⁴⁴Siehe zum Vierzehn Punkte-Plan: dtv-Atlas Weltgeschichte 2002, Bd. 2, S. 409.

³⁴⁵Mann, Golo (Hrsg.): Weltgeschichte. Das zwanzigste Jahrhundert, Bd. 9, Frankfurt am Main./Berlin 1986, S. 315.

³⁴⁶Nach Golo Mann stellte der Völkerbund keinen Weltbund, sondern einen Bund der europäischen Großmächte dar, die ihre nationalen Interessen durchsetzen wollten und den Völkerbund hierzu nutzten. Mann 1986, S. 315.

bereits erwähnt, wurden Syrien und der Libanon unter französische, der Irak und Palästina unter britische Mandatsverwaltung, Teile Anatoliens unter griechische und der südwestliche Teil unter italienische Verwaltung gestellt. Im Vertrag von Sèvres vom 10. August 1920 bestätigte die türkische Regierung unter Sultan Mohammed VI. die Aufteilung des Reiches, die Internationalisierung der Meerengen sowie die militärische und finanzielle Kontrolle.³⁴⁷

Gegen die passive Haltung der Hohen Pforte hatte sich eine national-türkische Unabhängigkeitsbewegung unter Kemal Pascha gebildet, die als eine Nationalversammlung in Ankara nun gegen den Vertrag von Sèvres protestierte. Denn die im Wilson-Plan vorgesehene Souveränität wurde nun durch die Abspaltung der kleinen Provinzen von der Kern-Türkei bedroht. Kemal Paschas Bewegung forderte die weitere Zugehörigkeit der östlichen Provinzen zur Türkei und nicht zu Griechenland. Kemal Pascha kämpfte im Zuge eines nationalen Befreiungskrieges gegen die Griechen und konnte diese aus den besetzten, aber auch den seit Jahrtausenden von Griechen bewohnten Gebieten vertreiben.³⁴⁸ In der Folge fand eine gewaltige nationale Umsiedelung statt.

Im Friedensvertrag von Lausanne 1923 erhielt die Türkei Teile der besetzten Gebiete zurück und erreichte eine Entmilitarisierung der Meerengen.³⁴⁹ Durch diese bedeutende Revision des Vertrags von Sèvres wuchs das Ansehen Kemal Paschas beträchtlich, so dass die Regierung unter dem letzten Sultan der Osmanen abdanken musste. Am 23. Oktober 1923 wurde die türkische Republik ausgerufen und die Hauptstadt offiziell von Istanbul nach Ankara verlegt. Diese Verlegung war symbolhaft für „(...) *die Austilgung aller religiösen Elemente des bisher islamisch geprägten Staates.*“³⁵⁰

Die Türkei bekam eine neue Position in der Mitte Europas zugesprochen. Sie wurde Mitglied eines nationalstaatlichen Bandes in Mitteleuropa, das einerseits revolutionäre Entwicklungen und andererseits einen Zusammenschluss Deutschlands mit Russland verhindern sollte.³⁵¹

Der Tell Halaf lag nun in Syrien, einem nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches entstandenen unter französischer Herrschaft stehenden Staat. Auch hier führte das Streben

³⁴⁷Zum Inhalt des Sèvres-Vertrages siehe: dtv-Weltgeschichte 2002, Bd. 2, S. 411.

³⁴⁸Zu dem Verlauf der Kriegsführung unter Kemal Pascha siehe: Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei, München 2000, S. 25 ff.

³⁴⁹Diese Gebiete betrafen sowohl die griechisch besetzten Gebiete als auch die den Armeniern und Kurden zugesprochenen Gebiete. Die Türken verpflichteten sich, sich für diese Minderheiten einzusetzen. Siehe dazu: Steinbach 2000, S. 28.

³⁵⁰Schieder 1979, Bd. 7/2, S. 129.

³⁵¹Schieder 1979, Bd. 7/2, S. 129.

nach Unabhängigkeit und Widerstand gegen die Auflagen der Besatzer wie in allen arabischen Nationen zur Rebellion der arabischen Bevölkerung. Die Lage war kompliziert, da zwar die Siegermächte während des Ersten Weltkrieges die arabische Unabhängigkeit mit dem Sherifen von Mekka, Hussein, vereinbart hatten, in der Folge dann aber das Sykes-Picot-Abkommen geschlossen wurde. Die aufgeteilten Staaten hatten sich im Versailler Vertrag dazu verpflichtet, Beistand und Rat durch die Mandatsübernahme der Besatzer zu akzeptieren.³⁵² So gab es doch kein einheitliches arabisches Königreich, für das die Rebellen unter Lawrence von Arabien während des Ersten Weltkrieges gekämpft hatten, sondern die erneute Besetzung durch fremde Mächte.³⁵³

In Syrien schlugen die Franzosen die Widerstandsbewegung nieder, die Feisal, der Sohn Husseins, angeführt hatte.³⁵⁴ Im Süden Syriens entstand der von den Briten verwaltete neue Staat Palästina, der nach der Balfour-Erklärung auch von den Arabern dem jüdischen Volk zugestanden wurde.³⁵⁵ Im Osten entstand das unter britischem Mandat stehende Emirat Transjordanien, dessen Emir ein weiterer Sohn Husseins, Abdallah, wurde. Im britisch besetzten Irak herrschte König Faisal, der von den Franzosen aus Syrien vertriebene Sohn Husseins.³⁵⁶ Die Türkei war der einzige wirklich unabhängige Staat auf dem Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches.

1.3 Die Staatlichen Berliner Museen und die Vorderasiatische Archäologie in den zwanziger Jahren

„Rote Fahnen wehten über dem königlichen Schloß und dem Alten Museum (...) an den Eingangstüren hingen rote Plakate mit der Aufschrift ‚Nationaleigentum‘.(...) Am 18. November

³⁵²Hussein wurde 1908 von den Osmanen zum Sherif von Mekka ernannt, der sich dann aber im Ersten Weltkrieg mit Unterstützung der Briten gegen die Osmanen erhob. Ihm wurde von den Briten während des Krieges ein unabhängiges Königreich Arabien unter Einschluss des Irak und Syrien zugesagt. Dann schlossen die Mächte allerdings wenige Monate später das Sykes-Picot-Abkommen ab. 1917 ließ sich Hussein zum Missfallen der Briten in Mekka zum König von Arabien krönen. Nach dem Ende des Krieges und dem Beginn der Besatzungen wurde er von dem britischerseits unterstützten saudischen Königsgeschlecht Abd a-Aziz ibn Saud vertrieben.. Hourani, Albert: Die Geschichte der arabischen Völker, Frankfurt am Main. 1991, S. 389.

³⁵³Siehe zu Lawrence von Arabien Anm. 320.

³⁵⁴Auch Faisal beteiligte sich während des Krieges mit britischer Unterstützung an dem Unabhängigkeitskrieg der arabischen Halbinsel gegen die Osmanen und ließ sich sogar 1920 zum König von Syrien ausrufen. Er wurde allerdings noch im selben Jahr von den Franzosen gestürzt.

³⁵⁵In der Balfour-Deklaration vereinbarten die Briten mit der zionistischen Bewegung, eine Heimat für das jüdische und das palästinensische Volk zu schaffen und diese unter ihre Verwaltung zu stellen. Die arabischen Nationalisten, vertreten durch Faisal, stimmten dieser Erklärung zu, wenn es auch kurz darauf bereits zu arabischen Widerständen gegen die Errichtung eines Staates gab. Siehe dazu: Ben-Sasson, Haim H. (Hrsg.): Geschichte des jüdischen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1995.

³⁵⁶Hourani 1991, S. 390 ff.

[1918] wurde für sämtliche Museen Berlins ein Beamtenrat gewählt und Wiegand zum Obmann bestellt.³⁵⁷

Auch die nun Staatlichen Berliner Museen erfuhren Veränderungen. Nach innen wie auch nach außen. Die Museumsverwaltung bestand zwar in den Anfangsjahren weiterhin aus Mitarbeitern der Kaiserzeit, doch wurden die Museen durch die Trennung der Hohenzollern-Eigentümer nun in die Staatlichen Berliner Museen umbenannt.³⁵⁸

Der Neubau war nach Ausbruch des Krieges nur noch in geringem Maß weiter verfolgt und 1916 schließlich ganz eingestellt worden. Nachdem sich 1920 die erste Regierung unter Friedrich Ebert konstituiert hatte, wurde der Weiterbau vom zuständigen Beamten im Kultusministerium, Friedrich Schmidt-Ott, zwar grundsätzlich befürwortet, nur war die Finanzierung noch vollkommen offen.³⁵⁹ Der wesentliche Befürworter und Vater des Neubauprojektes, Wilhelm von Bode, musste nach dem nun eingeführten Rentenalter von 65 am 1. Oktober 1920 als Generaldirektor zurücktreten. Sein Nachfolger wurde Otto Ritter von Falke. Bode behielt allerdings entscheidende Funktionen, wie die des Vorsitzenden der Museumsbaukommission, des Direktors der Gemäldegalerie und des Stellvertretenden Generaldirektors.³⁶⁰ Er zog sich keineswegs zurück, sondern setzte sich weiterhin engagiert für seine Museumsinteressen ein.³⁶¹

Die Direktoren der jeweiligen Abteilungen kämpften nun für eine Überdachung ihrer Flügel des neuen Pergamonmuseums. Denn während des Krieges war nur der Nordflügel noch notdürftig abgedeckt worden. Zusammen mit Wiegand versuchte Bode, in einem Zeitungsartikel den Zustand der Museen anzuprangern. *„Was ist geschehen, um endlich die Bauten Messels auf der Museumsinsel unter Dach zu bringen? Oder sollen diese Bauten eingestellt werden, um in einigen Jahren romantische Ruinen à la Piranesi für Maler und Radierer darzustellen, in denen die Frösche quaken? Ist es wahr, daß Deutschland in Zukunft eine weltversöhnende*

³⁵⁷Watzinger 1944, S. 342.

³⁵⁸Aus den Königlichen Museen wurden die Staatlichen Museen. Laut Petras gab es zu dieser Umbenennung kein offizielles Gesetz oder eine Verfügung. Im Berliner Tageblatt vom 12.11.1918 stand: „(...) die hiesigen staatlichen Museen (...) stehen als Nationaleigentum unter dem Schutz der Volksregierung.“ Zitiert nach Petras, Renate: Die Bauten der Berliner Museumsinsel, Berlin 1987, S. 152. Zu der Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern und die Konzeption der „Museumsschlösser“ ab 1918 siehe Eggeling, Tilo: Königsschlösser - Museumsschlösser. Entstehung, Geschichte und Konzeption der Preußischen Schlösserverwaltung, Berlin 1991. S. 9 ff.

³⁵⁹Zitiert nach Ohlsen, Manfred: Wilhelm von Bode. Zwischen Kaisermacht und Kunsttempel, Berlin 1995, S. 290. SMBPK/ZA, Friedrich Schmitt-Ott an Bode, 18.12.1919 und 1.2.1920.

³⁶⁰Ohlsen 1995, S. 290.

³⁶¹Gaethgens, Thomas W./Barbara Paul (Hrsg.): Wilhelm von Bode. Mein Leben, Berlin 1997, S. 427 ff.

*Kulturpolitik treiben und sich mit seinen wissenschaftlichen Leistungen neue Freunde erwerben will, und ist dieses Verfahren der Anfang dazu?*³⁶²

Das Verhältnis Wiegands zu Bode sollte sich allerdings bald darauf verschlechtern. Das Finanzministerium bewilligte schließlich die Bereitstellung der nötigen Mittel, damit zumindest der Rohbau des Pergamonmuseums bis 1924 fertig gestellt werden konnte. Erst dann sollten die inneren Abteilungen ausgebaut werden. Doch über die Frage der inneren Ausgestaltung bzw. der Prioritätensetzung, welcher Flügel zuerst fertig gestellt werden sollte, entbrannten heftige Auseinandersetzungen zwischen Bode und den Abteilungsdirektoren. Bode entwickelte sich, insbesondere nach seinem Rücktritt als Generaldirektor, zu einem vehementen Vertreter für die Fertigstellung des Nordflügels, „seinem Deutschen Museum.“ In diesem sollten seine persönlich gesammelten Bildwerke und die 1919 von James Simon geschenkte Sammlung deutscher Holzskulpturen aufgenommen werden. So Bode vor dem Bauausschuss: *„Mein Interesse als Generaldirektor war ein ganz Allgemeines (...) jetzt vertrete ich nur noch diesen [Nord] Flügel, insofern weil ich als Generalverwalter für das Kaiser-Friedrich-Museum beauftragt bin, wo die deutschen Bildwerke und Gemälde (...) jetzt in den Kellern zugrunde gehen.“*³⁶³

Für die anderen beiden Komplexe, die ägyptisch-vorderasiatische und die antike Abteilung waren die jeweiligen Direktoren, bis 1928 Otto Weber, dann Walter Andrae und Theodor Wiegand zuständig.

Die folgenden Auseinandersetzungen richteten sich von Bodes Seite aus sowohl gegen die Abteilungsdirektoren (insbesondere Wiegand) und eine Übermacht ihrer Sammlungen als auch gegen die Architekten Hoffmann und Wille. Hoffmann weigerte sich entgegen Bodes Vorstellungen, die innere Ausgestaltung der Räume im Nordflügel in historischer Gestaltung vorzunehmen. Die Kritik Bodes richtete sich auch ganz allgemein gegen Hoffmanns Änderungen an den ursprünglichen Plänen des Messelbaus.³⁶⁴ Der Konflikt entbrannte vollends, als der Schriftsteller Karl Scheffler nach einem Rundgang mit Bode durch den Neubau einen Artikel schrieb, in dem er die Abteilungsdirektoren und deren Ausgestaltungspraxis angriff.³⁶⁵ Bode wurde als Quelle entlarvt, und die Auseinandersetzungen über die bevorzugte Fertigstel-

³⁶²Zitiert nach Watzinger 1944, Berliner Lokalanzeiger Januar 1920, ohne Namensnennung des Autors.

³⁶³Zitiert nach Waetzoldt, Stefan: Wilhelm von Bode -Bauherr? In: Wilhelm von Bode als Zeitgenosse der Kunst. Festschrift zum 150. Geburtstag, Berlin 1995, S. 58.

³⁶⁴Zu den beiden Architekten des Pergamonmuseums siehe Kapitel II 1.1. Hoffmann verfolgte in seinen Plänen den Wegfall der Säulenhalle, des Portikus beim Hauptbau und weitere proportionale Veränderungen.

³⁶⁵Watzinger 1944, S. 354.

lung des Deutschen Museums gegenüber einer Fertigstellung des ganzen Gebäudes wurden massiver.³⁶⁶

Die Wirtschaftskrise 1923 brachte den Rohbau erneut zum Erliegen. Nach der Einführung der Rentenmark konnte das Finanzministerium allerdings für 1924 weitere Beträge bewilligen. In diesem Zeitraum erschienen immer wieder Artikel Schefflers, in denen er die Direktoren, aber auch Bode und den Architekten Hoffmann angriff und die verschwenderische Ausgestaltung der Räume beklagte. Archäologen wurden angegriffen, „(...) *die Schauräume für ganze Tempel verlangten, so groß, daß man mit Luftschiffen darin herumfahren könne.*“³⁶⁷ Die Auseinandersetzungen beschrieb Scheffler dann in einer Publikation mit dem Titel „Der Berliner Museumskrieg“. Scheffler schrieb, dass dieses Buch einschlug, „(...) *wie eine Bombe, die Presse bildete ebenfalls Parteien für und wider, die Gegner fanden Rückhalt an den Angegriffenen.*“³⁶⁸

Bei diesen Auseinandersetzungen ging es sowohl um die Quantität als auch um die Qualität der Gewichtung außereuropäischer Kulturen und europäisch-christlicher Epochen; folglich der Kunst der Antike und der der Neuzeit.³⁶⁹

In Schefflers „Museumskrieg“ ging es aber auch um eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und mit dem Selbstverständnis des Deutschen Reiches, dessen Weltrang eben auch in einem monumentalen Neubau der Museen zur Geltung kommen sollte. Dieser Neubau sollte für das kulturelle Selbstverständnis stehen. Die Kultur Mesopotamiens als Beginn der Zivilisation, die durch die Deutschen wieder entdeckt und ausgegraben wurde, die griechische Kunst, die den Beginn der abendländischen, also auch deutscher Kultur darstellte, sowie die deutsche Kunst, die als dritte Säule seit dem Mittelalter die Fortsetzung dieser beiden Kulturen bildete.³⁷⁰

Doch mit dem Ende des Kaiserreiches hatte dieses Selbstverständnis seinen Boden verloren. Daher wandte sich Schefflers Kritik gegenüber dem Bauvorhaben auch gegen die überladene Zurschaustellung von Sammlungen in historischem Stil, die nur auf Quantität zielten und auf

³⁶⁶Ohlsen 1995, S. 296. Siehe zu Bodes Sicht über die Auseinandersetzungen mit Hoffmann und Scheffler auch: Gaethgens/Paul 1997, S. 437 ff.

³⁶⁷Zitiert nach Watzinger 1944, S. 366.

³⁶⁸Scheffler, Karl: Die fetten und die mageren Jahre, München 1946, S. 235. Der Berliner Museumskrieg in: Scheffler, Karl: Der Berliner Museumskrieg, Berlin 1921.

³⁶⁹Mai 1994, S. 40.

³⁷⁰Gaethgens, Thomas W.: Das Pergamonmuseum - unvollendetes Denkmal deutscher Geschichte, in: Wedel, Carola (Hrsg.): Das Pergamonmuseum. Menschen-Mythen-Meisterwerke, Berlin 2003.

Kosten der Qualität gingen. Er beschuldigte die Fachwissenschaftler, das Wesentliche bei ihren Ausstellungen zu vergessen, nämlich der Zurschaustellung für den Besucher. Die Fachwissenschaftler hätten verkannt, dass der Besucher berechtigterweise in den Werken „(...) nicht zuerst den historischen Wert, sondern die Schönheit und das Erlebnis ausdrucksvoller Schönheit [sucht].“³⁷¹ Scheffler machte die wilhelminische „Großmannssucht“ für den desaströsen Zustand der Museen verantwortlich.³⁷² Der letzte Kaiser hätte die Museen für das eigene Prestige benutzt, die sachliche Präsentation der Sammlungen wäre der staatlichen Repräsentation gewichen. „Der Ruf der Zeit ist nach großen repräsentativen Museen gegangen, und ihm sind die Berliner Museumsführer mit einer wahrhaft leidenschaftlichen Hast gefolgt, angefeuert von der Effektsucht des Kaisers.“³⁷³

Scheffler forderte eine Löslosung der Museen von der vergangen Museumspraxis. Das schloss sowohl ein neues Selbstverständnis als auch eine neue, sachliche und schlichte Inszenierungspraxis der Sammlungen ein. „Und hier ist es nun am Platz einmal grundsätzlich zu sagen, für wen und zu welchem Zweck Museen denn eigentlich da sind (...). Das Museum ist, allem voran, um seiner selbst willen da, es ist, wie alles Geistige, in erster Linie zweckfrei, ja, seine beste Kraft liegt darin, daß es inmitten einer unnatürlich zweckvoll arbeitenden Welt, zweckfrei bleiben kann.“³⁷⁴

Auf Schefflers Auseinandersetzung mit dem Zustand der Museen folgte eine energische Debatte über deren Ausgestaltung und Zukunft. Eine Denkschrift des Kultusministeriums vom Januar 1922 verdeutlichte die veränderte Haltung. Hier wurde die „Dimension der Vorkriegsplanung als Fehlgriff staatlicher Kulturpolitik“ gebrandmarkt und die Museen aufgefordert, nun die Schwerpunkte mehr auf die Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit als auf das Sammeln zu legen.³⁷⁵

Bode verlor seinen Kampf gegen die Architekten Hoffmann und Wille.³⁷⁶ Das Kultusministerium setzte sogar eine Kommission zur Ergründung der persönlichen und fachlichen Differen-

³⁷¹Scheffler 1921, S. 46.

³⁷²Scheffler 1921, S. 55.

³⁷³Scheffler 1921, S. 47.

³⁷⁴Scheffler 1921, S. 108.

³⁷⁵Zitiert nach Ohlsen 1995, S. 298.

³⁷⁶Schon ab 1922 war Bode nicht mehr Vorsitzender der Baukommission. Nachdem er noch während des Krieges gegen den Willen Hoffmans einen ihm hörigen Architekten, German Bestelmeyer, dafür gewonnen hatte, die Räume des Deutschen Museums in historischem Stil zu inszenieren, musste er auf Beschluss des Kultusministeriums und des Landtags im Jahr 1925 diese wieder abreißen und im Sinne Hoffmans bauen lassen. Siehe dazu: Waetzold 1995, S. 59 und Petras, Renate: Die Bauten der Berliner Museumsinsel, Berlin 1987, S. 156.

zen ein, die 1925 den Weiterbau nach den Plänen Hoffmanns entschied.³⁷⁷ Dieser Beschluss war Zeichen dafür, dass sich die Raum- und Ausstellungsgestaltung weg vom „(...) *ästhetisch arrangierten historischen Ensembles* (...)“ hin zur Wirkung des eigenständigen Kunstwerkes entwickelte.³⁷⁸

Da die Finanzmittel fortwährend knapp blieben, entschied sich die Museumsverwaltung 1926 dafür, die Fertigstellung der Innenausbauten denen der Außenbauten vorzuziehen.³⁷⁹ Die Entwicklung des Pergamonmuseums ging trotzdem nur schleppend voran. Neue Abteilungen, wie zum Beispiel die islamische, kamen hinzu und veränderten die Raumaufteilungen.³⁸⁰ Das Fehlen von nötigen Finanzmitteln und ein „Kompetenzwirrwarr“ ließen den Weiterbau immer wieder ins Stocken geraten. Denn neben den Auseinandersetzungen zwischen Bode und Hoffmann und den Direktoren waren drei Ministerien für den Bau zuständig: Das Kultus-, das Finanzministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Dazu schrieb Hoffmann: „*Es war kein leichtes Arbeiten. Zwei Ministerialdirektoren, mehrere Museumsdirektoren, ein Ministerialrat, ein Revisor und dazu noch Herr von Bode, sie alle besprachen, kontrollierten das was auf dem Bau geschehen sollte oder geschah.*“³⁸¹

Insbesondere die Vorderasiatische- und die Antikenabteilung hatten große Raumnot, die durch die enormen Ausmaße ihrer geplanten Rekonstruktionen entstanden waren. Gerade diese Rekonstruktionen riefen immer wieder die Kritik Schefflers am „*Expansionsdrang der Archäologen*“ hervor.³⁸²

Die folgenden Jahre waren wesentlich von Auseinandersetzungen zwischen den zuständigen Ministerien und den Museumsdirektoren über Art und Weise der Ausgestaltung geprägt. Hinzu kam, dass ab der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre für die Antiken- und die Vorderasiatische Abteilung eine größere Anzahl von Fundstücken in die Museen kam. Erst 1927 wurde der Südflügel der Vorderasiatischen- und der islamischen Abteilung zugesprochen.³⁸³

³⁷⁷Waetzold 1995, S. 62.

³⁷⁸Waetzold 1995, S. 62.

³⁷⁹Petras 1987, S. 159.

³⁸⁰Ursprünglich sollten die islamischen Denkmäler aus dem Kaiser-Friedrich-Museum in das Asiatische Museum nach Dahlem übergehen. Aber das Kultusministerium wollte dieses Museum für völkerkundliche Sammlungen nutzen und schlug eine Aufstellung der vom Sultan an Kaiser Wilhelm II. geschenkten Mschatta-Fassade in den Sälen des Pergamonmuseums vor. Siehe dazu: Watzinger 1944, S. 376.

³⁸¹Zitiert nach Petras 1987, S. 157.

³⁸²Zitiert nach Watzinger 1944, S. 382.

³⁸³Die Antikenabteilung erhielt als Andenken von der türkischen Regierung Fundstücke aus den Grabungen in Milet und Didyma. Die Vorderasiatische Abteilung erhielt nach schwierigen Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung einen Teil der im Ersten Weltkrieg beschlagnahmten Assur-Funde zurück. Auch die Engländer hatten einen Teil der Babylon-Funde zurückgegeben. Siehe dazu: Watzinger 1944, S. 395.

Die Vorderasiatische Abteilung stand nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches vor vollkommen neuen Herausforderungen. Den Erinnerungen Walter Andraes zu Folge machten sich die Ausgräber nach dem Untergang des Osmanischen Reiches an die Bearbeitung ihrer Ausgrabungsergebnisse.³⁸⁴ Auf Grund der wirren politischen Situation in den ehemaligen Grabungsgebieten und auch in Deutschland waren vorerst keine Grabungen mehr im Vorderen Orient möglich. Die Funde befanden sich überall verstreut in den Händen der Kriegsgegner und wurden nur nach langwierigen Verhandlungen teilweise freigegeben.³⁸⁵ Die Inflation von 1923 ließ die Arbeit vollkommen zum Stillstand kommen. Die Vorderasiatische Abteilung war auf engstem Raum neben dem Kaiser-Friedrich-Museum eingezwängt. *„Man hatte ihn [Otto Weber - den Direktor] und seine Altertümer dicht neben dem Heizkeller in finstere, rußgeschwärzte Räume gequetscht, neben einem engen Lichtschacht, in dem bissige Wachhunde hausten. (...) Es ist vorgekommen, daß der Generaldirektor, der diese Abteilung besichtigen wollte, sie gar nicht auffinden konnte!“*³⁸⁶

Die folgenden Jahre waren geprägt von Verhandlungen zwischen der Deutschen und der türkischen Regierung über die Freigabe weiterer Funde aus Assur und Babylon. Auch wenn Bode vordergründig seine Interessen für die Fertigstellung des Deutschen Museums verfolgte, war er auch an einem geeigneten Platz für die Vorderasiatische Abteilung im Neubau interessiert. Nachdem die ägyptische Abteilung unter Direktor Heinrich Schäfer wegen ungeeigneter Säle darauf verzichtete, im Neubau unter zu kommen, wurde die Vorderasiatische Abteilung im Südflügel untergebracht. Denn die Funde aus Assur und Babylon waren nach Verhandlungserfolgen Andraes auf dem Weg nach Berlin.³⁸⁷

Otto Weber starb 1928 unerwartet, und Walter Andrae wurde von der Direktorenkonferenz zum Nachfolger gewählt. Andrae zeichnete sich dadurch aus, dass er Grabungsarchitekt und kein Philologe oder Kunsthistoriker war. Das wirkte sich auch auf seine Ausstellungskonzeption aus. Andraes Ausstellungskonstruktion hat sich bis heute durchgesetzt. Dabei setzte er auf die Rekonstruktion von architektonischen Zusammenhängen und die Platzierung der archäologischen Funde in ihrem kulturhistorischen Umfeld. Bis zur Eröffnung des Pergamonmuseums 1930 konnte Andrae die Rekonstruktion der Prozessionsstraße und des Ishtar-Tors

³⁸⁴Andrae 1988, S. 248 ff.

³⁸⁵Zu den Verhandlungen über die Funde aus Babylon und Assur siehe: Crüsemann 2001, S. 242 ff.

³⁸⁶Andrae 1988, S. 253.

³⁸⁷Die Funde aus Assur und Babylon trafen 1926 und 1927 ein. Andrae 1988, S. 258.

als zentrale Achse durch das Museum fertig stellen. Erst 1936 wurden die seitlich liegenden Säle eröffnet.³⁸⁸

Der Innenausbau des Pergamonmuseums wurde unter Wilhelm Waetzoldt, seit 1927 Generaldirektor, zu Ende gebracht. Die Außenfassade sowie der innere Teil des Südflügels waren auch bei der Eröffnung des Museums am 1. Oktober 1930 noch nicht fertig gestellt. Trotzdem war es eine großartige Leistung der Verantwortlichen, dieses Museum nach jahrzehntelangen inneren Kämpfen, baulichen Planänderungen, widrigen innen- und außenpolitischen Einflüssen und chronischem Geldmangel eröffnen zu können.

1.4 Zusammenfassung

Aus den oben beschriebenen Entwicklungen wird deutlich, dass nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des Osmanischen und Deutschen Reiches das gegenseitige Interesse der beiden Staaten aneinander erloschen war. Denn diese Großmächte waren entweder in kleine Staaten zerfallen oder, wie das Deutsche Reich, wesentlich verkleinert und durch den Versailler Vertrag schwer belastet worden.

Im ehemaligen Osmanischen Reich bildete sich die Türkei im Kampf gegen die Fremdherrschaft als Nationalstaat heraus. Die deutschen Ausgrabungsgebiete wurden französischen und britischen Verwaltungszonen zugeordnet. Jahrelange Kämpfe zwischen Besatzern und nationalen Widerstandsbewegungen sowie Verhandlungen über die Aufteilung der Länder und deren politische Systeme folgten.

Dem Deutschen Reich wurde durch die Auflagen des Versailler Friedensvertrages eine folgeschwere Bürde auferlegt. Innenpolitische Kämpfe zwischen Kommunisten, Sozialisten und Rechtsextremen ließen keine Regierung lange an der Macht bleiben. Außenpolitische Faktoren, wie die hohen Reparationszahlungen, die Ruhrbesetzung der Franzosen und die Inflation von 1923 sowie die Weltwirtschaftskrise 1929, trugen das Ihrige zum Niedergang der Weimarer Republik bei.

Trotzdem konnte sich Deutschland außenpolitisch zügig aus der politischen Isolation manövrieren. Dazu zählte einerseits der Aufbau eines freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjet-

³⁸⁸Andrae 1988, S. 272 ff.

union als auch andererseits die Verträge von Locarno und der Eintritt in den Völkerbund 1926.

Die Staatlichen Berliner Museen erlebten nach Ende des Krieges einen Epochenwechsel. Es ging nun nicht mehr darum, die Sammlungen zu vergrößern und als Aushängeschild des Kaiserlichen Staates zu nutzen, sondern um eine Neudefinition nach innen und nach außen. Die jahrelangen Auseinandersetzungen über Aufgabe, Ziele und Inhalte der Museen sind unter diesem Selbstfindungsprozess zu sehen.

Der Bau des Pergamonmuseums als Relikt der „*Großmannssucht*“³⁸⁹ der Kaiserzeit konnte aufgrund dieser Debatten nur schleppend fortgesetzt werden. Die Auseinandersetzungen der zwanziger Jahre über die Gestaltung des Neubaus gingen einerseits um Forderungen nach den alten Ausstellungs- und Bauprinzipien und andererseits um eine Distanzierung davon. Trotz vieler architektonischer Veränderungen und sachlicheren Ausstellungsprinzipien wurde die Grundidee von Bodes Denkschrift 1906, die großen Kunstsammlungen auf der Museumsinsel zusammenzuführen, mit der Eröffnung im Jahr 1930 verwirklicht.

2 Max von Oppenheims Stiftungstätigkeit bis zur Gründung des Tell Halaf-Museums

2.1 Gründung einer Stiftung und Aufbau des Orientforschungsinstituts

Die politische Situation in Deutschland und die kriegerischen Zustände im Gebiet des Tell Halaf Anfang der zwanziger Jahre hatten bisher verhindert, dass eine Regelung über die Überführung der Tell Halaf-Funde zu Stande kam. Oppenheim hatte zwar die Hoffnung nicht aufgegeben, doch waren die politischen Möglichkeiten in weite Ferne gerückt.

Er fand seinen neuen Platz in der Weimarer Republik als Wissenschaftler. Oppenheim beschäftigte sich mit der Bearbeitung der Funde und plante die Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen über die Grabungsexpedition und deren Ergebnisse. Diese Forschung sollte in einem von Oppenheim ins Leben gerufenen Institut - dem Orient-Forschungs-Institut - betrieben werden. Das Orient-Forschungs-Institut war Teil einer von Oppenheim gegründeten Stiftung. Oppenheim war allein stehend, hatte keine Kinder und sah sein Lebenswerk in seinen wissenschaftlichen Errungenschaften. Die Forschungen über den Orient sollten auch nach seinem Tod weiter betrieben werden. Daher war es Oppenheims Wunsch,

³⁸⁹Scheffler 1921, S. 55.

seinen Nachlass in diese Stiftung einzubringen.³⁹⁰ Gleichzeitig mit der Abfassung seines Testaments richtete Oppenheim so auch die Stiftung ein, die alles erben sollte.³⁹¹

Im Sommer 1922 kam es dann zur Gründung der „Max von Oppenheim-Stiftung.“ Dazu betrieb Oppenheim ein Kuratorium, unter anderem bestehend aus Fürst Herrmann von Hatzfeld, einem langjährigen Freund, und den Orientalisten Prof. Ernst Herzfeld und Prof. Bruno Meissner.³⁹² Die Leitung der Stiftung übernahm Oppenheim selbst. Erbe war der preußische Staat, allerdings handelte es sich beim Stiftungskonzept von 1922 um eine Stiftung „von Todes wegen.“³⁹³ Das bedeutete, die Stiftung ging erst nach Ableben Oppenheims in den Besitz des Staates über. Diese Regelung sollte sich noch als ungünstig für das Fortbestehen der Stiftung herausstellen.

Im Folgenden soll das Stiftungskonzept von 1922 kurz zusammengefasst werden.³⁹⁴ Das Konzept sah vor, dass Oppenheim seine Funde vom Tell Halaf den Staatlichen Museen zwar weiterhin überlassen wollte, den Rest der Sammlungen (wissenschaftliches Material, Bücher, etc.) allerdings in die eigene Stiftung überführen wollte. Es wird deutlich, dass Oppenheim sich bereits 1922 nicht mehr an den Schenkungsvertrag von 1918 gebunden sah. Die Gründe hierfür gehen aus den Änderungen des Vertrages von 1922 hervor.

In den Ausführungsbestimmungen der Stiftung von 1922 über die Tell Halaf-Sammlung forderte Oppenheim auf Grund der veränderten Verhältnisse eine Revision des Schenkungsvertrages von 1918.³⁹⁵ *„Insbesondere muss bei der Vertragsänderung ausgesprochen werden, dass den Museen ausschliesslich die Ausgrabungsfunde und Gipsabgüsse zufallen, während alles übrige wissenschaftliche Material, so die Tagebücher, Inventarien, Zeichnungen, Akten, Photographien etc. der Ausgrabungsexpedition mit meiner Bibliothek (...) vereinigt werden*

³⁹⁰ GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I., Abschrift „Mein letzter Wille“, 10.7.1922.

³⁹¹ Eine Aufzählung der Sammlungsbestände ist in: GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I., Erforderliche Ausgaben für die Aufbewahrung der Sammlungen der Realien des Vorderen Orients, 23.8.1928.

³⁹² Hatzfeld war bereits seit Oppenheims Karrierebeginn im AA ein Freund, dessen Vater Botschafter in London war und Oppenheim bei der Bewerbung für das AA unterstützte. Siehe dazu: Drehbuch MPR, Bewerbungsschreiben Oppenheim September 1887.

Meissner und Herzfeld waren bereits 1910 mit weiteren Wissenschaftlern die Urheber der Aufforderung an Oppenheim, mit den Grabungen auf dem Tell Halaf zu beginnen. Eine Abschrift des Briefes vom 24.9.1910 ist in: GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I.

³⁹³ Siehe dazu: GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I., Bestimmungen über die Max von Oppenheim-Stiftung, 2.7.1922.

³⁹⁴ Die Paragraphen sollen in Klammern hinter den Ausführungen stehen.

³⁹⁵ Genauere Angaben macht er dazu nicht. Anzunehmen sind die politischen Verhältnisse sowohl in Deutschland als auch im Gebiet des Tell Halaf, nach denen die Funde nach dem Vertrag bis 1921 nicht nach Berlin kommen konnten.

sollen.(§ 1.)“³⁹⁶ Die Generalverwaltung sollte von der Verpflichtung entbunden werden, die Kosten für die wissenschaftlichen Publikationen zu tragen. Das Recht zur Herausgabe sollte in einem neuen Schenkungsvertrag ausschließlich beim Kuratorium liegen. Weiterhin forderte Oppenheim, dass sich die Generalverwaltung bei der Bezeichnung der dann im Neubau ausgestellten Funde an die wissenschaftlichen Erkenntnisse der zukünftigen Publikationen halten solle. (§ 2) Das folgende Kapitel enthielt Bestimmungen über die Sicherung seines wissenschaftlichen Nachlasses. Wenn nötig, dann müsse dieser durch den Verkauf seiner übrigen Hinterlassenschaft gesichert sein. Diese Mittel wären zu folgenden Zwecken zu nutzen: a. 1. Million Mark für die Herausbringung seines wissenschaftlichen Nachlasses, b. 1. Million Mark für die Erhaltung seiner Stiftung, c. 1. Million Mark für Stipendien an Studierende des Orients, d. 1. Million Mark für eine eventuelle Nachgrabung. Falls Oppenheims Nachlass für die Aufbringung dieser Beträge nicht ausreichen sollte, „(...) *soll auch an eine Verwertung der von den oben genannten Museumsverwaltungen für eine dauernde Ausstellung herausgesuchten Gegenstände herangetreten werden.*“

In den folgenden Paragraphen sagte Oppenheim allerdings der Generalverwaltung zu, dass sie aus seinem Nachlass die Stücke erhalten durfte, die zur dauernden Ausstellung in den Museen verbleiben sollten. (§ 2 Art II.) Im dritten Kapitel der Stiftungsmodalitäten verfügte Oppenheim über den Verbleib seines wissenschaftlichen Materials, welches er auf seinen Expeditionen im Orient als Mitarbeiter im AA vor und während des Ersten Weltkrieges gesammelt hatte. Das Material sollte insgesamt in seiner Bibliothek untergebracht werden. (§ 1) In weiteren Paragraphen verpflichtete Oppenheim das Kuratorium dazu, dafür ausgezeichnete Werke unter seinem Namen herauszugeben. Er ging dabei detaillierter auf Art und Weise der Publikationen ein. (§ 2-11). *„Als Grundsatz soll gelten, dass auch nach meinem Tode in erster Linie die Interessen der Herausbringung meiner - posthumen - Werke, die Bearbeitung des Tell Halaf usw. gewahrt werden müssen, und dass dann erst an die Aufgabe der Savignyplatz-Wohnung, an die Überführung der Funde in das Museum und an die Unterbringung der Bibliothek etc. (...) gedacht werden soll.“*³⁹⁷

³⁹⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Bestimmungen über die Max von Oppenheim-Stiftung vom 2.7.1922.

³⁹⁷GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Bestimmungen über die Max von Oppenheim-Stiftung vom 2.7.1922.

An dieser Stelle wird deutlich, dass Oppenheim sich keineswegs an die vertraglichen Abmachungen von 1918 halten wollte. Nach denen war er ja dazu verpflichtet, die Funde in das neue Museum zu bringen, sobald dieses fertig gestellt sein würde.³⁹⁸

Im zweiten Hauptteil der Stiftungsbedingungen legte Oppenheim die Mittel zur Edition seines wissenschaftlichen Nachlasses fest. Dazu wollte er persönlich 1 Million Mark zurücklegen, der Rest sollte aus seinem „Autorengelalt“ und dem Erlös durch Verkäufe der wissenschaftlichen Publikationen erzielt werden. (§ 1) Weiterhin verpflichtete er das Kuratorium dazu, auch nach seinem Tode günstige Verlagsverträge abzuschließen und die Erträge der Stiftung zukommen zu lassen. (§ 2)

In den Ausführungen über seine Bibliothek betonte Oppenheim, dass diese in erster Linie den Studenten der Universität Berlin zur Verfügung stehen sollte.³⁹⁹ (§ 1/2) In § 3. beschrieb er sämtliche wissenschaftliche Materialien, die in die Bibliothek eingehen sollten. Im folgenden Kapitel bestimmte Oppenheim, aus dem Stiftungsfonds zwei Stipendien für Orientalisten zu veranlassen und schilderte detailliert die genauen Auflagen. (§ 1-6) Im darauf folgenden Kapitel veranlagte Oppenheim 1 Million Mark für den Fall einer Nachgrabung auf dem Tell Halaf. (§ 1-12) Im letzten Teil der Stiftungsordnung legte Oppenheim 1/5 seines Nachlasses für so genannte „Legate“ an bedürftige Familienmitglieder fest.

Aus den Stiftungsbestimmungen ist Folgendes zu erkennen: Oppenheim hatte mit dem Ende des Krieges zumindest im Dienst des Staates keine verantwortungsvolle Aufgabe mehr zu erfüllen. Daraus folgte der Wunsch nach gesteigerter Anerkennung als Wissenschaftler und die Konzentration auf diese Arbeit. Die Stiftung gründete er zum Zweck der Fortsetzung seines Lebenswerkes auf dem Gebiet der orientalischen Forschung und grundsätzlich der Förderung des wissenschaftlichen Zweiges der orientalischen Archäologie. Da der Staat aber zum Erben nach seinem Tod eingesetzt wurde, blieb die Stiftung und somit auch alles, was mit Verkäufen und Ankäufen zu tun hatte, in Oppenheims Händen.⁴⁰⁰ Den Staatlichen Museen gegenüber schien er sich nur in geringem Ausmaß vertraglich gebunden zu sehen. Die Funde aus der Museumswohnung sollten zwar immer noch im Neubau untergebracht werden, Zeitpunkt und Höhe der finanziellen Entschädigungen waren jedoch in Oppenheims Sinne noch vollkommen offen.

³⁹⁸Über den Vertrag von 1918 siehe Kapitel II 4.2.4.

³⁹⁹Es ist anzunehmen, dass die Friedrich Wilhelm-Universität zu Berlin gemeint war.

⁴⁰⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Bestätigung an das AA von der Einsetzung des Preußischen Fiskus zum Alleinerben, zum Zwecke der Errichtung einer Baron Max von Oppenheim-Stiftung, 10.7.1922.

Gleichzeitig mit den Stiftungsbedingungen vom Juli 1922 verfasste er auch die Abänderungen zum Museumsvertrag vom 1. Mai 1918. Er hoffte, „(...) dass das Kultusministerium [Regierungsrat Jander] in der Angelegenheit des Tell Halaf-Vertrages womöglich selbst schon die Kompetenz besitzt und dass diese Angelegenheit ohne Schwierigkeiten erledigt werden kann, um nicht die Stiftung mit weiteren Konsequenzen und Schriftsätzen zu beschweren (...).“⁴⁰¹

Oppenheim forderte, dass im § 1 aus dem Vertrag von 1918 der Satz die „noch auszugrabenden“ Funde gestrichen werden sollte. Danach sollten den Museen nur noch alle bisher ausgegrabenen Funde zufallen.⁴⁰² Im § 2 forderte Oppenheim, dass die bereits gezahlten 186.000 Mark bei ihm verblieben und der Staat bei der Übergabe der Funde die noch ausstehenden Ausgaben für die Museumswohnung zahlen müsse. Zusätzlich sollte der Staat die Kosten für die von den Engländern beschlagnahmten und für die auf dem Tell Halaf verbliebenen Funde tragen.⁴⁰³ Den alten § 7 änderte Oppenheim um, in dem er den ursprünglichen Termin der Fundübergabe an die Museen, den 1. April 1921, strich und durch „(...) einstweilen im Besitz (...) des Freiherrn von Oppenheim“ ersetzte.⁴⁰⁴ Der Inhalt dieses Paragraphen war natürlich aufs engste mit der politischen Situation verbunden.

Die Staatlichen Museen hatten bis 1922 den Neubau noch nicht einmal überdacht, Deutschland konnte keinerlei Ansprüche auf Ausgrabungsergebnisse stellen und im Gebiet des Tell Halaf herrschten heftige Kämpfe zwischen Aufständischen und Besatzern. Oppenheim begründete diese Änderung des Übergabetermins mit folgenden Worten: „Die Uebergabe an die Staatlichen Museen erfolgt (...) erst, nachdem Freiherr von Oppenheim erklärt, dass aus wissenschaftlichen Gründen der Verbleib der Savignyplatzwohnung nicht mehr notwendig ist und das keine politischen Gründe mehr gegen die öffentliche Aufstellung der Funde vorliegen.“⁴⁰⁵

Wie schon aus den Bestimmungen über die Stiftung zu entnehmen, forderte Oppenheim nun das ausschließliche Recht an der ersten Publikation über die Ausgrabungen am Tell Halaf für sich. Die Museen sollten sich bei Katalogsveröffentlichungen auf Oppenheims wissenschaftliche Bestimmungen in den zukünftigen Werken beziehen. Im alten § 13 wollte Oppenheim die Worte „bis zu einem Betrage von 28.000 Mark“ und weitere Regelungen über das Recht

⁴⁰¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No.19, Vol. I, Oppenheim an Jander, 4.7.1922.

⁴⁰²Vergleiche mit dem Vertrag von 1918 im Kapitel II 4.2.4.

⁴⁰³Siehe Oppenheims Klagen über die Beschlagnahmung in Kapitel II 4.2.1.

⁴⁰⁴GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Abänderungen zum Museumsvertrag vom 1. Mai 1918, 1.7.1922.

⁴⁰⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Abänderungen zum Museumsvertrag vom 1. Mai 1918, 1.7.1922.

der Museen auf Nachbildungen streichen. Im Vertrag von 1918 verminderten sich die Zahlungen der Museen in § 14 um 75.000 Mark pro Jahr, falls die Funde nicht bis zum 1. April 1921 angekommen wären. Diesen Paragraphen wollte Oppenheim nun streichen lassen. Auch § 15 sollte verändert werden. Nach diesem bestätigten die Museen ihr Interesse an einer Nachgrabung und stellten für diesen Fall 100.000 Mark in Aussicht. Oppenheim wollte im neuen § 15 sich selbst das ausschließliche Recht der Nachgrabung vorbehalten. Dieses sollte also nicht den Museen obliegen.⁴⁰⁶

Oppenheim begann, sich nun mit vollem Eifer für die Stiftung einzusetzen. Er stellte Sekretärinnen und „*junge Orientalisten*“ ein, die unter seiner Leitung die Kleinfunde bearbeiten und wissenschaftliche Kataloge herstellen sollten. Die Bibliothek sollte nun aufgestockt werden. Oppenheim notierte dazu: „*Überlegung, welche Bücher ich unentgeltlich für die Stiftungsbibliothek erhalten kann, soweit sie durch Institute, die mit den Kultusministerien in Beziehungen stehen, auf Kosten des Fiskus oder mit Unterstützung des Fiskus erschienen sind (...)*.“⁴⁰⁷

Oppenheim kooperierte eng mit dem Kultusministerium, das seine Stiftung voll unterstützte.⁴⁰⁸ Die für Oppenheim wichtige Forschungsliteratur befand sich zum großen Teil in Bibliotheken im Ausland. Denn er legte besonderen Wert „*(...) auf die Verbindungen des Orients mit den sämtlichen Nachbargebieten (...) mit der klassischen Welt und dem Kulturkreis des Mittelmeerbeckens sowie den mittel- und nordeuropäischen, den asiatischen und afrikanischen Kulturgebieten.*“⁴⁰⁹

Mit Erfolg wandte sich Oppenheim an den griechischen Unterrichtsminister, um mit dessen Unterstützung Bücher aus griechischen Bibliotheken zu erhalten. Oppenheim wurde von der Deutschen Gesandtschaft informiert, dass der Unterrichtsminister „*(...) sich in grossherziger Weise bereit erklärt, dem Ersuchen irgend möglich zu entsprechen*“, auch wenn die Beschaffung der gewünschten Literatur „*(...) mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden [war.]*“ Auch das preußische Kultusministerium befürwortete Oppenheims Vorhaben. „*Da nach Mitteilung des Genannten das preussische Kultusministerium der Angelegenheit das größte Inte-*

⁴⁰⁶Zum Vergleich mit dem Vertrag vom 1918: In § 1 fallen die oben genannten Worte weg, die alten §§ 2-4 fallen fort und werden durch die oben genannten ersetzt. Der alte § 7 wird § 3 § 3 wurde wie oben beschrieben geändert. Die alten §§ 8-10 bleiben. Bei § 11 fiel der Schlusssatz weg. § 12. wurde wie oben beschrieben geändert.

⁴⁰⁷GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I. Noch zu erledigende Punkte im Hinblick auf die Stiftung des Freiherrn v. Oppenheim, 28.9.1922.

⁴⁰⁸PA AA, R. 64817, o. P., Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an AA, 6.11.1922.

⁴⁰⁹PA AA, R. 64817, o. P., Oppenheim an AA, 13.8.1925.

resse entgegenbringt, dürfte es sich empfehlen, mit diesem in Verbindung zu treten und die [deutschen] Gesandtschaften demnächst mit entsprechenden Weisungen zu versehen.“⁴¹⁰

Für Oppenheim wurde es nun nötiger denn je, Bücher für seine Bibliothek unentgeltlich zu erhalten. Die drohende Wirtschaftskrise hatte auch sein Vermögen schrumpfen lassen. Daher sah er sich gezwungen, im Oktober 1922 eine Pension zu beantragen. Er verwies bei der Begründung für einen Pensionsanspruch nicht nur auf seinen politischen Dienst bei staatlichen Behörden, sondern insbesondere auf seine Leistungen als Wissenschaftler. Oppenheim betonte, dass er die Grabungen nur im Dienste der Königlichen Museen und auf Wunsch des Kultusministeriums begonnen hätte. Die Funde würden nun den Museen zur Verfügung stehen und die Stiftung nach seinem Tode in den Besitz des preußischen Staates übergehen. *„Sie [Staatssekretär Becker/Kultusministerium] können sich denken, wie schwer mir alle Schritte geworden sind, die ich tun muss, um mein Lebenswerke zu Ende führen zu können. Dabei denke ich andauernd an meine Stiftung, es wäre zu traurig, wenn, um die Bücher herauszugeben, andere Sachen verkauft werden müssten. Auf der anderen Seite ist die Not jetzt jedoch so gewaltig geworden, dass ich nicht mehr in der Lage bin, die Art weiter zu arbeiten.*“⁴¹¹

Weitere Schreiben an das Kultusministerium zeugen von der verzweifelten finanziellen Lage, in der sich Oppenheim befand. Er berief sich bei seinen Forderungen immer wieder auf seine Laufbahn als Wissenschaftler und die Grabung auf dem Tell Halaf. *„Ich hatte es bei meinem ersten Austritt aus dem Dienst des Auswärtigen Amtes im Jahre 1910 nicht für nötig gehalten, eine Pensionierung zu verlangen, vor allem deshalb, weil ich gesund, freiwillig die allerdings nach allen Richtungen hin im wissenschaftlichen Interesse als notwendig bezeichnete Forschungs- und Grabungsexpedition zum Tell Halaf antrat. Abgesehen davon, kam damals die Pension bei den Vermögensverhältnissen, in die ich später zu kommen hoffte, weniger in Betracht.*“⁴¹² Das Kultusministerium bestätigte dem AA Oppenheims Einsatz für die Staatlichen Museen und sah insbesondere in der Gründung der Stiftung einen Beweis für den Gewinn, den der preußische Staat durch die Erbschaft erzielen würde.⁴¹³

Trotz der finanziellen Notlage kaufte Oppenheim immer weiter Bücher im Ausland und hoffte, *„(...) dass binnen kurzem unentgeltlich Zeitschriften und Bücher aus Athen und Amerika, vielleicht auch noch aus anderen Orten uns zugeführt werden können. Einzelne der diploma-*

⁴¹⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Deutsche Gesandtschaft Athen an Preußische Kultusministerium, 20.9.1922.

⁴¹¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Becker, 17.10.1922.

⁴¹²GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Abschrift Oppenheims Gesuch an AA, 15.11.1922.

⁴¹³GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Kultusministerium an AA, 15.11.1922.

tischen Vertretungen im Ausland haben es bereits freundlichst zugesagt, sich für diese Angelegenheit zu interessieren (...). Es handelt sich nun noch darum, die gedachten erworbenen und geschenkten Bücher sicher und kostenlos nach Berlin zu bekommen.“⁴¹⁴ Von Oppenheim instruiert, sollte das Kultusministerium das AA anweisen, „(...) die deutschen Vertretungen in England, Frankreich, Wien, Rom und Amerika, die Bücher sicher und unentgeltlich nach Berlin befördern zu lassen.“⁴¹⁵ Oppenheims Wünsche wurden umgehend vom AA in die Tat umgesetzt.⁴¹⁶ In den folgenden Jahren wurden fortwährend Bücher von verschiedenen deutschen Vertretungen an Oppenheims Stiftung gesandt.⁴¹⁷

1925 gelang es ihm sogar, die von den Briten beschlagnahmten Funde zurückbekommen. Diese waren nach Ende des Krieges in das British Museum nach London gekommen. „*Baron Oppenheim teilte gelegentlich seiner kürzlichen Anwesenheit mit, dass Dr. Hall, Egyptian & Assyrian Department, British Museum, in der nächsten Zeit 7-9 Kisten, enthaltend antike Scherben (fragments of pottery and specimens of soil of Oriental excavations, and Arabic tin pots) fertig stellen und die deutsche Botschaft von der Bereitstellung benachrichtigen würde. Diese Kisten seien für die Max Freiherr von Oppenheim-Stiftung.*“⁴¹⁸ Die deutsche Botschaft in London unterstützte Oppenheim tatkräftig.⁴¹⁹

Doch nicht immer trafen Oppenheims Wünsche auf Zustimmung. Oppenheim bat den Verwaltungsdirektor der Staatlichen Museen, Regierungsrat Gierlich, um gesonderte Bücher für seine Bibliothek. Dieser antwortete: „*Ich [Gierlich] stelle ergebenst anheim, Herrn von Oppenheim aufzufordern, sich unmittelbar an den Herrn Generaldirektor der Staatlichen Museen zu wenden, obwohl ich der Meinung bin, daß das Verlangen Herrn von Oppenheims durchaus unbillig ist, denn die Museen werden durch die kostenlose Abgabe von Büchern lediglich geschädigt, ohne daß der Staat davon einen Vorteil hat. Für mich ist die von Herrn von Oppenheim beigefügte Liste nur ein Beweis dafür, daß es Herrn von Oppenheim in erster Linie auf die Erwerbung einer umfangreichen Bibliothek ankommt. Wenn es sich um eine reine Fachbibliothek handeln würde, die wirklich ernstest Forschungs Zwecken im Interesse der Allgemeinheit und der öffentlichen Nutzung dienen sollte, so könnte man darüber ja anders denken. Aber wenn er Bücher wie: Friedländer ‚Radierung‘ (...) und Glaser: ‚Holzschnitt‘*

⁴¹⁴GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Jander, 9.11.1922.

⁴¹⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Kultusministerium an AA, 25.11.1922.

⁴¹⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, AA an Kultusministerium, 8.12.1922.

⁴¹⁷Verschiedene Bestätigungen von Sendungen in: PA AA, R. 64817.

⁴¹⁸PA AA, Deutsche Botschaft London, R. 1537, o. P., Aufzeichnung Deutsche Botschaft, 17.3.1925.

⁴¹⁹Weiterer Briefwechsel über Transportbedingungen und neue Anfragen zu Büchern für die Stiftung Oppenheims in: PA AA, Deutsche Botschaft London, R. 1537 und R. 1538.

usw. haben will, so hat das mit einer orientalischen Fachbibliothek nichts mehr zu tun, sondern dürfte anderen, scheinbar persönlichen Interessen dienen.“⁴²⁰

Oppenheim forderte nicht nur von den Staatlichen Museen, sondern auch von weiteren Instituten, die mit dem Ressort des Kultusministeriums in Zusammenhang standen, die kostenlose Abgabe von Büchern. Diese großzügige Handhabung hatte ihm das Kultusministerium gewährt.⁴²¹

Das AA beschied die Frage Oppenheims nach einem Pensionsanspruch zunächst abschlägig. Der Staat hatte im Verhältnis zur Vielzahl der Anträge zu wenig Geld zu Verfügung. (...) *weil die im Verhältnis zu den Unterstützungsanträgen nur knapp bemessenden Mittel des Fonds die Übernahme so hoher Zahlungen völlig unmöglich machen. Eine Bewilligung würde auch voraussichtlich zu weitgehenden Berufungen führen, da zahlreiche, früher ohne Ruhegehalt ausgeschiedene Beamte sich bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen in ähnlicher oder noch schwieriger Lage wie Herr von Oppenheim befinden werden. Außerdem scheint nach der Sachlage der Preußische Staat in erster Linie Nutznießer der (...) Stiftung werden zu sollen.*“ Oppenheim wurde vom AA an das Kultusministerium verwiesen.⁴²² Da das Kultusministerium bereit war, einen Teil der Pension zu übernehmen, wurde Oppenheim im Mai 1923 der Höchstsatz von 25.000 Mark monatlich zugesprochen. Es wurde vom AA allerdings kritisch bewertet, dass *„die Notlagen (...) offenbar hauptsächlich im Interesse seiner Stiftung und die ihm hierdurch entstandenen Ausgaben (...) zurückzuführen sind.*“⁴²³

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise 1923 verschonten jedoch auch die Oppenheim-Stiftung nicht. Die Pension stellte nur einen geringen Kostenzuschuss dar. Es arbeiteten vier wissenschaftliche Hilfsarbeiter an seinem Institut, die Oppenheim bezahlen musste.⁴²⁴ Oppenheim stand immer wieder mit dem Kultusministerium wegen fehlender Geldmittel in Kontakt und konnte schließlich 1926 die Miete für seine eigene Wohnung am Kurfürstendamm

⁴²⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Gierlich an Prof. Westphal und Liste der angeforderten Publikationen, 13.8.1923.

⁴²¹PA AA, R. 64817, o. P., Oppenheim an AA 13.8.1925. Weitere Bestätigungen vom Deutschen Archäologischen Institut und der Preußischen Akademie der Wissenschaften in: PA AA, R. 64817, o. P.

⁴²²GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, AA an Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 3.2.1923.

⁴²³GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, AA an Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 25.5.1923.

⁴²⁴Erich Bräunlich und Werner Caskel arbeiteten am ersten Werk über die Beduinen mit und wurden später Professoren in Greifswald. Adam Falkenstein und darauf folgend Gerhard Rudolf Meyer und Anton Moortgat arbeiteten als Assyriologen. Moortgat wurde Professor für Vorderasiatische Archäologie an der FU Berlin. Siehe zu den Publikationen: Oppenheim 1943 Tell Halaf, Bd. I.; Friedrich, Johannes/Gerhard Rudolf Meyer (Hrsg.): Die Inschriften vom Tell Halaf. Max Freiherr von Oppenheim zum 80. Geburtstag; Oppenheim 1955 Tell Halaf, Bd. 3. Die weiteren Werke siehe Kapitel II 3.2.4.

nicht mehr aufbringen. Daher plante er, in die Museumswohnung am Savignyplatz überzusiedeln. Doch diese beherbergte neben den Funden und dem Forschungsinstitut auch noch ein Hausmeisterehepaar. Oppenheims Krise war 1926 offenbar so groß, dass ein Umzug die einzig tragbare Lösung bot. Dazu musste das Hausmeisterehepaar Limpert ausziehen. An das Kultusministerium sandte er einen verzweifelten Brief: *„Wir befinden uns in einem derartigen Notzustand, dass ich erneut im Interesse der Stiftung die ernste Mahnung aussprechen muss, keinen Tag mehr zu verlieren. Ich sehe weiteren Schwierigkeiten entgegen, mit denen ich Sie nicht quälen will. Ich kann Limperts nicht aus dem Hause bringen, wenn ihnen nicht vom Wohnungsamt eine Wohnung zugewiesen wird. Infolgedessen bitte ich die in Betracht kommenden Faktoren des Kultusministeriums nochmals, umgehendst den von mir erbetenden Notschrei an den Wohlfahrtsminister für das Wohnungsamt gelangen zu lassen. Es sind keine Phrasen. Die Werte der Stiftung sind in Gefahr und halte ich diesen entwürdigenden Zustand nicht länger aus.“*⁴²⁵

Die Wohnungsnot war groß zu dieser Zeit, und das Wohlfahrtsministerium sah keine Möglichkeit, dem Ehepaar unverzüglich eine neue Wohnung zuzuweisen. Es empfahl daher eine Klage von Seiten Oppenheims und die daraus folgende Zwangsräumung.⁴²⁶ Oppenheim setzte nun alle Ministerien und auch die Staatlichen Museen in Bewegung, um das Ehepaar aus der Museumswohnung klagen zu können. In der Bescheinigung des Kultusministeriums hieß es: *„(...) nach Prüfung der in Betracht kommenden Verhältnisse bin ich [der Kultusminister] zu der Überzeugung gelangt, dass im Interesse einer ordnungsgemässen Erhaltung und wissenschaftlichen Bearbeitung der in der Stiftung eingebrachten Werte das ehemalige Diener-Ehepaar Limpert aus seiner früheren Dienstwohnung am Savignyplatz innerhalb der Stiftungswohnung entfernt werden muss.“* Es folgten Ausführungen zu Oppenheims Leistungen als Wissenschaftler, der Bedeutung der Museumswohnung, bis die Funde im Neubau der Staatlichen Museen untergebracht werden würden, und der dringenden Notwendigkeit für Oppenheim, nun selbst in der Wohnung zu wohnen. Begründet wurde dieses nicht mit seinen finanziellen Nöten, sondern mit der wissenschaftlichen Bearbeitung und der Bewachung der Funde vor Ort. Oppenheim hatte nämlich seinem Hausmeister zuvor gekündigt, so dass diese Aufgabe nun ihm selbst zufiel.⁴²⁷ Die Staatlichen Museen verfassten im Auftrag Oppenheims eine ähnliche Bescheinigung, die Oppenheim an seine Anwälte weiterleitete.⁴²⁸

⁴²⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Kultusministerium; 15.4.1926.

⁴²⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt an Kultusministerium; 24.4.1926.

⁴²⁷GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Bescheinigung des Kultusministeriums; 21.6.1926.

⁴²⁸GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Prof. Schubotz; 29.4.1926.

Doch er benötigte mehr Raum in seiner Museumswohnung auch noch aus weiteren Gründen. *„Jeder Tag ist in Gefahr. Am 12 .d. Mts. soll die Uebersiedelung meiner Sachen vom Kurfürstendamm nach dem Savignyplatz erfolgen; am 15. April erwarte ich einen grossen Transport mit herrlichen Kunstsachen, Büchern usw. aus der Türkei als Umzugsgut, aus der Zeit, wo ich dort während des Krieges der Botschaft zugeteilt war. Alle diese Sachen bilden ja (...) den Fundus der Stiftung.“*⁴²⁹

Oppenheim war im Herbst 1925 für kurze Zeit in die Türkei gereist, um sich in der Deutschen Botschaft über seine verbliebenen Sachen zu erkundigen. Er organisierte dann von Deutschland aus deren Verschickung. Dazu zählten Bücher und weiteres Material aus der Nachrichtenstelle für den Orient, das in den Kellern der Botschaft lagerte. *„Die Hauptsache ist ja, dass die Sachen unentgeltlich und steuerfrei von Konstantinopel, wo sie lagern, in meine Hände hierher gelangen. Abgesehen von allem liegt es weiter auf der Hand, dass die Sachen nun endlich aus der Botschaft fortkommen müssen. (...) Die Kisten bitte ich Sie, an meine neue Wohnung, Savignyplatz 6 (...) dirigieren zu wollen.“*⁴³⁰ So konnte Oppenheim durch die Mitarbeit der Deutschen Botschaft in Konstantinopel seine Bibliothek noch einmal wertvoll aufstocken.⁴³¹

Die Klage gegen das Ehepaar Limpert hatte trotz der vielen unterstützenden Schreiben Seitens der Ministerien erst keinen Erfolg. Heftige gerichtliche Auseinandersetzungen folgten.⁴³² Verbissen kämpfte Oppenheim um die Räumung durch das Ehepaar. Kurz vor der Ankunft der Materialien aus Konstantinopel berichtete dann schließlich das Kultusministerium von der erfolgreichen Räumung der Wohnung, so dass Oppenheim übersiedeln konnte.⁴³³

Trotz der Schwierigkeiten gingen die Arbeiten im Orientforschungsinstitut voran. Der Mitarbeiter Werner Caskel erzählte anschaulich die intensive und auch heitere Arbeitsatmosphäre in der Museumswohnung: *„Während ich am 3. September 1923 die Treppe zu den beiden Wohnungen auf der ersten Etage des Eckhauses Savignyplatz 6 hinaufstieg, ahnte ich nicht, daß ich diesen Weg, wenn auch nicht ständig, über 20 Jahre machen würde. In dem einen Flügel standen die Gipsabgüsse der Statuen des Tell Halaf, waren die Kleinfunde und die Keramik dieses Ruinenhügels aufgeschichtet, in dem anderen befand sich das Arbeitszimmer*

⁴²⁹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Kultusministerium, 7.4.1926.

⁴³⁰PA AA, Vertretung Konstantinopel/Ankara 754, Oppenheim an Hofrat Caro, 25.2.1926.

⁴³¹Siehe zu den Aufstellungslisten über das Umzugsgut: PA AA, Vertretung Konstantinopel/Ankara 754.

⁴³²Seitenlange Klagen füllen die Akten des Kultusministeriums. Siehe dazu: GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I.

⁴³³GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Morsbach an Oppenheim, 2.7.1926.

des Barons, die Kanzlei, Arbeits- und Bibliotheksräume. In beiden Flügeln wurde mehrfach umgezogen, bis der Baron 1927 aus seiner ebenso großen Privatwohnung am Kurfürstendamm nach dem Savignyplatz übersiedelte und dort 1929 ein arabisches Zimmer aus Damaskus einbauen ließ. (...) Anfangs hatte ich die Reisebeschreibungen des Barons vorzubereiten und die Bücher zu ordnen (...). Der größte Zugang des rasch wachsenden Bestandes war die ausgezeichnete türkische Büchersammlung (...). Inzwischen hatte ich begonnen, an den – Beduinen- zu arbeiten, für die Bräunlich einen Teil seiner Ferien opferte. Später entwarf ich Texte, des ersten und zweiten Bandes, prüfte sie gemeinsam mit Bräunlich (...) worauf sie an den Baron gingen, der in manchem anderer Ansicht war als wir. - Außer den Neuorientalisten waren aber auch Archäologen und Altorientalisten am Savignyplatz tätig. Bald nach mir trat der feinsinnige klassische Archäologe Anton Moortgat ein; er assistierte später Hubert Schmidt bei der Aufnahme der Tell Halaf-Keramik. (...) Höchst anregend waren die Montagsbesprechungen am Savignyplatz, die, wenn ich mich recht entsinne, 1926-27 stattfanden. Die Teilnehmer waren der Generalkonsul a.D. J.H. Mordtmann, der damals im Orientalischen Seminar las, und der Geheimrat Bernhard Moritz, früherer Direktor der Bibliothek Khediviale, der späteren Ägyptischen Nationalbibliothek, der im Auswärtigen Amt tätig war. Mordtmann war voller Güte und Herzlichkeit, von schalkhaftem Humor und ein wunderbarer Erzähler. Kaum jemand war damals mit der vielfältigen Geschichte des Osmanischen Reiches zu vertraut wie er. (...) Der Baron konnte an den Besprechungen, bei welchen ich gewissermaßen Protokoll führte, nur selten und kurz teilnehmen. Sie schlossen mit einem Essen in seiner Wohnung am Kurfürstendamm (...). Der Zweck der Montagsbesprechungen war die Lesung und Interpretation der 1911-13 in Obermesopotamien (seit 1923 zu Syrien, der Türkei und dem Iraq gehörig) aufgenommenen arabischen, syrischen und anderen Inschriften.“⁴³⁴

Die Stabilisierung der internationalen Lage hatte es inzwischen möglich gemacht, die Tell Halaf-Funde wieder in Augenschein zu nehmen, so dass Oppenheim seine Klage gegen das Hausmeisterehepaar zurückzog. An den zuständigen Staatsanwalt schrieb er: „*Da ich im Begriffe stehe, im Interesse unserer staatlichen Museen eine Reise nach Syrien und Mesopotamien anzutreten, derart, dass ich mit geringen Zwischenpausen voraussichtlich bis Ende ds. Js. ausserhalb Deutschlands sein werde, und es mit Rücksicht auf die grossen von mir zu erfüllenden Aufgaben an der Möglichkeit und Zeit gebricht, in dieser Angelegenheit mich weiter zur Verfügung zu halten, will ich die gegen meinen früheren Kanzleidiener, Herrn Limpert,*

⁴³⁴Gräf, Werner (Hrsg.): Festschrift Werner Caskel. Zum Siebzigsten Geburtstag 5. März 1966. Gewidmet von Schülern und Freunden, Leiden 1968, S. 15 ff.

*gerichteten Anträge hierdurch als zurückgezogen bezeichnen.*⁴³⁵ Im folgenden Teil soll nun dargelegt werden, wie es zu diesem unerwarteten Ereignis kam. Im Anschluss daran, folgt die Weiterentwicklung der Stiftungstätigkeit.

2.2 Zusammenfassung

Für Oppenheim brach nach Kriegsende eine neue Ära an. Er begann, sich nur noch auf die Bearbeitung seiner Funde und die wissenschaftlichen Publikationen zu konzentrieren. Ausdruck dieses neuen Lebensabschnittes war die Verfassung seines Testaments, die Gründung der Stiftung und Einrichtung des Orientforschungsinstituts. Er setzte zwar den Staat zu seinem Alleinerben ein, wollte aber bis zu seinem Ableben so viel Freiraum wie möglich behalten. Daher fehlte es der Stiftung an einer gesicherten rechtlichen Grundlage. Von Beginn an litt diese unter chronischem Geldmangel, daher war Oppenheim auf finanzielle Hilfe von Seiten des Kultusministeriums angewiesen.

Es tritt deutlich hervor, dass Oppenheim sich als „Ehrenmann“ ansah, der nur aus der bitteren Not heraus einen Pensionsanspruch stellte. Sich in dieser Situation eine kostenlose Fachbibliothek für den Orient aufzubauen, ist auf seine unermüdliche Zielstrebigkeit und den geschickten Umgang mit den Behörden zurückzuführen.

Es ist an Oppenheims Absicht, den Schenkungsvertrag mit den Staatlichen Berliner Museen zu revidieren, Folgendes zu erkennen: sein Wunsch, die Funde öffentlich auszustellen, war keineswegs an eine Präsentation durch die Museen geknüpft. Ausschlaggebend für die Revidierung des Vertrages war die veränderte politische Situation, die keine baldige Aussicht auf die Funde vom Tell Halaf zuließ. Ein weiterer wesentlicher Grund waren die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich Oppenheim insbesondere seit der Wirtschaftskrise 1923 befand. Folglich benötigte er höhere Entschädigungen für die Funde sowie eine Abtretung des Grabungs- und Eigentumsrechts an den bereits in Berlin lagernden Funden. Ihm wurde deutlich, dass die öffentliche Ausstellung, in welchen Räumen auch immer, möglicherweise den Verkauf einiger Stücke forderte.

Mit der Gründung der Stiftung und des Orient-Forschungsinstituts waren die Voraussetzungen für eine Ausstellung der Oppenheimschen Sammlungen geschaffen. Oppenheim hatte immer noch den Wunsch, die großen Funde vom Tell Halaf in einem Neubau der Vorderasia-

⁴³⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Steiner, 7.3.1927.

tischen Abteilung auszustellen, den Rest der Sammlungen wollte er jedoch in seiner Museumswohnung aufbewahren. Auch diese war zwar von den Museen gemietet und deren Bestände gehörten nach dem Tod Oppenheims dem preußischen Staat, trotzdem diente sie in erster Hinsicht Oppenheims wissenschaftlicher Arbeit und auch der Präsentation seines Nachlasses.

2.3 Kommen die Funde doch nach Berlin? Oppenheim verhandelt mit der französischen Mandatsverwaltung

„Nach dem Kriege wurde das Chabur-Gebiet der Schauplatz heftiger Kämpfe. Nach englisch-französischer Vereinbarung war Obermesopotamien französisches Einflußgebiet geworden. Aber nach dem Beginn der Freiheitskämpfe unter Mustafa Kemal Pascha vertrieben die Türken den bei Ras el Ain stehenden kleinen französischen Truppenteil, der sich nach Der ez Zor jenseits des Euphrats zurückzog. Die Tschetschen in Ras el Ain waren Türkenfreunde. Die Söhne Ibrahim Paschas erschienen der türkischen Regierung infolge ihres kurdischen Anhanges verdächtig. Sie wurden schlecht behandelt und stellten sich daher auf die Seite der Franzosen. Inzwischen war Syrien französisches Mandatsgebiet geworden, und die Franzosen wollten das Chabur-Quellgebiet zurückgewinnen. Es kam zu heftigen Kämpfen, deren Mittelpunkt der Tell Halaf war. Die Türken und Tschetschen hatten sich in meinem Expeditionshaus verschanzt (...). Die Franzosen und die Milli griffen die befestigte Stellung an, mußten sich jedoch bald wieder zurückziehen. Das Expeditionshaus wurde bei dieser Gelegenheit durch Schützenfeuer vollkommen zerstört. Die zusammenstürzenden Lehmziegelmauern bedeckten die im Hause befindlichen Steinbilder. Das war gut, denn sie wurden hierdurch neu begraben und vor weiteren Beschädigungen geschützt. Die Lage blieb ungeklärt, bis die Grenzverhältnisse zwischen der Türkei und dem französisch-syrischen Mandatsgebiet durch das Franklin=Bouillon=Abkommen (Angora 1925)⁴³⁶ geregelt wurde. Die Bagdadbahnlinie wurde in Obermesopotamien die Grenze zwischen den beiden Staaten. (...) Die Bahn überschreitet den Chabur unmittelbar westlich des Tell Halaf (...). Der Tell Halaf und das Tschetschendorf Ras el Ain wurden syrisch;

(...) Ich hatte inzwischen die reichen Ergebnisse meiner ersten Expedition 1911/13 gesichtet und wissenschaftlich bearbeitet. Meine Hoffnung, wieder nach dem Tell Halaf zu gehen, erfüll-

⁴³⁶Angora stand für Ankara. Das Franklin-Bouillon-Abkommen wurde bereits 1921 abgeschlossen. Dieses Abkommen zwischen den Franzosen und der Regierung unter Kemal Pascha vereinbarte die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen und die Beendigung des Kriegszustandes. Auch die Grenzziehung vom Vertrag von Sèvres von 1920 wurde erneuert. Dieses Sonderabkommen stieß bei den Briten auf Widerstand. Siehe dazu: Schieder 1979, Bd. 7/2, S.1340 ff.

*te sich zunächst nicht. Erst nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, im September 1926, konnte ich an eine neue Expedition denken.*⁴³⁷

Die Initiative, die Lage in Syrien nach neuen Grabungsmöglichkeiten zu sondieren, kam vom Deutschen Institut für Ägyptische Altertumskunde in Kairo. Der Direktor des Antikenwesens für das französisch-syrische Mandatsgebiet, Charles Virolleaud, lies über einen Mitarbeiter anfragen, warum die Deutschen nicht auch in Syrien ausgraben würden. *„Auf mein Schweigen [Mitarbeiter des Instituts für Ägyptische Altertumskunde] hin fuhr er fort, dass sich die Verhältnisse in Syrien geändert hätten, da die Regierung nicht mehr in den Händen von Generälen läge. M. Jovenel [Hoher Kommissar der französischen Mandatsgebiete Syrien und Libanon] wäre in diesen Dingen sehr entgegenkommend.*

*Ich kann mich ja über die Bedeutung dieser sicher nicht zufälligen Andeutung täuschen, sie könnten doch aber eine Aufforderung sein, uns auch in Syrien wissenschaftlich zu betätigen. Vielleicht ist diese Mitteilung für die an den Arbeiten in diesem Gebiete interessierten Kreise - Preuss. Kultusministerium, Deutsche Orientgesellschaft (...) von Bedeutung, (...).*⁴³⁸

Oppenheim sandte sofort ein Schreiben an das AA: *„Es handelt sich darum zu überlegen, was zu geschehen hat, um die auf dem Tell Halaf in Mesopotamien befindlichen Fundresultate meiner dort vor dem Kriege vorgenommenen Ausgrabungen, die den Staatlichen Museen geschenkt, fiskalisches Eigentum geworden sind, möglichst für uns zu retten, und darum zu überlegen, wie am besten eine diesbezügliche Fühlungnahme erfolgen könnte, selbstredend aber derart, daß hierdurch die Franzosen nicht auf den Tell Halaf noch besonders aufmerksam gemacht werden und die so überaus wertvollen Steinbilder etc. vom Tell Halaf wegtransportieren.“* Oppenheim bat das AA weiterhin, ihm eine Stelle im Völkerbund zu nennen, die sich mit den wissenschaftlichen und archäologischen Angelegenheiten in den ehemals türkischen Mandatsgebieten beschäftigte. Er wollte die genaue Bezeichnung der Stelle sowie die Namen der verantwortlichen Persönlichkeiten wissen und *„Es wäre besonders wichtig, evtl. zu erfahren, wie sie Deutschland gegenüber gesinnt sind.“* Weiterhin erkundigte er sich danach, ob es überhaupt Richtlinien im Völkerbund für die Behandlung der archäologischen Funde gäbe und wenn, dann für welche Mandatsgebiete. Außerdem merkte er an, dass es in sämtlichen türkischen Mandatsgebieten durch Engländer, Franzosen und Amerikaner bereits Ausgrabungen nach dem Krieg gegeben hätte. Alle Mandatsgebiete hätten eigene Museen in den einzelnen Stätten für die dort gefundenen Altertümer eingerichtet. Oppenheim erkundigte

⁴³⁷Oppenheim 1931, S. 31 ff.

⁴³⁸PA AA, R. 64594, o. P., Deutsches Institut für Ägyptische Altertumskunde Kairo an AA, 28.4.1926.

sich nach den konkreten Bestimmungen in Syrien hinsichtlich der Fundresultate bei Ausgrabungen und ob diese ganz oder nur partiell dem Mandatsgebiet zufielen. *„Ich bitte, darauf hinzuweisen, bei evtl. Recherchen in Genf meinem Tell Halaf mit keinem Worte Erwähnung zu tun.“*⁴³⁹

Es war nicht so, dass Oppenheim sich bis zu diesem Zeitpunkt keine Gedanken über die Überführung seiner Funde gemacht hatte. Er befand sich hierüber in regelmäßigem Kontakt mit der Deutschen Botschaft in Konstantinopel. Diese informierte ihn ständig über den Stand der Grenzziehungen. Oppenheim befürchtete stets, dass der Tell Halaf in das französische Mandatsgebiet fallen würde und die Franzosen dann selbst die Funde ausgraben bzw. ausstellen würden. Hoffnungsvoll schrieb er an Botschaftsrat Moltke: *„Entweder ich muss einstweilen noch ganz ruhig bleiben, oder aber ich muss demnächst mit den Franzosen irgendwie in Unterhandlung treten. Wenn ich mich vollständig auf die Dauer ruhig verhalte, gehen die Ergebnisse so meiner Tell Halaf-Grabung in alle Winde, und werden wir sie bei irgend welchen Althändlern einmal wieder finden.*

*Sie clam-heimlich von einem Ufer des Chabur auf das andere, also auf türkisches Gebiet, bringen zu lassen, ist furchtbar gefährlich. Hierdurch ist ja allen Eingeborenen der Ratschlag gegeben, auf meiner Grabungsstätte auf Raub auszugehen; (...) Es kommt dazu, dass ich unter allen Umständen im Spätherbst eine grössere Publikation über meine Tell Halaf-Grabung herausgeben will und muss. Hierdurch wird plötzlich die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit und der ganzen wissenschaftlichen Welt auf den Tell Halaf gerichtet werden und bis dahin müsste ich über alles klar geworden sein.“*⁴⁴⁰

Das AA beantwortete Oppenheims Anfragen umgehend. Seit dem 29. September 1923 bestand ein Mandatsstatut für Syrien, in dessen Artikel 14 eine Reihe von Richtlinien für den Erlass eines *„Antiquitäten-Gesetzes“* aufgestellt worden waren. Vorgesehen war die Ausarbeitung dieses Gesetzes innerhalb eines Jahres. Das AA hatte nun das Konsulat in Genf gebeten, sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zu erkundigen. Für Oppenheim war die Schlussfolgerung des Antwortschreibens entscheidend, dass *„(...) in Bezug auf archäologische Betätigung schon in den Richtlinien die Meistbegünstigung für alle Völkerbundstaaten statuiert ist; denn wenn überhaupt irgendwo, so muß doch gerade auf wissenschaftlichem Gebiet und die ‚moralische Zugehörigkeit‘ zum Völkerbund schon die Vorteile dieser Bestimmung sichern.“* Das AA bestätigte Oppenheim auch, dass das deutsche Konsulat in Genf den Auftrag

⁴³⁹PA AA, R. 64594, o. P., Oppenheim an Richthofen, 19.4.1926.

⁴⁴⁰PA AA, Vertretung Konstantinopel/Ankara 754, o. P., Oppenheim an Moltke, 19.3.1926.

bekommen hatte, sich nach der zugehörigen Stelle innerhalb der Mandatssektion des Völkerbundssekretariats zu erkundigen. Falls es überhaupt eine Stelle gab, die sich mit wissenschaftlichen Interessen beschäftigte. *„Sie können versichert sein, daß seitens des Amtes alles geschehen wird, um Ihnen bei der Rettung Ihrer wertvollen Funde für die deutsche Wissenschaft nach Möglichkeit zu helfen.“*⁴⁴¹

Zu Oppenheims Freude trat das neue Gesetz über die Regelung der Antiken im französischen Mandatsgebiet Syrien am 26. März 1926 in Kraft.⁴⁴² Dieses Gesetz besagte unter anderem, dass die Vornahme jeglicher Ausgrabungen einer entsprechenden Konzession bedurfte.⁴⁴³ Die im Zuge solcher Ausgrabungen gemachten Funde standen grundsätzlich dem Staat zu, wobei die Behörden entscheiden konnten, dem Ausgräber die Funde ganz oder zum Teil zu überlassen. Dem Ausgräber war darüber hinaus ein Vorerwerbsrecht eingeräumt.⁴⁴⁴

Oppenheim nahm mit der französisch-syrischen Antikenverwaltung Kontakt auf. Die Verhandlungen mit Virolleaud verliefen nach Oppenheims Vorstellungen. Oppenheim machte dem Kultusministerium folgende Mitteilung:

*„1.) meine Ausgrabung auf dem Tell Halaf ist als solche von den Franzosen anerkannt,
2.) Ich habe die Konzession zur Fortsetzung der Grabung auf dem Tell Halaf erhalten,
3.) das Prioritätsrecht der Veröffentlichungen über die Tell Halaf-Funde wurde mir zugesagt,
4.) ich wurde eingeladen, sofort nach dem Tell Halaf zu kommen und über den Verbleib der Funde mit den Franzosen gemeinsam Beschluß zu fassen,
5.) Ich bin gebeten worden, die eigentliche Ausgrabung jetzt noch nicht sofort vorzunehmen, sondern bis zum nächsten Jahr damit zu warten. Des ferneren hat Herr Schwörbel mitgeteilt, daß die Franzosen bereits die Absicht hatten, unsere Funde vom Tell Halaf nach dem Museum von Aleppo zu schaffen. Dieses ist nur dadurch verhindert worden, daß Herr Schwörbel mitteilen konnte, ich würde Deutschland am 1. April zur Reise nach Beirut und Syrien verlassen.“*⁴⁴⁵

Oppenheim erklärte weiterhin, dass er im Einverständnis mit dem AA und der Deutschen Botschaft in Paris in die französische Hauptstadt gereist sei, um dort mit dem Generalgouverneur von Syrien, Henry Ponsot, zu sprechen. *„Wenn ich jetzt nicht [sic.] sofort nach Syrien*

⁴⁴¹PA AA, R. 64594, o. P., Richthofen an Oppenheim, 7.5.1927.

⁴⁴²PA AA, R. 64595, o. P., Abdruck des Gesetzes: Haut-Commissariat de la Republique Francaise en Syrie et au Liban. Reglement sur les antiquites. Arrete N 207 du 29 mars 1926. Beyroth 1926.

⁴⁴³Arrete No 207, Art. 15.

⁴⁴⁴Arrete No 207, Art. 18, 19.

⁴⁴⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Kultusministerium, 26.3.1927.

*aufbreche, gehen die Tell-Halaf-Funde dem deutschen Museen verloren. Umgekehrt sind, wie es sich aus den vorstehend wiedergegebenen amtlichen Auslassungen ergibt, alle Garantien vorhanden, daß durch meine Reise nach Syrien und dem Tell Halaf der als Ausgräber mir nach dem syrischen Antikengesetz zustehende Teil zufallen wird. Nur dadurch, daß ich persönlich als konzessionierter Ausgräber diese Ansprüche geltend mache, können wir in den Besitz der Fundgegenstände gelangen.*⁴⁴⁶

Es folgte ein Kostenvoranschlag für die bevorstehende Expedition, der sich auf insgesamt 40.600 Mark belief. Unter anderem fielen hierunter die Reisekosten, eine Karawane, ein Grabungskommissar, Wächter auf dem Tell Halaf, Beduinengeschenke, Leben und Unterhalt und die Kosten für wissenschaftliches Material.⁴⁴⁷

An dieser Stelle soll ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Stiftung, die in engem Zusammenhang mit den erneuten Ausgrabungsplänen und dem Verhältnis zu den Staatlichen Museen stand, erfolgen.

2.3.1 Die Stiftung in Nöten und die Revidierung des Schenkungsvertrages

Wie in den letzten Kapiteln bereits erwähnt, befand sich die Oppenheim-Stiftung in zunehmend größeren finanziellen Schwierigkeiten. Das Vermögen Oppenheims war durch die Inflation größtenteils aufgezehrt worden und die Pension reichte zur Unterhaltung des Forschungsinstitutes nicht aus. Oppenheim wurden zwar die kostenlose Beschaffung von Büchern sowie weitere Steuervergünstigungen für seine Bibliothek zugestanden, er bekam aber sonst keine Unterstützung vom Staat. Daher verfasste Oppenheim im November 1926 ein Memorandum an das Kultusministerium zur Unterstützung der Stiftung. In ihm ging er auf den Zweck der Stiftung und deren Hauptaufgabe, die Bearbeitung und Publizierung der Tell Halaf-Funde und wies daraufhin, dass der Staat als Erbe eingesetzt sei. Oppenheim betonte besonders, dass der Stifter zu seinen Lebzeiten frei über die Stiftung verfügen können müsse, damit dieser den Fundus bis zu seinem Ableben vergrößern könne. Nach Oppenheims Tod wäre vorgesehen, *„zeitgemässe Verkäufe“* aus dem Fundus zu tätigen. *„Die aus den Verkäufen zu erwartenden Barmittel sollen zur immer stärkeren Fundierung für die Ausführung der Stiftungszwecke dienen. Im Interesse einer späteren finanziellen Sicherung ist ein Verkauf von Gegenständen des*

⁴⁴⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Kultusministerium, 26.3.1927.

⁴⁴⁷Die detaillierte Aufstellung ist in: GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No.19, Vol. I, Kostenvoranschlag für die Expedition des Minister-Residenten Max Freiherr von Oppenheim zur Rettung der Tell Halaf-Funde und wissenschaftlichem Forschungszwecke in Syrien und Mesopotamien, 27.3.1927.

Fundus bei Lebzeiten unerwünscht. Die Stiftung leidet gegenwärtig an Mangel an flüssigen Barmitteln. Jetzige Verkäufe wären schon aus den genannten Gründen nicht tunlich.

Die Stützung der Stiftung liegt im öffentlichen Interesse. Sie wäre auf folgende Arten möglich:

1) durch Zahlung jährlicher Beiträge aus irgendwelchen fiskalischen Mitteln, eventuell unter Verpfändung des Stiftungsfundus. (...) 2) Ein Teil der Stiftung geht in das Eigentum des Fiskus über. Der Fiskus kauft diesen gewissermassen, indem er der Stiftung jährlich Zuschüsse gewährt. (...) Schlimmstenfalls würde nichts anderes übrig bleiben, als dass der Stiftungsvertrag eines Tages annulliert werden müsste, falls er zu Verkäufen gezwungen werden würde, welche den Fortbestand der Stiftung nicht mehr möglich erscheinen lassen.

*Nach Möglichkeit sollte bis zum Tode des Stifters ein Zuschuss von M 3.000,- im Monat vorgesehen werden.*⁴⁴⁸

Oppenheim plädierte in den darauf folgenden Wochen für die Variante eines monatlichen Zuschusses von 3.000 Mark. *„Je mehr ich darüber nachdenke, umso mehr erscheint es mir als conditio sine qua non, dass ich den monatlichen Zuschuss von M 3.000,- für meine Stiftung vom 1. Dezember ds. Jrs. an erhalte. Ausserdem muss ich gewisse Bücher für meine Stiftungsbibliothek endlich anschaffen, die ich aus Geldmangel immer noch nicht besorgen konnte (...). Im übrigen habe ich noch folgende Gedanken, die ich Ihnen vortragen möchte und die ich Sie zu erwägen bitte:*

*Alle Schwierigkeiten würden meines Erachtens überbrückt werden können, wenn ich mich meinerseits bereit finden würde, meine Bibliothek jetzt definitiv in das Eigentum des Fiskus zu Händen der Hochschulabteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (die ja später nach der in Ihren Händen befindlichen Stiftungsurkunde die gesamte Stiftung überantwortet erhalten soll) zu übertragen. Hierdurch würde ich die Möglichkeit erhalten, meinerseits steuerfrei zu werden.*⁴⁴⁹ Des Weiteren hoffte Oppenheim, dass durch die Teilübertragung seiner Stiftung der Staat die zukünftigen Reisen zum Tell Halaf finanzieren könne. Auch sei die Ausgrabungsexpedition als Privatmann entscheidend für die Inbesitznahme der Funde von der französischen Mandatsmacht. Wenn die Museen bzw. der Staat als Besitzer den Anspruch geltend machten, würden die Funde laut Antikengesetz an den Staat Syrien fallen. *„Im ganzen Zusammenhange bitte ich, daran erinnern zu dürfen, dass ich im Interesse unserer Museen, um den Tell Halaf für diese zu retten, mir eine für mich nicht angenehme Zurückhaltung auferlegt habe und diese auch meinen sämtlichen Mitarbeitern und anderen aufgezwungen habe, unter keinen Umständen etwas über den Tell Halaf zu publizieren, damit*

⁴⁴⁸GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Stützung der Max Freiherr von Oppenheim-Stiftung, 26.10.1926.

⁴⁴⁹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No.19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach, 8.11.1926.

*nicht früher die Türken und jetzt die Franzosen, auf den Tell Halaf aufmerksam gemacht, die Steinbilder etc. in ihre eigenen Museen schaffen und meine Rechte beiseite legen würden.*⁴⁵⁰

Doch so unkompliziert, wie sich Oppenheim die Unterstützung von Seiten des Staat´ vorstellte, war die Angelegenheit nicht. Das Kultusministerium forderte erst einmal Schätzungen des Stiftungswertes samt Bibliothek. Weiterhin nannte es vier entscheidende Voraussetzungen für eine Unterstützung: 1. Eine Änderung der juristischen Basis der Stiftung dahingehend, dass der Staat bereits zum damaligen Zeitpunkt Erbe der Stiftung wurde. *„Es ginge nicht an, daß Oppenheim tatsächlich und rechtlich über das Stiftungsvermögen verfügen könne und der Staat gleichzeitig Unterstützungen zahle, obwohl er weder verfügungs- noch eigentumsberechtigt wäre.* 2. *Um den Wert einer Stiftung unter Lebenden festzustellen, sei es erforderlich, daß ein staatlicher Sachverständiger eine Schätzung vornähme. (...).* 3. *Sobald der Fiskus bei günstigem Ausfall der Schätzung Eigentümer des Stiftungsvermögens sei, wäre die Frage zu prüfen, ob und inwieweit eine finanzielle Beteiligung möglich sei. Bei der jetzigen Lage der Staatsfinanzen käme nur eine Unterstützung in der Form in Frage, daß die Stiftung gegebenenfalls in staatlichen Räumen untergebracht und die Unterhaltung des Stiftungsvermögens z. Bsp. durch Gestellung von Büchergestellen und sonstigem Material übernommen würde. (...)* Baron Oppenheim erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und wird gelegentlich auf die juristische Fixierung der Stiftungsurkunde zurückkommen.⁴⁵¹

Oppenheim war nun nicht einmal mehr in der Lage, die wissenschaftlichen Arbeiten an seinen Tell Halaf-Funden auch nur zum Teil selbst finanzieren zu können. Nur wenige Tage nach seinem Antrag zur Stützung der Stiftung wandte er sich erneut an das Kultusministerium mit der Bitte, die Bezahlung der Photographien seiner Funde für die Publikationen zu übernehmen.⁴⁵²

Für Oppenheim stand nun im Vordergrund, den drohenden finanziellen Zusammenbruch der Stiftung abzuwenden. Daher bemühte er sich gegen Ende des Jahres 1926, den Anforderungen des Kultusministeriums für eine finanzielle Unterstützung zu entsprechen. Oppenheim legte den Mitarbeitern des Kultusministeriums die Forderungen seinerseits vorab dar. Dazu zählten die Übernahme der Ausgaben für den Erhalt der Stiftung und die Bearbeitung und

⁴⁵⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No.19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach, 8.11.1926.

⁴⁵¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Vermerk Morsbach, 6.11.1926.

⁴⁵²GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Kultusministerium, 9.11.1926.

Sicherung der Tell Halaf-Funde sowie die zukünftigen Reisekosten für erneute Grabungen auf dem Tell Halaf.⁴⁵³

Oppenheim plante nun, „(...) eine Formel zu finden, um den alten Stiftungsvertrag vom Juli 1922 ohne weiteres in den Erbvertrag aufzunehmen (...).“ Die Stiftungsmodalitäten sollten die alten bleiben. „Es liegt mir besonders daran, zu meinen Lebzeiten möglichst freies Verfügungsrecht über mein Eigentum zu behalten. Hierdurch würde ich mich ganz besonders angespornt fühlen, den Stiftungsfundus zu vergrößern. Ich bin überzeugt, dass es gelingen wird, eine solche Vergrößerung auf sehr bedeutende Summen, auch was Barmittel angeht, erfolgen zu lassen. Die Reise nach dem Orient, die ich nunmehr wieder antreten werde, wird mir Gelegenheit bieten, wie früher für minimales Geld ordentlich grosse Werte an Kunstsachen im Interesse der Wissenschaft zu gewinnen; aus diesem Grunde auch die absolut erforderliche von mir gewünschte Befreiung der Stiftung bezw. meiner Person von Steuern und Zöllen.(...) Ein weiterer Grund, aus welchem ich möglichst Verfügungsfreiheit Zeit meines Lebens mir sichern möchte, liegt darin, dass ich nicht Unannehmlichkeiten entgegensehen darf, wenn ich irgendein Buch oder einen Kunstgegenstand veräussere, vertausche oder verschenke. Endziel bleibt aus der gegenwärtigen finanziellen Klemme herauszukommen, Kopf frei für meine wissenschaftlichen Arbeiten zu erhalten und diese dann möglichst bald in würdiger Art herauszubringen; dann aber den Stiftungsfundus so stark wie möglich zu halten und auszugestalten, um bei meinem Tode ein möglichst fundiertes Institut als mein Lebenswerk zurückzulassen.“⁴⁵⁴

Hieraus wird deutlich, dass Oppenheim sich die Möglichkeit offen halten wollte, Funde seiner Stiftung veräußern zu können und somit einem finanziellen Zusammenbruch zu entgehen. Doch den Großteil der Funde hatte er ja bereits mit dem Vertrag von 1918 den Berliner Museen geschenkt. Nun entwickelte Oppenheim die Idee, den Vertrag von 1918 ganz zu revidieren. Er begründete den Vorschlag damit, dass die „(...) Bitten zur Entlastung meiner Schenkung als Konsequenzen der von dem Museumsfiskus auf Grund des Schenkungsvertrages vom 1. Mai 1918 übernommenen Verpflichtungen zu betrachten sind.“⁴⁵⁵ Am folgenden Tag schickte Oppenheim den Revidierungsvorschlag, „(...) aus [dem] ich Sie die Folgen ersehen zu wollen bitte, falls ich nicht in der Lage sein sollte, in Deutschland zu meinem Rechte aus

⁴⁵³GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach, 14.12.1926.

⁴⁵⁴GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach und Klingelhöfer, 11.1.1927.

⁴⁵⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach und Klingelhöfer, 11.1.1927.

dem Tell Halaf-Vertrag und zu der leider so dringend benötigten Stützung meines Lebenswerkes zu gelangen.“⁴⁵⁶

Dieser Vorschlag sah folgendermaßen aus: „1.) Der Schenkungsvertrag wäre als nichtig zu bezeichnen, weil a.) die Museumsverwaltung im Hinblick auf den Museumsbau in Verzug geraten ist, b.) weil sie ihren durch den Schenkungsvertrag vom 1. Mai 1918 eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen will.

2.) Ich würde dem Museum die mir gezahlten M 275.000.- selbstverständlich mit den Abzügen unter Berechnung der mir nur in entwerteter Valuta geleisteten Zahlung zurückgeben.

3.) Aus Liberalität und um den Staatlichen Museen zu Berlin ebenfalls die Möglichkeit einer Ausstellung meines Tell Halaf zu geben, würde ich einen Typeset meiner Tell Halaf-Funde in Gestalt der sämtlichen Gipsabgüsse und einiger original Orthostaten, sowie einer Reihe von Original-Kleinfunden (...) zur Verfügung stellen. 4.) Ferner würde ich einen solchen Typeset den Museen von Köln übergeben, (Es würde sich um ein Typeset handeln, wie ich sie an ein amerikanisches Museum zum Preise von etwa hunderttausend Dollar anbieten wollte) (...)

5.) Den grossen Piepmatz, die übrigen bereits geretteten Tell Halaf-Original-Funde, sowie die Formen für die Gipsabgüsse (...), ferner das Recht auf alle weiteren noch auf dem Tell Halaf befindlichen Funden der Ausgrabungen meiner Campagne 1911/13, das Recht zur Nachgrabung (...) und die aus dieser zu erwartenden weiteren Funde, würde ich alsdann einem amerikanischen Museum oder Mäzen verkaufen, der seinerseits hierfür die Verpflichtung übernehmen müsste, meine Stiftung, meine wissenschaftlichen Arbeiten, meine Nachgrabung auf dem Tell Halaf etc. zu finanzieren.“⁴⁵⁷

Oppenheim wollte also den Schenkungsvertrag annullieren lassen, um mit dem Verkauf sämtlicher Funde und der Stiftung sein Lebenswerk zu retten. Anscheinend hatte er schon zu einem früheren Zeitpunkt mit einem Verkauf ans Ausland spekuliert.

Oppenheim versuchte, das Kultusministerium von der hohen Wertschätzung seiner Stiftung in den Gelehrtenkreisen zu überzeugen. Er machte darauf aufmerksam, dass die Orientalisten die Bitte ausgesprochen hätten, ihre Schriften Oppenheims Stiftung zu vermachen. Oppenheim bezog sich auf „(...) den bekannten Turkologen, Generalkonsul Mordtmann und [den] ausser-

⁴⁵⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach und Klingelhöfer, 12.1.1927.

⁴⁵⁷GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Denkschrift, 12.1.1927.

ordentlich bedeutenden Arabisten, Geheimrat Moritz, früher Direktor der Khedivialen Bibliothek in Kairo (...).“⁴⁵⁸ Beide waren Mitglieder des Stiftungskuratoriums.⁴⁵⁹

Oppenheim ging es in erster Linie um die Erhaltung der Stiftung. Daher hoffte er auf die rasche Umsetzung des Erbvertrages. Doch das Kultusministerium vertagte die Angelegenheit immer wieder. Oppenheim wollte möglichst vor seiner Abreise nach Syrien im April 1927 „(...) *die Gesamtangelegenheit unter Dach und Fach [bringen].*“⁴⁶⁰ Denn sowohl für die bevorstehende Ausgrabung als auch für die Stiftung benötigte er ausreichende Mittel, die er von staatlichen und wissenschaftlichen Stellen zu erhalten hoffte. Er schrieb Landrichter Niessen vom Kultusministerium, „(...) *um bis zur definitiven Erledigung der Stiftungsangelegenheiten*“ [folgende Beträge zu erhalten]: 1.) *Ueberweisung von 20 000 Mark für die notwendigsten Mittel zur Stützung der Stiftung* 2.) *5 000 Mark für Steuern (...)* *um einer Zwangsvollstreckung zu entgehen.* 3.) *Bereitstellung von 25 000 Mark zum 1.4. d.J. für meine Reise nach Syrien zur Rettung der Tell-Halaf-Funde.* 4.) *Zuführung von monatlich je 5 000 Mark an „die Kanzlei der Max-von-Oppenheim-Stiftung (...).*“⁴⁶¹

Oppenheim hatte folglich zwei Anliegen: die finanzielle Sicherstellung seiner Stiftung mit allen dazugehörigen Konsequenzen und die Finanzierung der Reise nach Syrien. Oppenheim wandte sich weiterhin an das Reichsministerium des Inneren, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften und an die Museumsverwaltung.⁴⁶² Er wollte jedoch zuerst vom Kultusministerium eine Finanzierung der Reise beantragen. Von Kultusminister Karl Heinrich Becker forderte er 40.000 Mark Unterstützung. Erst wenn dieser „(...) *nicht die ganzen 40.000 Mark geben kann oder will, würde ich auch im Sinne des vorliegenden Memorandums bei den anderen Faktoren vorstellig werden.*“⁴⁶³ Oppenheim wurde bei den „anderen Faktoren“ vorstellig.

Unter Hinweis auf die Unterstützung des Kultusministers forderte er in einem ausführlichen Memorandum den zuständigen Ministerialrat des Kultusministeriums, Lothar Gall, auf, eine Konferenz einzuberufen. Diese sollte aus Vertretern des Kultus-, des Innen- und des Außen-

⁴⁵⁸GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Kultusministerium 27.1.1927.

⁴⁵⁹Mitglieder waren Fürst Herrmann Hatzfeld, Generalkonsul J. E. Mordtmann, Geheimrat Bernhard Moritz, Bruno Meissner, Ernst Herzfeld, Erich Bräunlich und Werner Caskel. Siehe: PA, AA, o. P., R. 65737, Abschrift Stiftungsurkunde, 6.8.1929.

⁴⁶⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach, 18.2.1927.

⁴⁶¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Niessen, 23.2.1927.

⁴⁶²PA AA, R. 65739, o. P., AA an Oppenheim 8.3.1927; und GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach, 19.3.1927.

⁴⁶³Gemeint waren Wiegand und Stubenrauch von den Staatlichen Museen, Freytag und Donnevert vom AA. GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach, 19.3.1927.

ministeriums sowie der Staatlichen Museen bestehen. Ausdrücklich betonte Oppenheim das persönliche Interesse des Präsidenten der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Friedrich Schmidt-Ott.⁴⁶⁴ *„Ich besuchte heute Vormittag Exzellenz Schmitt-Ott und reichte ihm das beiliegende Schreiben an die Notgemeinschaft nebst Memorandum über die Garantie und den Kostenvoranschlag ein, kam jedoch völlig niedergeschmettert von ihm zurück. Er hat mir seine Verwunderung darüber ausgesprochen, dass das Kultusministerium seinerseits sich nicht mehr für meine Expedition interessiere. Wenn ich ihm durch Vorlegung aller Unterlagen über meine Forschungsarbeiten und die geleistete Vorbereitungsarbeiten in dieser Hinsicht die Notwendigkeit meiner Reise nachgewiesen hätte, so läge doch weitaus der Schwerpunkt des Interesses meiner Reise im Gebiete des Kultusministeriums und der preußischen Museen. (...) Die Notgemeinschaft stelle mir anheim, das Kultusministerium zu bitten, schriftlich meine Expedition entsprechend zu empfehlen und zu erklären, daß es bereit sei, seinerseits eine entsprechende Summe für diese zu geben. Er meinte, 10 000 M seien zu wenig, wenn die Notgemeinschaft 15 000 M geben solle. (...) Geheimrath Donnerwerth [AA] (...) war der Ansicht, wenn Sie, mein hochverehrter Herr Ministerialrat Gall, zur Beschleunigung der Angelegenheit sofort morgen die in Betracht kommenden Faktoren zu einer notwendigen Beratung in das Kultusministerium bitten wollen.*

Sie können sich meine tragische Situation vorstellen. Ich bin den Franzosen angekündigt, sie warten auf mich; Indizien sprechen dafür, daß die Türken eventuell heimlich die Tell Halaf-Sachen, oder grössere Teile davon, über die nahe Grenze verschleppen könnten, womit sie für uns unter den obwaltenden Umständen verloren wären.(...) Ich bitte Sie im Interesse der Sache herzlichst, für eine umgehende Lösung der Finanzierungsfrage sorgen zu wollen.“⁴⁶⁵

Zu diesem Zeitpunkt reiste Oppenheim nach Paris, um dort mit dem Generalgouverneur des syrischen Mandatsgebietes über die erneute Grabung auf dem Tell Halaf zu verhandeln. (Siehe Kapitel III 2.3.) Da die Franzosen ihm die sofortige Reise zum Tell Halaf empfohlen hatten, war die Finanzierung dieser Expedition von dringendster Eile.

Aber das Kultusministerium blieb bei seinen Forderungen nach einer gesicherten juristischen Basis der Stiftung als Voraussetzung für die Unterstützung. Oppenheim schrieb in einem verzweifelten Ton an Morsbach: *„Ich bedaure es und empfinde es als ungemein tragisch, dass es nicht gelungen ist, die Stützung meiner Stiftung sowie die Angelegenheit (...) mit dem Museumsfiskus vor meiner Abreise in Ordnung zu bringen. Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar,*

⁴⁶⁴Zur Gründungsgeschichte der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft siehe: Schmidt-Ott, Friedrich: *Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950*, Wiesbaden 1952, S. 174 ff.

⁴⁶⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Gall 23.3.1927.

wenn es möglich wäre, während meiner Abwesenheit, also in den Monaten April, Juni, Juli an die Kanzlei der Max-von-Oppenheim-Stiftung monatlich M 5.000 zu überweisen.“ Weiterhin forderte er 40.000 Mark für die Reise und wies den Staatlichen Museen die Schuld an der Finanzlage zu, da diese die Ausgaben des Museumsbetriebes, „(...) nach meinem Tell-Halaf-Schenkungsvertrage der Museumsfiskus hätte zahlen müssen (...).“ Oppenheim schlug weiterhin vor, seine Stiftungsbibliothek für die vorzeitige Unterstützung von 10.000 Mark durch das Kultusministerium an Dasselbe zu verpfänden.⁴⁶⁶

Nach so vielen verschiedenen Anfragen Oppenheims fasste das Kultusministerium schließlich seine Anliegen prägnant zusammen: „Oppenheim hat zurzeit 4 Wünsche: I. Umwandlung der Stiftung von Todeswegen in eine solche unter Lebenden. Zweck der Umwandlung ist, staatlicherseits Mittel zur Unterhaltung der Stiftung zu bekommen, da er selbst nicht mehr in der Lage ist, die nötigen Mittel - nach seiner Angabe ca. 5000 M im Monat - aufzubringen. Ein Schreiben seines Bankhauses, in dem zum Ausdruck gebracht kommt, dass sein Konto völlig erschöpft ist und er nur über den Gewinnanteil der Bank bei der er Kommanditist ist verfügen könne, hat hier vorgelegen.

Oppenheim ist erklärt worden, dass die Frage der Umwandlung der Stiftung mit dem Ziele, staatliche Mittel zu erhalten, abhängig gemacht werden müsse: a. von dem Wert der Bücherei, die GR. Moritz auf 1 Million Mark geschätzt hat; b. von dem musealen Wert seiner Ausgrabungen; c. von der Möglichkeit, die Zuschüsse ganz erheblich zu reduzieren.“⁴⁶⁷ Zu den Punkten a) und b) solle die Generaldirektion der Staatlichen Museen eine Stellungnahme abgeben. Der zweite Wunsch wäre die Finanzierung seiner Reise nach Syrien, um die Ausgrabungen auf dem Tell Halaf fortzusetzen.

„Nach Ansicht des GR. Wiegand und GR. Stubenrauch sind die Ausgrabungen für die staatlichen Museen wünschenswert. (...) Unter der Voraussetzung, dass die Museumsverwaltung 10.000 M, die Reichsverwaltung einschl. Notgemeinschaft 15.000 M geben, habe ich einen Zuschuss in Höhe von 15.000 M (...) in Aussicht gestellt.“ Der dritte Wunsch wäre die Unterstützung der Stiftung von 5.000 Mark monatlich, auch diese könne Oppenheim gewährt werden. Beim vierten Wunsch handele es sich um die Zahlung der Stiftungssteuern, die ebenfalls übernommen werden könnten.⁴⁶⁸

⁴⁶⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Morsbach; 25.3.1927.

⁴⁶⁷GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Vermerk Kultusministerium; 4.4.1927.

⁴⁶⁸GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Vermerk Kultusministerium; 4.4.1927.

Oppenheim hatte also den finanziellen Zusammenbruch noch einmal abwenden können. Die Stiftung wurde mit 5.000 Mark unterstützt, und ihm wurde von seiner Bank der Gewinnanteil für das Jahr 1926 ausgezahlt.⁴⁶⁹ Kurz vor der Abreise nach Syrien sagte ihm auch das Reichsministerium des Inneren 4.000 Mark für die Ausgrabung zu, und das Kultusministerium stellte ebenfalls einen Betrag von 15.000 Mark zur Verfügung.⁴⁷⁰ Die juristische Fixierung der Stiftung war in die Wege geleitet worden, und Oppenheim konnte beruhigt zum Tell Halaf aufbrechen.

2.4 Oppenheims ruhmreiche Verhandlungsergebnisse in Syrien

Oppenheim reiste von Deutschland aus nach Kairo und dann weiter zum Deutschen Konsulat nach Beirut. Konsul Schwörbel berichtete dem AA: *„Ich habe ihn [Oppenheim] mit den verschiedenen in Betracht kommenden französischen und einheimischen Dienststellen in Verbindung gebracht. Dieselben sind ihm in jeder Weise auf das lebenswürdigste entgegengekommen. Man hat ihm in Aussicht gestellt, ihm etwa die Hälfte der Funde bei Tell Halaf zur freien Ausfuhr zur Verfügung zu stellen.“*⁴⁷¹

Auch Oppenheim berichtete umgehend dem Kultusministerium, dem AA, dem Innenministerium und der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft von seinen erfolgreichen Verhandlungsergebnissen. Die Schlussverhandlungen vor seiner Abreise zum Tell Halaf hätten mit Konsul Schwörbel und Virolleaud stattgefunden. Virolleaud hätte ihm folgende Zusagen gemacht: 1. Die Grabungserlaubnis für den Tell Halaf und seine Teilgebiete, 2. Die Grabungserlaubnis für den vom Tell Halaf 20 km entfernten Hügel Tell-Chanzir, *„3. Die vom Tell Halaf in weiterer Entfernung liegende wichtige Kultstätte, über die ich bereits in Berlin streng vertrauliche Andeutungen und Mitteilungen zu machen mir gestattet hatte (...).“* 4. Die Hälfte aller bisher auf dem Tell Halaf ausgegrabenen und noch auszugrabenden Funde, 5. Das gleiche Recht auf die oben genannten Ausgrabungsstätten. Weiterhin berichtete Oppenheim, dass er nun zum Tell Halaf und Umgebung reisen würde, um die von den Beduinen verschleppten Funde zusammenzusuchen. *„Eine weitere, besonders schwierige, und ich darf es sagen, nicht gefahrlose Aufgaben wird darin bestehen, die mitten im Streit- und Zuggebiet der grossen Beduinenstämme gelegene alte Kultstätte, die ich seinerzeit entdeckt und als erster*

⁴⁶⁹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Oppenheim an Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie.; 6.4.1927.

⁴⁷⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Abschrift Reichsministerium des Inneren an Herrn Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 26.4.1927, und an Kultusministerium; 13.4.1927.

⁴⁷¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. I, Deutsches Konsulat an AA, 2.5.1927.

Europäer betreten hatte, wieder aufzusuchen und die dort befindlichen, schweren Steinbilder nach der Bahnlinie zu bringen.“ Die Teilung der gesamten Funde solle dann in Aleppo erfolgen, und die Oppenheim dann zufallenden Funde sollten von einem syrischen Hafen aus nach Deutschland transportiert werden. Oppenheim hätte wegen des geringen Budgets der Antikenverwaltung seinerseits angeboten, die Transportkosten selbst zu übernehmen. Dafür forderte er umgehend von den angeschriebenen Behörden 10.000 Mark.⁴⁷²

Insgesamt blieb Oppenheim fünf Monate in Syrien. „Mit meinen alten Beduinen=Freunden, vor allem den Pascha=Söhnen, gab es ein freudiges Wiedersehen. Auf dem Tell Halaf mußten zunächst die von den Trümmern des alten Expeditionshauses bedeckten Steinbilder wieder ausgegraben werden. Leider war eine Reihe von Reliefplatten, die seinerzeit im Hof des Expeditionshauses untergebracht waren, inzwischen von armenischen Steinmetzen in Ras el Ain zu Mühl= oder Bausteinen verwendet worden, wobei die Reliefs auf den Oberflächen in barbarischer Weise einfach abgemeißelt wurden. Glücklicherweise hatte ich auch diese Skulpturen 1911/13 nicht nur photographiert sondern auch durch einen deutschen Gipsformer abgießen lassen (...). Dank dieser Vorsorge sind sie für die Wissenschaft gerettet.

Ich machte 1927 verschiedene Ausflüge in die Umgebung von Ras el Ain, (...) und bereitete alles für die Wiederaufnahme von systematischen Grabungen vor. Die französisch=syrische Mandatsregierung erteilte mir freundlicherweise die Grabungskonzession für das ganze Chabur=Quellgebiet (Ras el Ain-Tell Halaf) und für den Djebelet el Beda. Die Konzession wurde auf den Namen der von mir gegründeten Max Freiherr von Oppenheim-Stiftung (Orient-Forschungs-Institut) zu Berlin eingetragen. Damit ist die Weiterführung des Ausgrabungswerkes auch nach meinem Tode gesichert.“⁴⁷³

⁴⁷²DAI Berlin, NL Wiegand, Kasten 25, Abschrift Oppenheim an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, das Auswärtige Amt, das Reichsamt des Inneren, die Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft, Beirut 12. Mai 1927.

⁴⁷³Oppenheim 1931, S. 32.



Abb. 6: Expeditionshaus 1913 – 1927 war es nur noch eine Ruine



Abb. 7: Oppenheim mit seinem Expeditionsteam 1929

Die Berichte des Deutschen Konsulats aus Beirut lassen auf eine große Anerkennung des Unternehmens seitens der französischen Behörden schließen. Konsul Schwörbel berichtete dem AA von den erfolgreichen Ergebnissen. Es leitete den Bericht an das Kultusministerium weiter. *„Herr Baron von Oppenheim ist letzter Tage vom Tell Halaf zurückgekehrt. Die Ergebnisse seiner unter größten Entbehrungen während der größten Sommerhitze durchgeführten Tätigkeit im Tell Halaf (...) sind großartig zu nennen; selbst die hiesigen französischen Kreise erkennen neidlos das von Baron Oppenheim geleistete Werk an; hat er doch allein bis jetzt nicht weniger als 8 Waggon Steinbilder retten und nach Aleppo in Sicherheit schaffen können, wozu wahrscheinlich noch etwa 6 Waggon kommen werden. Nur wer die Schwierigkeiten kennt, die hier entgegenstanden und die zu überwinden waren, kann das Geleistete verstehen. Im letzten Augenblick hätten die türkischen Lokalbehörden in Ras-el-Ain Beschlag auf die Funde gelegt.*

Die französische Mandatsverwaltung hat kürzlich Herrn Baron Oppenheim die Konzession für den Tell Halaf (...) schriftlich zugesagt.⁴⁷⁴ Der französische Hohe Kommissar, Botschafter Ponsot empfing Herrn Baron Oppenheim heute in mehr als einstündiger Audienz, um sich über die Ergebnisse der Forschungsreise zu informieren.“⁴⁷⁵

Als Dank für die großzügige Regelung schenkte Oppenheim dem Louvre-Museum zwei Orthostaten, die noch heute dort zu sehen sind.⁴⁷⁶ In Aleppo fand die Teilung der Tell Halaf-Funde zwischen Oppenheim und dem Syrischen Staat statt. Oppenheim wurde beauftragt, ein Museum in Aleppo mit denen im Land verbleibenden Funden einzurichten. *„Das Museum ist noch vor meiner Abreise der Munizipalität in Aleppo übergeben worden, die mir ihren Dank aussprach.“⁴⁷⁷*

Die Vorexpedition war nur der Anfang von weiteren Grabungen, die Oppenheim für einen späteren Zeitpunkt plante. Da zum Erhalt, zur Bearbeitung der Funde und zum Unterhalt der Stiftung enorme finanzielle Ressourcen und Ausstellungsraum notwendig waren, begann Oppenheim, nun Forderungen an den Preußischen Staat zu stellen, die sich als unerfüllbar erweisen sollten.

⁴⁷⁴Eine Kopie der offiziellen Grabungserlaubnis ist in: PA AA, R. 65737, o. P., Permis de Fouilles Archéologiques; 2.8.1927.

⁴⁷⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Abschrift Schwörbel an AA; 5.7.1927.

⁴⁷⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Denkschrift Oppenheim; 12.8.1927.

⁴⁷⁷GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Denkschrift Oppenheim; 12.8.1927.

2.5 1927 bis 1929: Verhandlungen mit dem Kultusministerium und Abschluss des Vergleichsvertrages mit den Staatlichen Museen

Während sich Oppenheim noch auf dem Tell Halaf befand, veranlasste das Kultusministerium weitere Schritte zur Übernahme der Stiftung. Es ließ eine Schätzung der Oppenheimschen Bibliothek durch den Direktor der Orientalischen Abteilung der Preußischen Staatsbibliothek, Professor Dr. Weil, vornehmen. Wie bereits erwähnt, war der Wert schon von Oppenheims Seite aus durch das Kuratoriumsmitglied Geheimrat Moritz auf 1. Million Mark geschätzt worden. In einem ausführlichen Gutachten ging Weil auf die Historie und den Bestand der Bibliothek ein. *„Der Beginn der Bibliothek reicht in die 80er Jahre zurück. Als Baron Oppenheim im Jahre 1896 an die deutsche diplomatische Agentur in Cairo berufen wurde, konnte sie bereits mit Nutzen von deutschen und anderen Gelehrten gebraucht werden, die sich in Egypten aufhielten. Die Bibliothek ist seitdem in planmässiger Weise für den Alten und den Neuen Orient und die mit ihm zusammenhängenden Gebiete ausgebaut worden.“* Weil hob hervor, dass der Bestand der Bibliothek zwar deutlich den persönlichen Interessen des Stifters entspräche, dieses jedoch positiv zu bewerten sei, da Oppenheim so auch abseits liegende Fächer berücksichtigt hätte. *„So z.B. sind Romane, die über den Orient handeln, Teppichwerke, Kochbücher sowie Literatur über arabische Musik, Derwischorden und Pferdezzucht mit besonderer Liebe zusammengetragen.“* Durchweg positiv ging Weil weiterhin auf Oppenheims Leistungen in Bezug auf die Vielfalt der Publikationen ein. Abschließend erklärte er: *„Wenn man über den tatsächlichen Anschaffungswert der Oppenheim’schen Bibliothek hinaus, den ich auf ca. 300 000 M schätzen möchte, alle diese Momente der Wertsteigerung in Ansatz bringt, könnte man sich bei wohlwollendem Urteil mit dem Ergebnis von Prof. Moritz, das eine Million Mark nennt, einverstanden erklären.“*⁴⁷⁸

Die weiteren Verhandlungen mit den Staatlichen Museen über die Auslegung des Schenkungsvertrages sollten ruhen, bis Oppenheim wieder zurückgekehrt war und persönlich an den Konferenzen teilnehmen konnte.⁴⁷⁹

Oppenheim berichtete dem Kultusministerium mit Stolz von seiner Reise. Es tritt deutlich zu Tage, dass er seine persönlichen Leistungen besonders hervorhob, um so höhere finanzielle Unterstützungen beanspruchen zu können: *„Inzwischen habe ich meine Expedition nach Ras el Ain und dem Tell Halaf beendet. Dieselbe ist schwerer gewesen als ich es mir selbst ge-*

⁴⁷⁸GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Gutachten vom 27.11.1927.

⁴⁷⁹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Generaldirektor der Staatlichen Museen an Kultusministerium; 15.7.1927.

dacht hatte. Abgesehen (...) von der fürchterlichen Hitze, die in diesem Jahre besonders stark in Syrien und Mesopotamien aufgetreten ist, hatte ich bei der Aufsuchung weggebrachter Tell Halafsteine, bei der Wiederausgrabung von Steinbildern unseres alten Tell Halaf-Museums usw. unter dem zusammengesunkenen Expeditionshause und vor allem bei den Transporten der zum Teil ausserordentlichen schweren Steinbilder immer wieder neue Schwierigkeiten, von politischen Momenten gar nicht zu reden.

Ich habe auf dem Tell Halaf alle meine Funde eingepackt und persönlich schon sechs Wagons mit über 44 Tonnen Inhalt nach Aleppo gebracht. Weitere Steinbilder in ähnlichen Gewichten sind nach Aleppo unterwegs.

Ich habe nunmehr auch meine letzten Verhandlungen mit den französischen Behörden in Beirut im Hinblick auf die Teilung der Tell Halaf Funde etc. abgeschlossen und darf behaupten, dass ich auch in dieser Hinsicht ausserordentlich befriedigt sein kann. Mir ist die Hälfte zugesprochen worden, und mein diesbezüglicher Teilungsmodus angenommen! Mehr als das, ich werde in der Lage sein, in den nächsten Tagen den mir zufallenden Anteil über das Meer zu bringen. Ich glaube infolgedessen behaupten zu dürfen, dass ich meine Aufgabe gelöst habe.

In wenigen Tagen werde ich der Eigentümer von weiteren ausserordentlich grossen, wissenschaftlichen Kunst- und realen Werten sein. (...) Ich erlaube mir, Ihnen nun die bereits am 4. Mai ausgesprochenen Bitte zu wiederholen, jetzt schon die Beträge bereit zu stellen, um entsprechend dem Ihren Dezernenten bereits vor einigen Monaten übergebenen Kostenvoranschläge zu ermöglichen, dass meine Stiftung für die nächste Zeit gestützt wird und die Mittel zur Herausbringung meiner wissenschaftlichen Werke vorhanden sind.“⁴⁸⁰

Oppenheim wandte sich nach seiner Rückkehr sogleich an Morsbach und beschwerte sich darüber, dass das Kultusministerium bei der Unterstützung nicht Wort gehalten hätte. „*Ich bin leider auch jetzt wieder im Stich gelassen worden (...) Die erbetenen 10 000 Mark für den Transport usw. der Tell Halafsachen sind immer noch nicht eingetroffen. Ich bin hierdurch in die denkbar grössten Schwierigkeiten geraten. Des weiteren ist die mir vor meiner Abreise als notwendig hingestellte, wenigstens kleine Entlastung meiner Kanzlei durch den Betrag von 5 000 Mark nicht erfolgt.*“⁴⁸¹

⁴⁸⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Oppenheim an Kultusministerium; 5.7.1927.

⁴⁸¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Oppenheim an Morsbach; 27.6.1927.

Das Kultusministerium antwortete Oppenheim kurz angebunden, dass seine verschiedenen Anträge noch nicht hätten bearbeitet werden können und er sich an den Generaldirektor der Staatlichen Museen zur weiteren Information wenden solle.⁴⁸²

Nun setzten komplizierte Verhandlungen mit dem Kultusministerium und den Staatlichen Museen ein. Die Verhandlungsergebnisse mit der französischen Mandatsverwaltung schienen Oppenheim veranlasst zu haben, höhere finanzielle Beträge vom Staat fordern zu können. Noch an Bord der „*Helouan*,“ dem Schiff, das ihn zurück nach Deutschland bringen sollte, verfasste Oppenheim eine Denkschrift, die die Verhandlungspartner unter starken Druck setzte. Im ersten Teil hob er die Bedeutung der nun nach Berlin gebrachten Funde hervor. Weiterhin wäre es ihm möglich geworden, Abgüsse von den in Aleppo verbliebenen Funden nehmen zu können. So wolle Oppenheim die Nachbildung der Tempelpalast-Fassade (Kapitel II 3.2.2) ermöglichen. *„Abgesehen von der wissenschaftlichen Bedeutung wird diese für jedes Museum ein kolossales Monumentum, ein noch nie dagewesenes Novum bilden und zweifellos ein museales Anziehungsmoment aller ersten Ranges. (...) Die mir nunmehr im syrischen Mandatsgebiet auf Grund der offiziellen Teilung übergebenen Fundgegenstände meiner früheren Ausgrabungen sind zum grössten Teil Unica und von so hohem, wissenschaftlichem Kunstwerte, dass jedes Museum der Welt das Aufstellungsmuseum um seinen Besitz beneiden wird.“*⁴⁸³ Eine Taxierung der Objekte, die Oppenheim nun mitbrächte, wäre auf Grund von Unkenntnis deutscher Fachleute nahezu unmöglich, man müsse „*Weltkaufleute*“ heranziehen. Oppenheim hätte sich bei der Bewertung in Syrien fachlichen Rat geholt und deswegen seien seine Schätzungen maßgebend.⁴⁸⁴

Weiter fortfahrend spekulierte Oppenheim zwar mit dem Gewinn, den er durch einen Verkauf der Funde erzielen könnte, wies dieses Vorgehen aber zurück, da sein Vorschlag zum Ziel hätte, „*(...) dem Preussischen Kultusministerium und seinen Museen mein Vermögen und meine Arbeitskraft, die Stiftung, die Ergebnisse meiner früheren Ausgrabungen (...) und die neuen Grabungskonzessionen zur Verfügung zu stellen.*

*Auf der anderen Seite muss ich endlich aufhören, in die Verpflichtungen des Fiskus aus dem Tell Halaf-Schenkungsvertrag vom 1. Mai 1918 einzutreten, denen der Fiskus nicht nachgekommen ist,- was zur Folge hatte, dass ich im Interesse der Sache mich meinerseits geopfert und meine Barmittel nunmehr ganz ausgegeben habe.“*⁴⁸⁵ Das Ministerium müsse sich klar

⁴⁸² GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Kultusministerium an Oppenheim; 2.8.1927.

⁴⁸³ GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Denkschrift Oppenheim; 12.8.1927.

⁴⁸⁴ GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Denkschrift Oppenheim; 12.8.1927.

⁴⁸⁵ GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Denkschrift Oppenheim; 12.8.1927.

darüber sein, ob es die folgenden Ausgaben durch die Annahme dieses Angebots überhaupt tätigen wolle. Diese würden sich für die Bewertung der bisherigen Grabungsergebnisse und der neuen Grabungskonzession auf ca. 1,75 Millionen Mark belaufen. Die Objekte hätten insgesamt den Wert von 11 bis 12 Millionen Mark. Hinzu kämen noch einmal ca. 600.000 Mark für zukünftige Forschungsreisen auf sechs Jahre verteilt. Oppenheim bräuchte sofort 10.000 Mark für den Transport der Funde nach Aleppo. Diesen Betrag hätte er auslegen müssen. Die bereits gestellten Mittel über 28.000 Mark hätten weder für die Gesamtreise noch für den Transport ausgereicht, er hätte 40.000 Mark dafür gefordert. Auch die monatlichen 5.000 Mark für die Stiftung wären zu seinem Bedauern nicht eingegangen. Er habe vor, diesen Winter erneut nach Syrien zu reisen, um für das Museum in Aleppo die Steinbilder zusammenzusetzen und wieder am Tell Halaf zu graben sowie ihm noch zustehende Funde nach Deutschland zu bringen. Für diese bevorstehende Ausgrabungsexpedition veranschlagte Oppenheim einen Kredit über 100.000 Mark. Dazu kämen noch einmal 100.000 Mark für die Bearbeitung und den Transport der Funde.

Abschließend forderte Oppenheim unverzüglich einen Betrag von 250.000 Mark. *„Diese Summe ist jedoch in meinem Gesamtpetitium der, - um mich so auszudrücken – ,kapitalisierten’ 1 ¾ Millionen Goldmark mit einbegriffen. Es handelt sich um eine Summe, die ich deshalb benötige, weil der Fiskus (...) seinen Verpflichtungen aus dem Tell Halaf-Schenkungsvertrag nicht nachgekommen ist, sodass ich mein eigenes Vermögen angreifen musste (...). Als Treuhänder der Max Freiherr von Oppenheim-Stiftung bin ich gezwungen, diesen Betrag ,von dem Museumsfiskus’ zurückzuverlangen, da ich nach dem Aufbrauch meiner Barmittel sonst die Stiftung lebensgefährlich treffen müsste (...). In meiner unter dem 12. Januar d.Js. (...) übergebenen Zusammenstellung der Entlastungsausgaben (...) hatte ich unter Pos. A ,vom Museumsfiskus zurückzuverlangen’ (...) 373.000.- in Rechnung gestellt. Da die Museen sicherlich diese Mittel nicht haben, und sich ausserdem, wie ich überzeugt bin, mit allen nur erdenklichen Mitteln wehren werden, Zahlungen für diese Rückerstattungen zu machen, muss ich dem Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volkbildung anheim stellen, aus welchen Mitteln es den von mir benötigten Betrag von 250 000,- zur Verfügung stellen will. Ich muss denselben aus bestimmten Gründen spätestens bis Ende April 1928 in Händen haben.“*⁴⁸⁶

Oppenheim sah sich folglich nun in keiner Weise mehr an den Schenkungsvertrag von 1918 gebunden, sondern bezog sich in seinen Forderungen schon auf die von ihm schriftlich fest-

⁴⁸⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Denkschrift Oppenheim; 12.8.1927.

gehaltenen Änderungen vom Januar 1927.⁴⁸⁷ Diese Forderungen schienen nun unbegrenzte Dimensionen anzunehmen. Er ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass die Staatlichen Museen gar nicht mehr gewillt und fähig waren, ihren finanziellen Verpflichtungen überhaupt noch nachkommen zu können. Diese Annahme sollte sich als richtig erweisen:

In Berlin setzten schwierige Verhandlungen ein. Das Kultusministerium vermerkte: „*Eine Entscheidung konnte angesichts der grossen Summen, die bereitzustellen wären, nicht getroffen werden.*“⁴⁸⁸ Diese Entscheidung sollte nun unter Hinzuziehung der Museumsverwaltung getroffen werden.

Die Museumsverwaltung, insbesondere Regierungsrat Gierlich, drohten nach diesen Forderungen mit dem Rechtsweg, um zu ihren Ansprüchen aus dem Schenkungsvertrag zu kommen. Oppenheim lies sich allerdings nicht entmutigen und schaltete seinerseits Rechtsanwälte ein. Oppenheim berichtete Regierungsrat Niessen vom Kultusministerium, dass diese ihm bestätigt hätten, „*(...) dass der Museumsvertrag vom 1. Mai 1918 als Schenkungsvertrag anzusehen ist, und da der Form nicht genügt, nichtig ist.*“ Generaldirektor Waetzold hätte sich nun persönlich eingeschaltet. Oppenheim glaube allerdings nicht mehr an die Unterstützung durch die Museen, sondern hoffe auf eine Ermöglichung seiner Forderungen durch „*ausserordentliche Mittel*“ des Finanzministeriums.⁴⁸⁹

Die Generalverwaltung der Staatlichen Museen hielt zwar weiterhin an ihren Rechten aus dem Schenkungsvertrag fest, gestand jedoch zu, dass sich die Sachlage verändert hätte. Generaldirektor Waetzold verfasste für die folgenden Verhandlungen eine Denkschrift „*(...) über die Ausgrabungen und die Stiftung des Freiherrn Max von Oppenheim.*“ Darin ging er auf die noch ausstehenden Verpflichtungen der Staatlichen Museen ein. Kurz zusammengefasst beleuchtete Waetzold im ersten Kapitel die Ausgrabungen auf dem Tell Halaf und den Vertrag von 1918. Danach würden sich die bereits in Berlin lagernden Funde auf 1.060.000 Millionen Mark belaufen, dieser Teil sei bereits zum Eigentum den Museen überwiesen worden, würde nur zur Bearbeitung noch in der Museumswohnung lagern. Der größere Teil, von Oppenheim auf 6.070.000 Millionen Mark geschätzt, hätte bis dato auf dem Tell Halaf gelagert. Die finanziellen Leistungen der Museen für den Erwerb der bereits ausgegrabenen und noch auszugrabenden Funde würden sich nach dem Vertrag von 1918 auf 275.000 Mark belaufen. 61.371 Mark wären von 1918 bis 1920 und 1927 gezahlt worden. Nach dem Schenkungsver-

⁴⁸⁷Siehe Kapitel III 2.4.1, Anmerkung 431.

⁴⁸⁸GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Vermerk Kultusministerium; 15.9.1927.

⁴⁸⁹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Oppenheim an Niessen; 10.10.1927.

trag müssten die Museen allerdings die Kosten „a) für Schutz, Behandlung und Unterbringung der Funde b) für Publikationen c) Kostenbeitrag zu einer in Zukunft noch vorzunehmenden weiteren Ausgrabung auf dem Tell Halaf“ übernehmen.⁴⁹⁰

Die Museen würden zu a) 10.615 Mark, zu b) 60.000 Mark und zu c) 100.000 Mark, also insgesamt 170.615 Mark anerkennen. Folglich käme eine Gesamtsumme von 231.986 Mark zusammen. „Gegenüber diesen anzuerkennenden Forderungen von insgesamt 231 986 M glaubt Herr Baron von Oppenheim auf Grund eben dieses Vertrages als ‚Entlastungsausgaben‘ Forderungen in Höhe von 755 000 M geltend machen zu können. Der Unterschiedsbetrag (...) bleibt streitig.“ Zur Erfüllung der Aufgaben und Leistungen, die sich aus den Grabungskonzessionen, der Stiftung und der Bearbeitung der Funde ergäben, würde nun Oppenheim über diesen Rahmen hinaus folgende Beträge fordern:

„1. Zur Ermöglichung der Bearbeitung seiner bisherigen und künftigen Ausgrabungen und zu Forschungsreisen, auf etwa 15 Jahre verteilt, 1 750 000 RM

2. Für neue Ausgrabungen und Forschungsreisen, auf etwa 6 Jahre 900 000 RM

Die von Herrn von Oppenheim gemäß seinem Schreiben vom 12. August 1927 zu 2) geforderte Summe belief sich auf 600 000 RM. Durch heutige telephonische Mitteilung des Herrn von Oppenheim erhöht sie sich jedoch auf ca. 900 000 RM. insgesamt 2 650 000 RM

Von dieser Summe verlangt Herr von Oppenheim [sofort] 200 000 RM

(...) Nach überschlägiger Berechnung ist anzunehmen, daß nach den von Oppenheims Absichten von der vorgenannten Gesamtsumme von 2 650 000 RM etwa 1 950 000 RM den Ausgrabungen, Reisen und Bearbeitung der Ausgrabungsergebnisse und etwa 700 000 RM der Stiftung zugute kommen soll.“⁴⁹¹

An das Ende der Denkschrift fügte Waetzold eine Begutachtung Webers über die Bedeutung der „(...) Oppenheim'schen Ausgrabungen und Ausgrabungs-Konzessionen für die Museen“. Weber ließ sich hier wohlwollend in beiderlei Hinsicht für die Museen aus.⁴⁹²

Oppenheims finanzielle Forderungen an die Museen erhöhten sich ständig. Einem weiteren Schreiben Waetzolds ist zu entnehmen, dass Oppenheims Anliegen durchaus kritisch begutachtet wurden. Waetzold schrieb, dass die über den Gesamtbetrag von 2.428.000 Millionen

⁴⁹⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit.8, No.19, Vol. II, Denkschrift über die Ausgrabung und die Stiftung des Freiherrn Max von Oppenheim, 19.9.1927.

⁴⁹¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit.8, No.19, Vol. II, Denkschrift über die Ausgrabung und die Stiftung des Freiherrn Max von Oppenheim, 19.9.1927.

⁴⁹²GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit.8, No.19, Vol. II, Denkschrift über die Ausgrabung und die Stiftung des Freiherrn Max von Oppenheim, 19.9.1927.

Mark hinausgehenden Forderungen des Sommers 1927⁴⁹³ „(...) in ihrer endgültigen Höhe auch nicht annähernd angegeben werden [können]; bei der Neigung des Barons v.O. zu stark extensiver Auslegung seiner Forderungen werden sie aber mindestens mit 500 000 M angesetzt werden müssen, so dass die Oppenheimschen Gesamtforderungen z. Zt. Rd.: 3 000 000 M betragen. (...) Die zur Entscheidung stehende Frage muss daher streng genommen nicht dahin gestellt werden, ob die dem Fiskus angesonnene [sic.] Leistung von 3 000 000 M sich den gesamten v.O'schen Leistungen gegenüber rechtfertigen lässt, sondern dahin, ob sie den - unabhängig vom Verträge -jetzt neu angebotenen Werten oder Rechten gegenüber vertretbar ist.

Diese neuen Werte sind:

1. Die Stiftungsbibliothek 1 000 000 M, 2. der Stiftungsfundus – von Baron v. O. bewertet auf: 1 500 000 M, 3. Gipsabgüsse und Nachbildungen durch v.O. bewertet auf: 1 332 000 M, 4. die neuen Grabungskonzessionen durch v.O. bewertet auf: 800 000 M, 5. die bereits nach hier unterwegs befindlichen, nicht zu den eigentlichen Tell Halaf-Funden gehörigen Stücke - durch v.O. bewertet auf: 1 050 000 M.“ Von besonderer Bedeutung wären Ziffer 5, 4, und 1. Wenn der Wert der entbehrlichen Stücke ca. 2 Millionen Mark betragen würde, läge die Differenz zwischen Oppenheims Forderungen von 3 Millionen Mark und der zu zahlenden Summe durch den Staat nur noch bei 800.000 Mark, da Ziffer 4 noch zu ungenau wäre. Waetzold schlug weiterhin vor, einen Betrag von 300.000 Mark zu ermöglichen, „(...) da ohne ihn der Fiskus seinen Verpflichtungen aus dem Verträge von 1918 nicht gerecht werden kann und somit Gefahr liefe, alle Ansprüche aus diesem Verträge gegen Frh. v.O. verlustig zu gehen. Der Betrag von 300 000 M würde voraussichtlich ausreichen, um dem Fiskus die bereits hier befindlichen Funde vom Tell Halaf zu sichern wie auch die weiteren von dort stammenden Grabungsergebnisse, die sich teils bereits auf dem Wege nach hier befinden, teils zwar ausgegraben sind, aber noch in Aleppo liegen.“ Neue Grabungen würde der Museumsfiskus bei diesem Betrag nicht ermöglichen können.⁴⁹⁴

Nun sollten neben Weber zwei Orientalisten, Ernst Herzfeld und Bruno Meissner, ihr Urteil über das Verhältnis zwischen Wert und Forderungen Oppenheims abgeben. Diese stellten fest, dass Oppenheim durch seine Verhandlungsergebnisse deutlich mehr Funde nach Berlin gebracht hätte als bei Abschluss des Schenkungsvertrages vorgesehen. Daher würde die Gegenleistung der Museen die ursprünglichen 275.000 Mark übersteigen. Weiterhin wäre die

⁴⁹³In dieser Denkschrift war die „telefonische Erhöhung“ noch nicht inbegriffen, auch dann weichen die Zahlen ständig voneinander ab.

⁴⁹⁴GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Waetzold an Niessen betreffend der Freiherr von Oppenheim-Stiftung; 29.9.1927.

erneute Grabungskonzession überaus bedeutsam für weitere Ausgrabungsmöglichkeiten. Die Stiftung, die Sammlungen und die Kommanditanleihe von Oppenheims Bank würden einen Wert von etwa 1,5 Millionen Mark darstellen. *„Das was Frh. v. O. dem Fiskus an Sachwerten übergibt, geht also weit über den Rahmen des im Verträge vorgesehenen hinaus und damit ergibt sich auch, dass die zur wissenschaftlichen Bearbeitung und sonst notwendig werdenden Aufwendungen weit grösser sein müssen, als beim Vertragsabschluss vorausgesehen werden konnte. (...) Wir sind also zu der Ueberzeugung gekommen, dass der Wert und die Bedeutung der von Frh. v. O. eingebrachten Objekte Aufwendungen in der Höhe der von ihm geforderten Mittel rechtfertigt.“*⁴⁹⁵

Wiegand hingegen empfahl der Generalverwaltung, gegenüber Oppenheim nicht sofort auf die Forderungen einzugehen. *„Baron Oppenheim bewertet seine Funde auf 11-12 Millionen Mark. Der Betrag erscheint übertrieben hoch, z.B. rechnet er allein für Gipsabgüsse und Nachbildungen von Originalen, die nicht nach Deutschland gelangen, 1.332 000 Mark. Er will sich mit einem ‚Kostenersatz‘ von 1 ¾ Millionen begnügen. Diese Summe ist bei der jetzigen Lage des Staates sehr schwer zu beschaffen. Der Fiskus verkennt die Bedeutung der Funde nicht und will dem Baron möglichst entgegenkommen. Die Verhandlungen komplizieren sich aber durch eine gewisse Eigenart des Entdeckers nicht selten in empfindlicher Weise. Es ist zu der Drohung gekommen, die besten Stücke nach Amerika zu verkaufen. Solange die Lage noch ungeklärt ist, empfiehlt es sich wohl, dem Baron Oppenheim gegenüber eine gewisse Zurückhaltung zu üben.“*⁴⁹⁶

Aus diesen Begutachtungen wird deutlich, dass die Vorderasiatische Abteilung der Staatlichen Museen und auch die orientalischen Wissenschaftler ein großes Interesse an den Funden Oppenheims hatten. Dass Meissner und Herzfeld sich für einen höheren und von den Staatlichen Museen zu zahlenden Betrag einsetzten, ist verständlich, da beide Kuratoriumsmitglieder waren. (Siehe Kapitel III 2.1) Wiegands negative Begutachtung passt hingegen zu seiner Oppenheim-kritischen Haltung, die er bereits während der Verhandlungen über die Fundteilung vor dem Ersten Weltkrieg zeigte. (Siehe Kapitel II 3.3) Trotz des Museumsinteresses an den Funden war der Museumsfiskus anscheinend nicht in der Lage, diese enormen Summen zu aufzubringen. Dieses ist aus dem darauf folgenden Abschluss eines Vergleichsvertrages zu erkennen.

⁴⁹⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Denkschrift Herzfeld, Meissner, Weber, ohne Datum.

⁴⁹⁶DAI Berlin, NL Wiegand, Kasten 25, Bericht Theodor Wiegand; 19.12.1927.

Am 8. Dezember 1927 verfassten Oppenheim und der Preußische Staat, vertreten durch den Generaldirektor der Staatlichen Museen, einen ersten Vergleichsentwurf, der den Schenkungsvertrag von 1918 aufheben sollte. *„Übereinstimmung besteht jedoch darin, dass infolge des ungünstigen Kriegsausganges und der nachfolgenden Geldentwertung die Ausführung des genannten Vertrages für beide Seiten mit Schwierigkeiten verbunden ist. Da Freiherr von Oppenheim bereit ist, dem Fiskus, vertreten durch den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, durch die ‚Max Freiherr von Oppenheim-Stiftung‘ namenhafte Zuwendungen zu machen, die mit seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag vom 1. Mai 1918 nichts gemein haben, erscheint es vertretbar, dass der Fiskus seinerseits bezüglich der von ihm behaupteten vertraglichen Rechte dem Freiherrn von Oppenheim entgegenkommt. Aus diesen Erwägungen heraus wird hiermit der nachstehende Vergleich geschlossen...“*⁴⁹⁷

Im Folgenden sollen die wesentliche Punkte kurz zusammengefasst werden: Die Museumsverwaltung verzichtete auf alle Rechte und Forderungen aus dem Vertrag von 1918. (§ 1) Oppenheim übertrug den Museen zum Eigentum neben dem „*Riesenvogel*“ weitere große Orthostaten, „*17 kleine Orthostaten von den bereits in Berlin befindlichen (...)*“, die Hälfte der Kleinfunde, Gipsabgüsse und die Hälfte der Funde bei der nächsten Grabungskampagne auf dem Tell Halaf.⁴⁹⁸ Die Auswahl der nicht näher bestimmten Fundstücke sollte gemeinsam mit Weber vorgenommen werden. (§ 3) Die genannten Stücke sollten bis zu ihrer Übergabe an die Staatlichen Museen im Leihbesitz Oppenheims bleiben. (§ 4) Der Übergabeort sollte der Neubau oder die derzeitigen Ausstellungsräume des Vorderasiatischen Museums sein. Die Transportkosten sollte Oppenheim übernehmen. (§ 5) Die Museumsverwaltung verpflichtete sich, die Tell Halaf-Funde bisweilen noch geheim zu halten, bis Oppenheim die öffentliche Ausstellung für geeignet hielt. Beschränkt würde dieser Zeitpunkt jedoch durch die offizielle Ausstellung im Neubau. (§ 6) In § 7 verpflichtete sich die Museumsverwaltung, die Kosten für die Herstellung der Tempelfassade und weiterer Nachbildungen zu übernehmen. Nach § 8 übernahm die Museumsverwaltung die von Oppenheim gewünschte Herstellung der Gipsabgüsse und photographischen Arbeiten durch die Staatliche Formerei und die Museumsphotographen. In § 9 erhielt Oppenheim das Recht, auf eigene Kosten Nachbildungen von den an die Museen geschenkten Funden zu machen. In § 10 verpflichtete sich die Museumsverwaltung, die Wiederausfuhr von Funden durch Oppenheim zuzulassen, *„insbesondere auch nicht dadurch zu behindern, dass diese Funde und Grabungsergebnisse auf die Liste der nationalen*

⁴⁹⁷GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Abschrift Vergleichsentwurf, 8.12.1927.

⁴⁹⁸Siehe folgende Anmerkung für die detaillierte Aufstellung.

wertvollen Denkmäler gesetzt werden.“⁴⁹⁹ Im folgenden Paragraphen wurde Oppenheim zugesagt, die den Museen verbliebenen Funde unter seinem Namen im Neubau zu kennzeichnen und Oppenheim lebenslänglich einen Arbeitsraum zur Verfügung zu stellen. Im letzten Paragraphen wurden die finanziellen Regelungen getroffen. Danach verpflichtete sich die Museumsverwaltung, Oppenheim 1. Million Mark zu zahlen. Davon 400.000 Mark nach Übergabe der bereits in Berlin befindlichen Funde, 300.000 Mark für die „unterwegs“ befindlichen Funde, die restlichen 300.000 Mark nach Übergabe der noch in Aleppo befindlichen Funde sowie der Hälfte der in der kommenden Grabungskampagne gemachten Funde.⁵⁰⁰

Doch Oppenheim reichte der Betrag von 1 Million Mark für die Funde und zum Erhalt der Stiftung nicht aus. Denn im offiziellen Vergleichsvertrag, der am 15. August 1928 abgeschlossen wurde, entfiel der § 11 Oppenheim berichtete dem Kultusministerium hierzu: *„Ich möchte nunmehr die von mir seit langem von Todes wegen bestimmte Stiftung unter Lebenden constituieren und zwar in der Art, wie sie nach langen Besprechungen zwischen (...) Herrn Oberregierungsrat Klingelhöfer, sowie meinem Anwalt und mir festgesetzt worden war. Damals stand allerdings in Aussicht, dass die Angelegenheit der Stiftung mit einem Vergleich der Museums-Angelegenheiten gemeinsam erledigt werden würde, derart dass ich eine Million Mark vom Fiskus ausbezahlt erhalten würde. Es wurde schließlich jedoch nicht gewünscht, die beiden Angelegenheiten miteinander zu verquicken, vielmehr ist mit dem Museum und mir auf ganz anderer Grundlage ein Vergleich erfolgt. (...) durch welchen die bis dahin bestehenden Schwierigkeiten und ungeklärten Momente zwischen den Staatlichen Museen und mir geregelt wurden. Allerdings hat der Fiskus sich ausserstande erklärt, die von mir im Interesse der Sicherung der Grabungs- und der wissenschaftlichen Behandlung derselben verausgabten Summen zurückzuzahlen. Ich habe nach dem Abkommen vom Fiskus überhaupt nichts erhalten, wogegen mir jedoch ein grosser Teil der mir von der französisch-syrischen Mandatsregierung zugesprochenen Tell Halaf-Gegenstände zu freiem Eigentum verblieben ist. Ich hoffe, aus diesem sehr bedeutenden Beträge zur Dotierung meiner Stiftung zu erhalten, die ich als mein Kind betrachte und deren Fundierung mein Lebenswerk sein soll.“*⁵⁰¹

Der offizielle Vergleich vom 15. August 1928 sah also wesentlich geringer aus. Danach verzichteten zwar alle Parteien auf die Rechte und Verpflichtungen aus dem Schenkungsvertrag von 1918, die Museen behielten jedoch die bereits 1914 übergebenen Funde für sich. Die in der Museumswohnung lagernden und nun ankommenden Funde blieben in Oppenheims Ei-

⁴⁹⁹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Abschrift Vergleichsentwurf, 8.12.1927.

⁵⁰⁰GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Abschrift Vergleichsentwurf, 8.12.1927.

⁵⁰¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Oppenheim an Kultusministerium, 6.11.1928.

gentum. Daher zahlte die Museumsverwaltung doch nicht die 1 Million Mark für alle Funde, sondern verpflichtete sich in § 14, Oppenheim bei der Beschaffung eines Kredites von 600.000 Mark für die Stiftung behilflich zu sein. *„Durch den Kredit sollten die bis dahin eingegangenen geldlichen Verpflichtungen abgedeckt und zahlreiche, im französisch-syrischen Mandatsgebiet aus den früheren Grabungen noch vorhandene und mir gehörige Tell Halaf-Funde nach Deutschland gebracht werden. Schließlich sollte ich durch den Kredit in den Stand gesetzt werden, die Verkaufsaktion der hierfür bestimmten Tell Halaf-Skulpturen (...) durchzuführen.“*⁵⁰² Der Vergleichsvertrag trat am 15. August 1928 in Kraft.⁵⁰³

Der Abschluss des Vergleichsvertrages zeigte, dass Oppenheim den Staatlichen Museen nun weit weniger Funde schenkte, um mit dem anderen Teil seine Stiftung erhalten zu können. Diese Sanierung sollte durch Verpfändung an Banken oder Verkauf an andere Museen oder Mäzene erfolgen. Die Voraussetzung für die Aufhebung des Schenkungsvertrages von der Museumsseite aus war, dass Oppenheim seine Stiftung dem Preußischen Staat vermachte, der Museumsfiskus somit keine Einbußen hatte.

Die Umwandlung der Stiftung in *„eine juristische Person“* und in eine *„Stiftung unter Lebenden“* dauerte noch bis zum Sommer 1929 an.⁵⁰⁴ Der Preußische Staat forderte, dass Oppenheim seine Stiftung auf eine gesicherte finanzielle Basis im Falle seines Ablebens stellte. Daher schloss Oppenheim einen *„Erbvermächtnisvertrag“* [mit dem Preußischen Fiskus ab], *durch welchen der Stiftung ein Betrag von Mk. 360.000 (...) zugewiesen wird, um die damit im Augenblick der Stiftung zugedachte jährliche Rente von Mk. 25.000 (...) auch nach meinem Tode sicherzustellen.“* Die 360.000 Mark bestanden aus Oppenheims Kommanditanleihe beim Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. sowie einem aus der Verpfändung von Fundstücken erhaltenden Betrag.⁵⁰⁵ Am 8. August 1929 folgte schließlich die offizielle Genehmigung der Stiftung durch das Preußische Staatsministerium.⁵⁰⁶

⁵⁰²PA AA, R. 65740, o. P., Aufzeichnung Oppenheims, 18.3.1933.

⁵⁰³GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Oppenheim an Kultusministerium (Leist), 14.5.1930. Der Originalvertrag befindet sich im Archiv des Vorderasiatischen Museums.

⁵⁰⁴Siehe Briefwechsel Oppenheim mit Kultusministerium von 1928-1929, in: GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II.

⁵⁰⁵GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Erbvermächtnisvertrag Januar, 1928.

⁵⁰⁶PA AA, R 65737, o. P., Stiftungsurkunde 8.8.1929. Mitglieder des Kuratoriums von 1929 waren: Oppenheim als Vorsitzender, Fürst Herrmann Hatzfeld, Generalkonsul Dr. J. E. Mordtmann, Geheimrat Prof. Dr. Bernhard Moritz, Prof. Dr. Bruno Meissner, Prof. Dr. Ernst Herzfeld, Prof. Dr. Erich Bräunlich, Dr. Werner Caskel.

2.6 Erneute Grabung am Tell Halaf 1929

„Anfang März 1929 begann meine dritte Kampagne auf dem Tell Halaf. Ich hatte für diese wieder Dr. Langenegger als ersten Grabungsarchitekten gewinnen können, ferner nahm ich zwei jüngere Architekten, Diplomingenieur Hans Lehmann und Regierungsbauführer Robert Riedel sowie einen deutschen Berufsphotographen und einen Sekretär mit. Diesmal hatte ich auch einen Bildhauer, Igor von Jakimow, angestellt, der die in Aleppo zurückgelassenen Statuenreste zusammensetzen und von den Stücken, die auf Grund der Teilung von 1927 dem syrischen Staat zugefallen waren, Gipsabgüsse herstellen sollte, soweit dieses früher noch nicht geschehen war. Lehmann und Jakimow haben dann später in meinem Tell=Halaf=Museum zu Berlin, Franklinstraße 6, die Fassaden des Tempelpalastes vom Tell Halaf wieder aufgebaut.“⁵⁰⁷

Oppenheim hatte vor Beginn der Reise verzweifelt versucht, Langenegger aus dem sächsischen Staatsdienst zu beurlauben. Er schrieb an Geheimrat Terdenge vom AA: *„Meine Expedition würde vollkommen unmöglich werden, wenn Regierungs-Baurat Dr. Langenegger nicht teilnehmen könnte. (...) Es liegt tatsächlich im Reichsinteresse, dass die Expedition jetzt ausgeführt wird. Es wäre eine Blamage des Deutschtums, wenn sie infolge Nichtbeurlaubung des Dr. Langeneggers unmöglich wird. Dr. Langenegger ist der technische Leiter der ersten Grabung gewesen und der einzige, der dort unten in technischer Hinsicht Bescheid weiß.“⁵⁰⁸*

Oppenheims Gesuch wurde also auch bei dieser Grabungskampagne ausdrücklich vom AA unterstützt. *„Das Auswärtige Amt möchte nicht verfehlen, dieses Gesuch aus aussenpolitischen Gründen dringend zu befürworten. Es wäre im Interesse des deutschen Ansehens ausserordentlich zu bedauern, wenn die Ausgrabungsmöglichkeiten, die Freiherr von Oppenheim in den französisch-syrischen Gebieten gesichert hat, für die deutsche Wissenschaft verloren gehen würden.“⁵⁰⁹*

Oppenheim arbeitete wieder geschickt agierend auf eine erneute Fundteilung bei der kommenden Ausgrabung hin. Virolleaud hatte Konsul Schwörbel wissen lassen, dass er, als Leiter des Antikenwesens, gerne einen Vortrag über Archäologie in Berlin halten wolle. Als Oppenheim davon Kenntnis erhielt, ergriff er sofort die Initiative zur Umsetzung dieses Vorhabens.

⁵⁰⁷Oppenheim 1931, S. 33.

⁵⁰⁸PA AA, R. 65739, o. P., Oppenheim an Terdenge, 12.2.1929.

⁵⁰⁹PA AA, R. 65739, o. P., AA an Sächsische Staatsministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Dresden, 16.2.1929.

Denn Virolleaud entschied über die Verhältnisse der Teilungen. Daher empfahl Oppenheim dem AA, ein Schreiben an die Archäologische Gesellschaft zu Berlin weiterzuleiten: *„Um dem zweifellos vielseitigen Vortrage einem grösseren Zuhörerkreis zugänglich zu machen und gleichzeitig den Vortrag selbst durch den grösseren Rahmen möglichst würdig zu gestalten, dürfte es sich wohl empfehlen, wenn mehrere wissenschaftliche Gesellschaften die Einladung gleichzeitig ergehen lassen. (...) Ich darf darauf hinweisen, dass ich noch im Laufe des Januars zu einer neuen grossen Ausgrabungs-Expedition nach Mesopotamien reise, und würde ich es im Interesse der Sache begrüessen, wenn ich Herrn Virolleaud zunächst mündlich irgendwelche positiven Vorschläge machen könnte.“*⁵¹⁰ Sowohl den Vortrag Virolleauds als auch die Beurlaubung Langeneggers konnte Oppenheim in seinem Sinne durchsetzen.⁵¹¹

Noch vor Beginn der dritten Grabungskampagne, stellte Oppenheim in Berlin den Bildhauer Igor von Jakimow ein. Seine unpublizierten Erinnerungen beschreiben anschaulich die Passion, mit der Oppenheim alles, was mit dem Tell Halaf in Zusammenhang stand, betrieb. Dieser berichtete: *„In einem Eckhaus am Savignyplatz befand sich die grosse archäologische Sammlung des Baron von Oppenheim. Alle Säle waren überfüllt von Regalen mit Büchern, überall standen Gipsabgüsse von noch nirgendwo gesehenen frühhistorischen Statuen. Schliemanns Beispiel folgend, unternahm der Baron Forschungsreisen nach dem Orient, wo er verschüttete Städte entdeckte, die er ausgraben liess. Der Weltkrieg unterbrach diese Arbeiten, jetzt wollte er sie fortsetzen, wozu man auch einen vielseitigen Künstler brauchte; aber viel bezahlen wollte er nicht. (...)*

Bis zur Abreise mussten noch die Gipsabgüsse mehrerer zerbrochener Steinfiguren fürs Museum in Aleppo gemacht werden, was in einem halbruinierten Fabrikgebäude, das uns von der Stadt zur Verfügung stand, geschehen sollte. Nun war ausgerechnet dieser Winter besonders kalt; alle Sachverständigen betrachteten ein derartiges Unternehmen als Unmöglichkeit, und die Fachleute, denen der Baron es zumutete, lachten ihn aus. Jetzt verlangte er dasselbe von mir und wollte überhaupt nichts anderes hören; alles musste bis zum Aufbruch beendet sein. Dann stach mich der Ehrgeiz, fertig zu bringen, was niemand zu übernehmen wagte. Wenn man aber statt des nötigen Minimums - fünfzehn Grade Wärme -achtundzwanzig Gr. Kälte hatte, musste ich zum Wundertäter werden. Auf einem kleinen Eisenofen hielt ich stets kochendes Wasser, über dem man den Atem aufwärmen konnte, den Gips löste ich in heissem Wasser, modellierte damit und brachte gleich Stroh, in einem Kreis gestapelt, in Brand. Die Lohe sollte so lange wüten, bis der Gips hart wurde. Und siehe! Mehrere überlebensgrosse

⁵¹⁰PA AA, R.65739, o. P., Oppenheim an AA (Richthofen), 9.1.1929 und Oppenheim an den Vorstand der Archäologischen Gesellschaft zu Berlin, 8.1.1929.

⁵¹¹PA AA, R. 65739, o. P., Oppenheim an Terdenge, 12.2.1929.

weisse Figuren standen bald, wie aus Flammen erwachsen. Von weitem hörte man den Baron donnern, dabei zitterte alles. Mich zwischen Feuer und Rauch erblickend, murmelte er lediglich: ‚Ich will Sie nicht stören‘, und mit eiligen Schritten entfernte er sich. Zum Termin war ich mit der Arbeit fertig.“⁵¹²

Die Grabungsteilnehmer brachen Anfang März zum Tell Halaf auf. Jakimow blieb in Aleppo bei dem französischen Betreuer des von Oppenheim eingerichteten Museums. Oppenheim reiste weiter zum Tell Halaf. *„Auf dem Tell Halaf schlugen wir neben den gespenstischen Ruinen des früheren Expeditionshauses die alten Zelte auf (...). Meine alte Freundschaft zu den Söhnen Ibrahim Paschas kam mir auch jetzt wieder besonders zustatten. (...) Auch dieses Mal nahm ich wieder Beduinen als Arbeiter an, im Durchschnitt 200 Leute, Männer und Frauen.“⁵¹³*

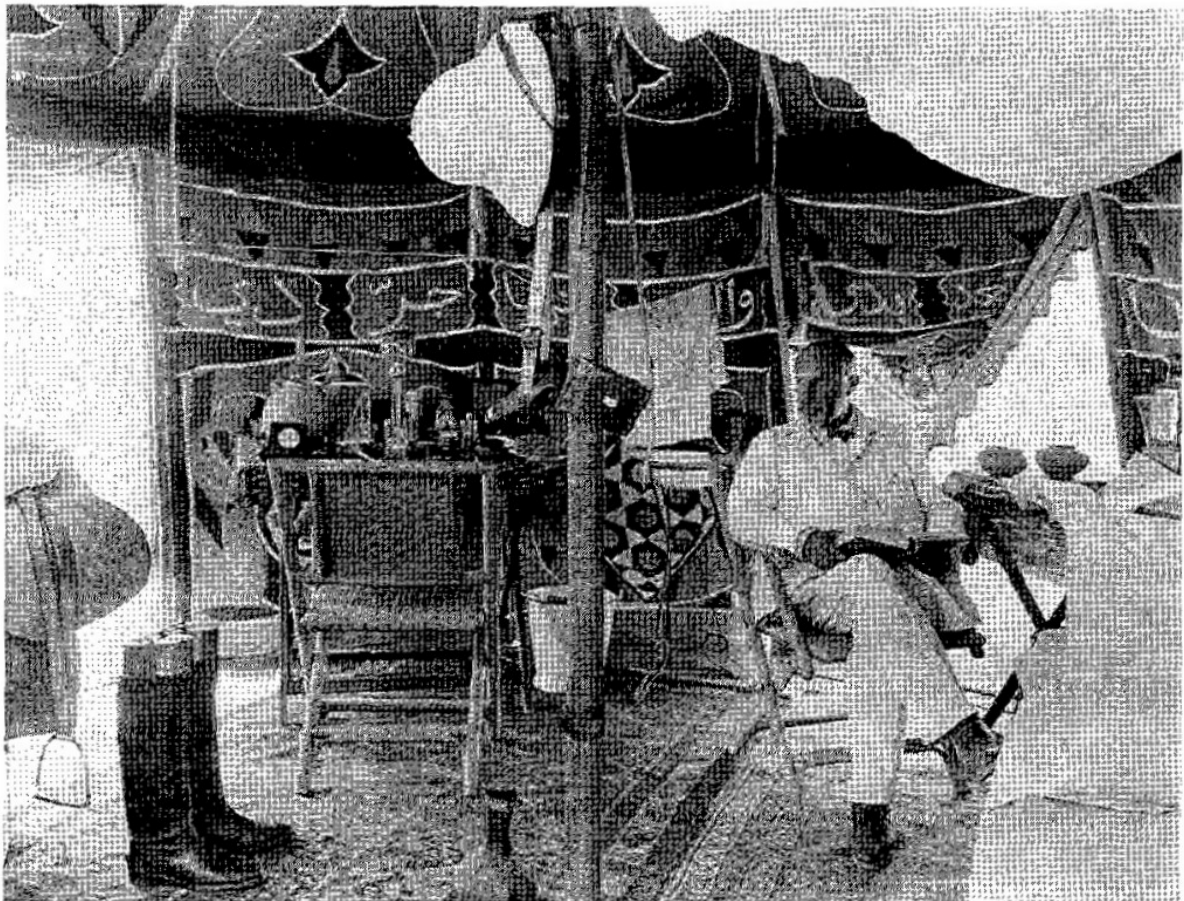


Abb. 8: Oppenheim im Zelt auf dem Tell Halaf 1929

Auch Jakimow reiste für einige Tage zum Tell Halaf: *„Im Lager gab es sehr viel zu tun, doch immer unter freiem Himmel zu arbeiten war ganz anders als zwischen vier Wänden in Berlin,*

⁵¹²Drehbuch MPR, Jakimow, Igor von, Biographie 1885-1962, S. 94.

⁵¹³Oppenheim 1931, S. 33.

wo man bei achtundzwanzig Gr. Kälte die eisernen Werkzeuge kaum mit der blossen Hand greifen konnte; hier allerdings verbrannten diesselben Werkzeuge in einer Hitze von sechzig Gr. im Schatten die Finger.“ Fasziniert beschrieb er die neu gemachten Funde aus der Zeit der Buntkeramik. *„Im grossen arabischem Zelt aus schwarzem Ziegenhaargewebe lag bereits eine Menge von Scherben prähistorischer Keramik. Die Kultur, zu der sie gehörte, war kaum erforscht, weder Plastik noch Schrift befanden sich dazwischen. (...) In der jüngsten oberen Schicht lagen zahlreiche zersplitterte Grossfiguren aus Basalt (...).“* Detailliert beschrieb er weiterhin die Basaltfiguren und ihre Bedeutung. Zu seiner Freude konnte er länger im Lager bleiben, da der französische Museumsbetreuer in die Ferien fahren wollte. *„Da kam die Nachricht, dass Darousse [der Betreuer] auf dem Rückweg in der verdamnten Schlucht von Räubern erschossen wurden war, was uns alle erschütterte; nur in den [sic.] Gesichtern der Abdullahs und der Eingeborenen schimmerte verborgene Freude. Leider gab das unverantwortliche Benehmen der Europäer dazu tiefen Grund.“*⁵¹⁴

In Aleppo wurden die Funde verpackt und zum Hafen nach Alexandria gebracht, um von dort nach Europa transportiert zu werden. Nach der Fundteilung 1927 waren bereits 13 Eisenbahnwaggons nötig gewesen, um die Lasten nach Deutschland zu bringen. Oppenheim schrieb: *„Auch 1929 war ich von den Ergebnissen der Ausgrabungen ausserordentlich befriedigt. Die Tiefengrabungen auf dem Tell Halaf hatten vor allem eine gewaltige Menge an Buntkeramik aus dem 4. und 3. Jahrtausend v. Chr. zu Tage gefördert. (...) Auch in diesem Jahre hatte ich mich der grössten Hilfsbereitschaft aller französischen Zivil- und Militärbehörden zu erfreuen. In Aleppo wurde die Expedition aufgelöst. (...) Die Rückreise nach Europa ging mit der Bahn über Aleppo und Konstantinopel. Ich fuhr in dem ausgezeichneten Schlafwagen, der seit 1929 bis nach Tripolis und Rahat verkehrte. Welch ein Gegensatz zu dem Leben in der Wüste, das hinter mir lag!“*⁵¹⁵

Diese dritte Grabungskampagne stieß auf geringere Schwierigkeiten als die bisherigen. Es gab keinen Widerstand bei den deutschen oder französischen Behörden, die rechtlichen Fragen waren geklärt, und der Transport der Funde war durch „Lastautomobile“ und Bahn wesentlich erleichtert.⁵¹⁶ Dass Oppenheim aufgefordert wurde, ein Museum in Aleppo mit den dort verbliebenen Funden einzurichten, sprach für eine deutliche Anerkennung seiner Leistungen durch die französisch-syrische Besatzungsmacht.

⁵¹⁴Drehbuch MPR, Jakimow 1885-1962, S. 96.

⁵¹⁵Oppenheim 1931, S. 35.

⁵¹⁶Oppenheim 1931, S. 33.

2.7 Eröffnung des Tell Halaf-Museums 1930

Wie Jakimow berichtete, wurde bereits seit 1928 an der Zusammensetzung der Fundstücke „in einem halbruinierten Fabrikgebäude“ gearbeitet.⁵¹⁷ Da Oppenheim nach den erfolgreichen Verhandlungsergebnissen nun deutlich mehr Raum zur Ausstellung und Bearbeitung der Funde benötigte und der Preußische Staat zum legitimen Erben der Stiftung eingesetzt worden war, vermittelte dieser ihm als Provisorium eine marode Ausstellungshalle in Berlin-Charlottenburg, die zur Technischen Universität gehörte. Die Miete betrug seit dem 1. Januar 1929 „RM 3,- pro Jahr.“⁵¹⁸

Die finanzielle Notlage der Stiftung wog nach wie vor schwer. Wie bereits erwähnt, verpflichtete sich der Museumsfiskus nach dem Abschluss des Vergleichsvertrages von 1928 Oppenheim einen Kredit von 600.000 Mark zu beschaffen, „(...) doch es gelang den Bemühungen des Generaldirektors nur, mir einen solchen von RM 400.000,- zu beschaffen. Durch den Kredit sollten die bis dahin eingegangenen Verpflichtungen abgedeckt und zahlreiche, im französisch-syrischen Mandatsgebiet aus den früheren Grabungen noch vorhandene und mir gehörende Tell Halaf-Funde nach Deutschland gebracht werden. Schließlich sollte ich durch den Kredit in den Stand gesetzt werden, die Verkaufsaktion der hierfür bestimmten Tell Halaf-Skulpturen (...) in Amerika durchzuführen.“⁵¹⁹

Es sollten allerdings Gipsabgüsse von den verkauften Funden gemacht werden, um deren Ausstellung im Tell Halaf-Museum zu ermöglichen. „Ich wollte nur einige wenige der Steinbilder verkaufen, um meine Gläubiger abzulösen und den Rest des Ertrages zur Dotierung meiner Stiftung und meiner eigenen späteren Arbeiten zu verwenden (...)“⁵²⁰

Zum Verkauf in Amerika kam es allerdings nicht mehr, da Oppenheim erst im Frühjahr 1931 dorthin aufbrach und die Folgen der Weltwirtschaftskrise einen Verkauf scheitern ließen.⁵²¹

Der Rest der Oppenheim zustehenden Funde sollte nun in seinem privaten Museum ausgestellt werden. Jakimow schrieb zu den Ausstellungsvorbereitungen nach seiner Rückkehr aus Syrien: „Meine pünktliche Ankunft am Savignyplatz war recht dem Baron [sic.] und erfreute ihn, wir begaben uns sofort in die Fabrikrüne, die in unserer Abwesenheit ganz gut renoviert

⁵¹⁷Drehbuch MPR, Jakimow 1885-1962, S. 94.

⁵¹⁸GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Oppenheim an Kultusministerium, 28.1.1933.

⁵¹⁹PA AA, R. 65740, o. P., Aufzeichnung Oppenheim, 18.3.1933.

⁵²⁰GStAPK, I. HA. NL Scheel, Vol. 3, Abschrift Memorandum zur Ablösung meiner Gläubiger, 15.3.1943.

⁵²¹GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Oppenheim an Kultusministerium, 28.1.1933.

worden war und sehr repräsentativ aussah. Der Kistentransport aus Aleppo traf gerade von Hamburg ein und wurde in einer Pyramide vor dem Tor aufgebaut. In der Halle häuften sich Baumaterial, antike Wasen, zerbrochene Steinfiguren, wertvolle Scherben und Bruchstücke zu Bergen, was alles erst sortiert werden sollte; dann stand mir die Rekonstruktion eines ganzen Hettitischen Tempels bevor, es war kaum alles zu übersehen. Der Baron fragte schon, wie lange es dauern würde: zu seinem Geburtstag solle alles fix und fertig sein, und gleichzeitig Museumseröffnung gefeiert werden.“⁵²² Weiterhin beschrieb er den Aufbau der Tempelfassade und der Götterfiguren. Diese wäre aus Gips angefertigt und neun Meter in die Höhe gebaut worden. Im Zentrum des Kultraumes stützten drei Götterfiguren das Dach. An den Seiten des Zentralraumes hätten sich Flügel als Bilderwand mit Orthostaten angeschlossen.“⁵²³

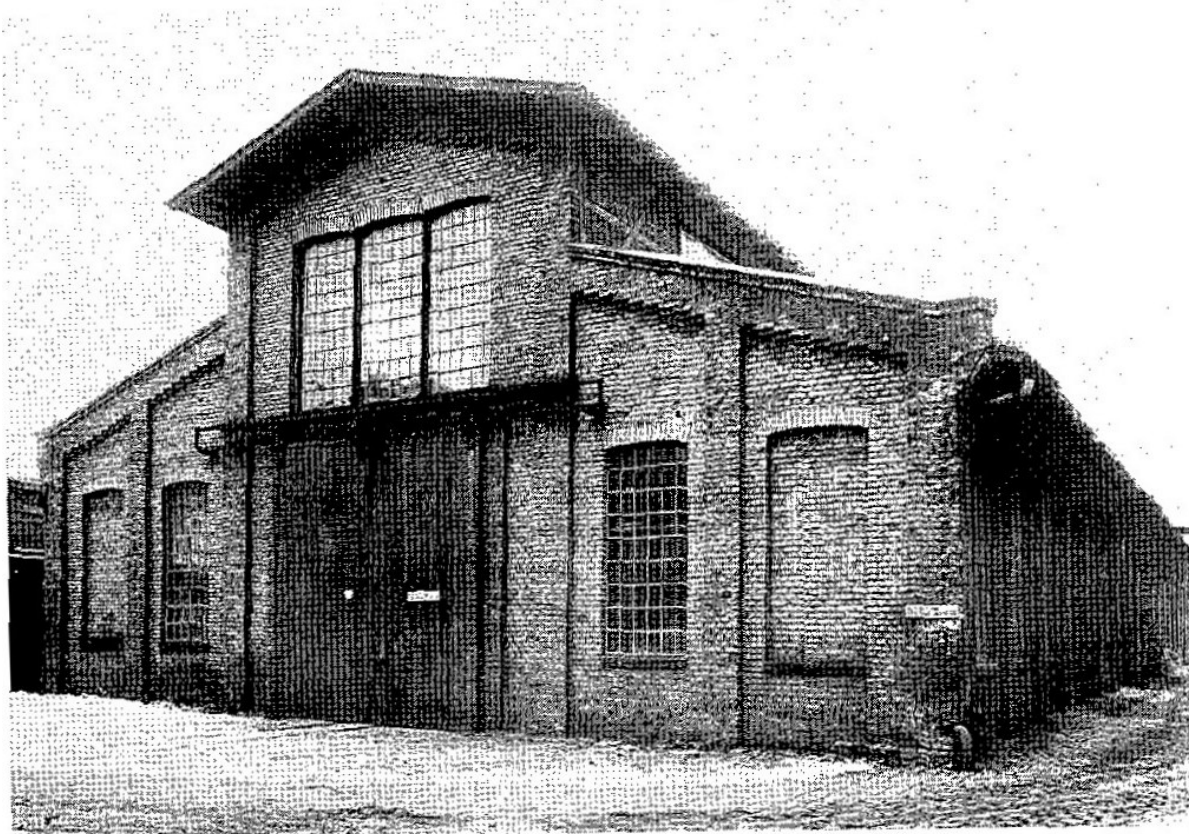


Abb. 9: Das Tell Halaf Museum

⁵²²Drehbuch MPR, Jakimow 1885-1962, S. 103.

⁵²³Drehbuch MPR, Jakimow 1885-1962, S. 103.

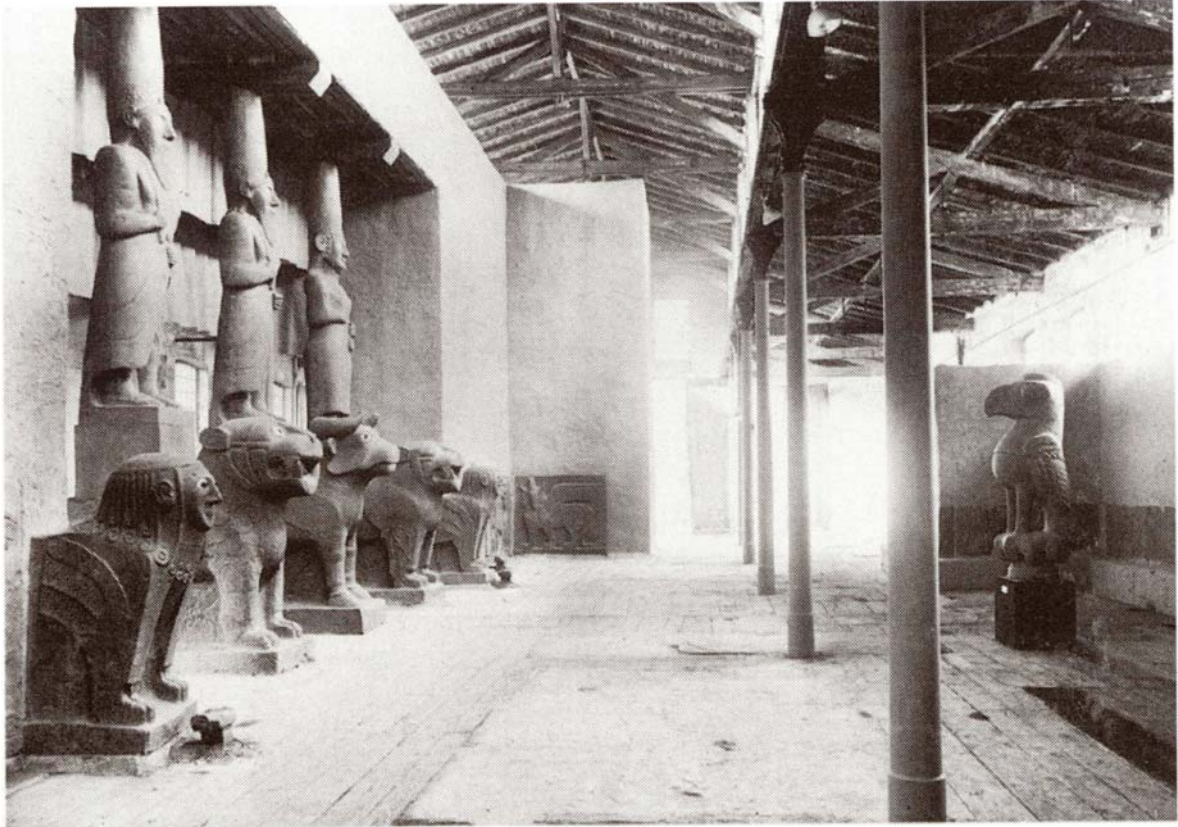


Abb. 10: Ausstellungshalle



Abb. 11: Ausstellungshalle

Unter Oppenheims Leitung entstand ein Museum, das vom Reiseführer Baedeker für Berlin 1936 mit einem Stern empfohlen wurde.⁵²⁴ Die 70 Meter lange und 20 Meter breite Maschinenhalle war in zwei Haupträume aufgeteilt worden. Der erste Hauptraum enthielt „(...) neun Abteile mit den Originalen der Steinbilder, einiger Architektur- und Wirtschafts-Steine usw. sowie mit Gipsabgüssen. In vier Sonderräumen des ersten Hauptraumes sind keramische Gegenstände des Tell Halaf und ältere islamische Sachen der Max Freiherr von Oppenheim-Stiftung untergebracht.

Der zweite Hauptraum der Museumshalle enthält die Rekonstruktion der großen (nördlichen) Vorderfassade sowie des Durchgangs aus dem ersten in den zweiten großen Innenraum des Tempelpalastes ferner die Rekonstruktion der (südlichen) Außenrückwand des Tempelpalastes. Des weiteren ist hier die Rekonstruktion des Riesensonnenvogels auf seinem Säulenpostament und eines Altarsockels mit glasierten Ziegeln aufgestellt. (...) Hinter der großen Vorderfassade sind Bruchstücke weiterer Steinbilder, Architektur- und Wirtschafts-Steine und Lehmziegel im Original sowie Gipsabgüsse zu einer Sondersammlung vereinigt.

In den verschiedenen Räumen der Museumshalle sind architektonische Zeichnungen, Karten und Photographien zur Erläuterung der Ausgrabungen und der Funde ausgehängt. Im Zweiten Hauptraum ist auch ein großes Dreh-Album mit Photos zu Studienzwecken aufgestellt.“⁵²⁵

Im daneben liegenden „Direktorialgebäude“ befanden sich weitere Kleinfunde vom Tell Halaf sowie andere griechisch-römische und islamische Gegenstände. Auch Büroräume der Stiftung und ein fotografisches Atelier wurden hier eingerichtet.⁵²⁶

Am 15. Juli 1930, dem 70. Geburtstag Oppenheims, fand die Eröffnung des Museums statt. Es war dem Publikum unentgeltlich täglich von 10:00 bis 15:00 Uhr und sonntags von 10:00 bis 14:00 Uhr geöffnet und erfreute sich großer Beliebtheit.⁵²⁷ Nach jahrzehntelangem Geheimhalten war es nun endlich möglich geworden, die Funde der Öffentlichkeit zu präsentieren.

⁵²⁴Baedeker, Karl (Hrsg.): Berlin und Potsdam, Leipzig 1936.

⁵²⁵Max Freiherr von Oppenheimstiftung (Hrsg.): Führer durch das Tell Halaf-Museum. Berlin, Franklinstr. 6, Berlin 1934, S. 25-26.

⁵²⁶GStAPK, I. HA. Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Tit. 8, No. 19, Vol. II, Oppenheim an Kultusministerium, 28.1.1933.

⁵²⁷Das Gästebuch des Tell Halaf-Museums ist erhalten geblieben und befindet sich heute im Archiv des Bankhauses Sal. Oppenheim. Es zeugt vom Besuch bekannter Persönlichkeiten, wie Agatha Christie und ihrem Mann, dem Archäologen Max Mallowan und dem Dichter Samuel Beckett. Siehe dazu: Drehbuch MPR.

2.8 Schlussbetrachtung

Blickt der Leser auf die Gründungsgeschichte des Tell Halaf-Museums vom Beginn der Ausgrabungen 1911 bis zur Eröffnung des Museums 1930 zurück, lassen die Ereignisse einen deutlichen Zusammenhang erkennen. Die Gründungsgeschichte basiert auf einer engen Verflechtung von politischen und kulturhistorischen Entwicklungen sowie dem Handeln Max von Oppenheims. Entscheidend für Oppenheims Realisierung seines Lebenswerkes in der Kaiserzeit war die Unterstützung durch den Staat in Person des Kaisers und durch die Königlichen Berliner Museen. Beider Interessen hatte wesentlich mit der Etablierung des deutschen Weltmachtstatus' zu tun. Dieser sollte sich eben auch in den Königlichen Berliner Museen niederschlagen. Oppenheims Tell Halaf-Funde passten in die Reihe archäologischer Leistungen deutscher Ausgräber. Insofern war ihm die Unterstützung wichtiger Institutionen von Beginn an gesichert. Vor diesem Hintergrund wird auch die Hilfe der Bagdadbahnbaugesellschaft bei Oppenheims illegalem Abtransport der Antiken verständlich. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Etablierung des Deutschen Reiches gingen Hand in Hand im Vorderen Orient.

Für Oppenheim selbst bedeutete die Ausgräbertätigkeit eine neue Aufgabe, die hohes Ansehen im Deutschen Reich genoss. Denn seine politische Laufbahn ermöglichte zunächst keine Aufstiegsmöglichkeiten mehr. Wäre er wirklich „Vollblutarchäologe“ gewesen, hätte er bereits um die Jahrhundertwende mit den Grabungen angefangen und nicht erst zwölf Jahre später. Damit soll nicht gesagt werden, dass Oppenheim die Archäologie nicht mit Begeisterung betrieb. Bemerkenswerterweise eignete er sich viele Voraussetzungen wie Ausgrabungsmethoden, Transportmöglichkeiten und Häuserbau alleine an. Außerdem faszinierten ihn die Kulturen des Orients seit seiner frühesten Kindheit und blieben Zeit seines Lebens sein großes Interesse. Doch das Prestige, das mit den Ausgrabungsergebnissen verbunden war und die Aussicht, sich auf diese Weise eine angesehene gesellschaftliche Stellung zu verschaffen oder eben beizubehalten, spielten auch eine wichtige Rolle bei seiner Entscheidung den Lebensweg eines Ausgräbers zu gehen.

Die Quellen zeigen, dass Oppenheim kein besonders beliebter Zeitgenosse war. Dieses ist auf sein zielstrebiges, willensstarkes und eindringliches Wesen zurückzuführen. Diese Eigenschaften verschafften ihm allerdings das nötige Durchhaltevermögen, um sein Ausstellungsziel zu erreichen. Vor dem Hintergrund des Ersten Weltkrieges und der Wirtschaftskrisen der zwanziger Jahre sowie des eigenen finanziellen Bankrotts ist das eine bewundernswerte Leistung. Für Oppenheims Ansehen ist auch folgendes Zitat aus den Erinnerungen Kuno Graf von Har-

denbergs, Hofmarschall am Hessischen Hof, bezeichnend: *„Zum Lunch folgten wir der Einladung des Legationsrates Max von Oppenheim in das Savoi-Hotel. Wir hatten diesen Mann, der nicht nur Orientalist, sondern selbst sogar orientalischen Ursprungs ist, auf Grund eines Empfehlungsschreibens einen Besuch gemacht und diese Einladung war deren Folge. Ich kann nicht sagen, dass mir seine Persönlichkeit in irgendeiner Weise zugesagt hatte, (...) und es dauerte auch nicht lange, bis wir während des nun recht wenig anmutenden Frühstücks in Kunstsachen aneinander gerieten. So früh wie möglich empfahlen wir uns, in der Überzeugung, dass wir alleine angenehmer gefrühstückt haben würden.“*⁵²⁸

Wie erwähnt, unterstützten die Königlichen Berliner Museen Oppenheim in seinem Schenkungs- und Ausstellungswunsch im Zuge machtpolitischer Bestrebungen des Deutschen Reiches. Der besondere historische wie auch fachliche Wert der Funde spielte bei dieser Unterstützung aber auch eine wesentliche Rolle. Dieser Aspekt blieb nach dem Ende des Kaiserreiches die Motivation der Staatlichen Museen, um an einer Ausstellung der Ausgrabungsstücke in den eigenen Hallen festzuhalten. Insbesondere der Zeitraum bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zeugte von einer konstruktiven Zusammenarbeit staatlicher Behörden, Königlicher Museen und Oppenheim. Ohne die tatkräftige Unterstützung aller Parteien wäre es Oppenheim nicht gelungen, so viele Funde heimlich außer Landes zu bringen. Oppenheims schwierige Persönlichkeit, aber auch sein überaus taktisches Kommunikationsgeschick traten immer wieder bei den Verhandlungen über die Anwendung des Geheimabkommens zu Tage. Ob er zum Ziel gekommen wäre, wenn die Generalverwaltung für seine Grabung bei der Hohen Pforte auf eine Fundteilung per Geheimabkommen gedrängt hätte, sei dahingestellt. Auf einer andern Grundlage hielten die königlichen Museumsbeamten zwar im Laufe des Krieges an ihren Forderungen nach Ausgrabungsfunden fest, doch mit dem Zusammenbruch des Deutschen und des Osmanischen Reiches sowie schließlich der Neuordnung des Vorderen Orients gingen ihre Ansprüche verloren. Oppenheim hatte sein Ziel, mit der Schenkung der Funde an die Königlichen Berliner Museen eine Autorität gefunden zu haben, die eine Fundteilung durchsetzen konnte, nicht erreicht.

Mit Deutschlands Weg vom Kaiserreich zur parlamentarischen Demokratie wurden die Königlichen zu den Staatlichen Berliner Museen. Die Museen wurden öffentliche Einrichtungen und unterstanden nicht mehr dem Protektorat des Kaisers, sondern dem demokratischen Staat. Sie mussten sich selbst einer neuen Definition unterziehen. Nur bei den personalpolitischen

⁵²⁸ von Kerksenbrock, Achatz (Hrsg.): *Meine Reise um die Erde im Jahre 1901. Die Tagebücher des Kuno Graf von Hardenberg*, 2006, S. 37.

Strukturen änderte sich erst einmal nichts. Kaisertreue Mitarbeiter blieben und arbeiteten unter vollkommen neuen Bedingungen. Die Weltwirtschaftskrise brach über das Land herein, und die Generalverwaltung kämpfte um finanzielle Mittel für den Weiterbau des kaiserlichen Prestigeobjekts, des zukünftigen Pergamonmuseums. Der Streit um Baukonzeptionen, Innen- und Außenarchitektur sowie Ausstellungspraxen war eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Zukunft der Museen. Diese Dispute gingen auf Kosten des Neubaus, in dem ja auch Oppenheims Ausstellung untergebracht worden wäre. Eine bewusste Teilnahme seinerseits an dieser Entwicklung konnte nicht festgestellt werden. Oppenheim schien sich gleich nach Ende des Krieges von der Vorstellung distanziert zu haben, die Funde in naher Zukunft im Neubau ausstellen zu können. Die Öffentlichkeit durfte von den in Berlin befindlichen Stücken nichts erfahren, waren sie doch illegal im Land. Insofern war Oppenheim daran erst gelegen diese zu präsentieren, wenn er eine rechtliche Grundlage für deren Besitz hatte. Diese Grundlage betraf natürlich auch die noch auf dem Tell Halaf lagernden Funde.

Der Staat nahm von nun an die entscheidende Rolle in Oppenheims Stiftungs- und Ausstellungsbestrebungen ein. Denn der Museumsneubau lag brach und die Generalverwaltung konnte nicht, wie vertraglich zugesichert, die nötigen Mittel bereitstellen, um Oppenheim die Arbeit an den Funden zu ermöglichen. So suchte er in den zwanziger Jahren nach alternativen Lösungen für seine finanziellen Schwierigkeiten. Dabei wurde das Kultusministerium ein wichtiger Verhandlungspartner. Oppenheims Kommunikationsgeschick trat wieder bei dem Erhalt seiner Stiftung und des Orientforschungsinstituts zu Tage. Die dazugehörige Bibliothek ohne finanzielle Aufwendungen auszubauen, war eine seiner großen Leistungen. Ob diese nun seinen persönlichen Sammlerinteressen oder wirklich der Forschung dienen sollte, bleibt strittig. Ab Mitte der zwanziger Jahre standen ihm verschiedene schwierige Aufgaben bevor: endlich die noch auf dem Tell Halaf lagernden Funde zu erhalten und deren Ausstellung zu ermöglichen, das Überleben seiner Stiftung zu sichern und zu seinem Recht aus dem Schenkungsvertrag mit den Staatlichen Museen zu kommen. Diese Aufgaben bewältigte er zum großen Teil alleine.

Oppenheims engagiertem Bemühen nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und den daraus resultierenden rechtlichen Möglichkeiten war es zu verdanken, dass er eine großzügige Fundteilung mit der französisch-syrischen Mandatsmacht erreichen konnte. Das war nach dem Krieg eine seiner größten Leistungen. Dieses Mal gelangte er ohne Druck auf die Behörden an sein Ziel. Die Preußischen Museen hätten ohne seinen Einsatz ihren Fundanteil nicht erhalten, da Ausgrabungsfunde rechtlich nur Privatpersonen, nicht aber Staaten zugestanden

wurden. Die Franzosen rechneten Oppenheim seine wissenschaftlichen Leistungen hoch an und bedachten ihn großzügig bei kommenden Fundteilungen. Das gute Verhältnis zum Direktor des Antikenwesens in Syrien, Charles Virolleaud, wirkte sich zusätzlich vorteilhaft für die Vergabe weiterer Grabungskonzessionen auf dem Tell Halaf und Umgebung aus. Oppenheims unerschütterlicher Optimismus begleitete ihn wieder bei zwei darauf folgenden erfolgreichen Grabungskampagnen, aus denen er ebenfalls Funde mit nach Berlin bringen konnte. In Oppenheims langem Kampf um die Funde hatten sich interessanterweise die Bedingungen für deren Erhalt am Ende umgekehrt. Nicht mehr der Staat vertreten durch die Museen musste als Verhandlungspartner eintreten, sondern der Privatmann Oppenheim. Auch eine bezeichnende Veränderung für das Ende des Kaiserreiches und die Weimarer Republik.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Stiftung und des Orientforschungsinstituts zogen sich wie ein roter Faden durch die Entwicklung. Daran hatten die kulturpolitischen Hintergründe, Oppenheims Wirtschaftsweise und die fehlende Unterstützung seitens der Staatlichen Museen ihren Anteil. Ein Zusammenbruch der Stiftung drohte bereits ab Mitte der zwanziger Jahre. Oppenheim konnte weder seine in Berlin lagernden Funde noch künftige mögliche Grabungen durch das Stiftungsvermögen finanzieren. Die Staatlichen Museen waren ihren finanziellen Verpflichtungen aus dem Schenkungsvertrag zur Erhaltung und Bearbeitung der Funde nur teilweise nachgekommen, ein Großteil der Zahlungen stand noch aus. Das lag zum einen an der Geldentwertung und zum anderen an der konträren Auslegung des Schenkungsvertrages. Denn Oppenheim berief sich bei der Auslegung des Schenkungsvertrages auf die Funde, die er bereits ausgegraben hatte, nicht die noch auszugrabenden. Außerdem brachte er durch neu erlangte Grabungskonzessionen und großzügige Fundteilungen deutlich mehr Funde mit nach Berlin als laut Schenkungsvertrag von 1918 festgelegt und stellte, sich auf diese Tatsache berufend, nun höhere Entschädigungen an die Generalverwaltung. Diese bestätigte in verschiedenen Fachgutachten zwar die berechtigten höheren Forderungen, war aber nicht in der Lage, die Beträge aufzubringen. Die Generalverwaltung konnte auch keine weiteren Grabungskampagnen finanzieren. Zusätzlich hatte sich die Sachlage in der Hinsicht verändert, dass Oppenheim 1922 eine Stiftung gegründet hatte, die allerdings erst 1929 rechtsgültig wurde, und diese nach seinem Tod dem Preußischen Staat vermachte. Dem Staat standen folglich ohnehin alle Funde zu. Somit kam es zum Vergleich zwischen Oppenheim und den Staatlichen Museen. Danach behielten diese die größtenteils bereits 1914 übergebenen Funde für sich und erhielten noch weitere Fundanteile aus den Grabungskampagnen Ende der zwanziger Jahre. Den Rest der Oppenheim zustehenden Funde behielt er bzw. gingen in das Stiftungseigentum über, um durch Teilverkauf und Verpfändung die Stiftung erhalten zu können.

Ob diese Lösung im Nachhinein so sinnvoll war, bleibt dahingestellt. Schon mit der Stiftungsgründung 1922 verschob sich Oppenheims Wunsch, die Funde durch die Staatlichen Berliner Museen präsentieren zu lassen. Denn die Stiftung und das Orientforschungsinstitut bildeten nun zusätzlich zu den Ausgrabungsfunden seine Hinterlassenschaft. Oppenheims Erbe rückte in den Vordergrund, für dessen Erhalt er bereit war, auch Funde zu veräußern. Der Abschluss des Vergleichsvertrages scheint vor diesem Hintergrund gerechtfertigt zu sein. Denn Oppenheims Ziel war es ja das Überleben der Stiftung und die Fortführung der orientalischen Forschungen. Trotzdem wäre den Museen zu wünschen gewesen, die Übernahme finanzieren zu können. Dann hätten die Funde möglicherweise den Zweiten Weltkrieg überlebt und Oppenheim wären viele weitere Strapazen ersparen geblieben.

Neben diesen Problemstellungen stand die Umwandlung der Stiftung im Vordergrund. Der lange Prozess war bezeichnend für Oppenheims schwierigen Charakter, der sich immer wieder in überzogenen Forderungen erkennbar wurde. Fortwährend beantragte er vom Kultusministerium finanzielle Unterstützung, wollte dafür jedoch keine rechtlichen Zugeständnisse machen. Daher weigerte sich das Kultusministerium, seine 1922 gegründete Stiftung anzuerkennen. Der Preußische Staat war danach zwar bereits zum Alleinerben eingesetzt worden, forderte für finanzielle Zuschüsse seinerseits jedoch, dass Oppenheim seiner Stiftung eine Form gab, nach der Rechtssicherheit für dieses Erbe herrschte. Erst nach langen, schwierigen Verhandlungen und kurz vor dem finanziellen Bankrott wurde diese Justierung durch einen Erbvertrag 1929 umgesetzt.

Endlich hatte Oppenheim Ende der zwanziger Jahre das Ziel erreicht. Nach seinen erfolgreichen Verhandlungsergebnissen und zwei weiteren Expeditionen, gelangten die Funde aus Syrien nach Berlin. Doch nun reichte die Museumswohnung bei weitem nicht mehr aus. Die Staatlichen Museen waren von ihrer Verpflichtung entbunden, Oppenheim Ausstellungsraum für die ihm zustehenden Funde zu ermöglichen. Da das Erbe dem Preußischen Staat nun rechtlich gesichert schien, vermittelte er Oppenheim größere Ausstellungsmöglichkeiten. Eine marode Fabrikhalle in Berlin Charlottenburg sollte das zukünftige Museum werden. Oppenheim ließ sich abermals durch nichts aufhalten. Weder Kälte noch bauliche Mängel konnten ihn in seinem Ausstellungswunsch behindern. Oppenheim hatte mit der Eröffnung des Tell Halaf-Museums zwar nur ein Provisorium geschaffen, dessen Zukunft ungewiss war, konnte jedoch endlich die wissenschaftlichen Errungenschaften der Öffentlichkeit zugänglich machen.

2.9 Epilog

Die Gründung des Tell Halaf-Museums im Jahre 1930 bedeutete weder das Ende einer schwierigen noch den Anfang einer besseren Zeit. Der Stiftung drohte in den kommenden Jahren immer wieder der finanzielle Ruin. Oppenheim führte fortwährend Verhandlungen mit den Staatlichen Museen über eine Übernahme der Funde und verfolgte sogar den Verkauf des gesamten Museums nach Amerika. Er reiste allerdings zu spät dorthin, die Weltwirtschaftskrise war bereits über das Land hereingebrochen und lies einen Verkauf seiner Funde scheitern.⁵²⁹

Laut Teichmann waren die dreißiger Jahre geprägt vom Kampf um das finanzielle Überleben der Stiftung und des Instituts sowie vom Kampf Oppenheims um sein eigenes Leben. Denn Oppenheim war als Halbjude „zum Rassenfeind“ erklärt worden.⁵³⁰ Wie überlebte er diese Jahre im nationalsozialistischen Deutschland?

Oppenheim selbst nannte unter anderem seinen anerkannten Ruf als Wissenschaftler, seine guten Beziehungen zu Regierungsbehörden, die Unterstützung durch das Reichserziehungsministerium und seine umfangreichen Orientkenntnisse ausschlaggebend.⁵³¹ Beispielsweise gab er dem Leiter des Orientreferats, Werner Otto von Hentig, der 1940 nach Syrien reisen wollte, „*Empfehlungsschreiben an einflussreiche syrische Politiker und Stammesführer*“ mit. Oppenheim wurde auch vom Auswärtigen Amt in Anspruch genommen, wenn hohe Beamte aus dem Orient zu Besuch kamen.⁵³² Dieses Vorgehen sprach deutlich dafür, dass Oppenheim auch als Halbjude eine durchaus bedeutende Funktion zukam. Welche hochrangigen Personen ihn in Deutschland während der NS-Zeit letztlich schützten, bleibt eine spannende, für die Forschung zu klärende Frage.

Bis zum Zweiten Weltkrieg verblieb das Tell Halaf-Museum auf dem ehemaligen Fabrikgelände in Berlin-Charlottenburg. Das Vorderasiatische Museum zeigte zwar stetes Interesse an einer Übernahme, konnte allerdings keine Einigkeit mit Oppenheim erzielen. Es ist anzunehmen, dass das fortwährende Scheitern einer Übernahme auch an der antisemitischen Haltung des damaligen Generaldirektors der Staatlichen Berliner Museen, Professor Otto Kümmel,

⁵²⁹Teichmann/Völger 2001, S. 84.

⁵³⁰Teichmann/Völger 2001, S. 84.

⁵³¹Teichmann/Völger 2001, S. 90.

⁵³²Teichmann/Völger 2001, S. 91.

lag. Dieser äußerte sich mehrfach abfällig über Oppenheim, war jedoch an der Tell Halaf-Sammlung sehr interessiert.⁵³³

Ende der dreißiger Jahre wurde Helmuth Scheel, Präsident der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Kuratoriumsmitglied und übernahm die Geschicke der Stiftung.⁵³⁴ Der Schriftwechsel der Stiftung ist in diesen Jahren geprägt von müheseligen Verhandlungen über Publikationsrechte, die wissenschaftlichen Werke über den Tell Halaf und Oppenheims Eingriffen in die wissenschaftlichen Bearbeitungen seiner Mitarbeiter.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden sowohl die Museumswohnung am Savignyplatz als auch das Tell Halaf-Museum bei Bombenangriffen zerstört. Oppenheim erlebte die Zerstörung seines Lebenswerkes im entfernten Dresden und zog dann nach Bayern, wo er am 15. November 1946 verstarb. Die zerborstenen Überreste des Tell Halaf-Museums wurden unter tatkräftiger Mithilfe des Direktors des Vorderasiatischen Museums, Walter Andrae, zum großen Teil in den Kellern des Pergamonmuseums deponiert.⁵³⁵ Dort lagerten sie über Jahrzehnte. In Westdeutschland wurde die Sammlung vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in einer Publikation über „*Die Verluste der öffentlichen Kunstsammlungen in Mittel- und Ostdeutschland 1943-1946*“ mit „*Das Tell Halaf-Museum ist als Ganzes zugrundegegangen.*“ vermerkt.⁵³⁶

Die Max Freiherr von Oppenheim-Stiftung verlegte Anfang der fünfziger Jahre ihren Sitz nach Köln. Hierher hatte der ehemalige Stiftungsmitarbeiter Werner Caskel einige Sammlungüberreste aus der Museumswohnung mitnehmen können. Da er dort eine Berufung an das Orientalische Seminar der Universität Köln bekam, wurden der Einrichtung die Sammlungen leihweise zur Verfügung gestellt. 1991 kam es dann zu einem Dauerleihgabevertrag mit der Oppenheim-Stiftung.⁵³⁷ Weitere Sammlungüberreste befinden sich heute im Rautenstrauch-Joest-Museum für Völkerkunde in Köln, dem Archäologischen Seminar der Universität Köln, im Ägyptischen Museum Berlin und im Ethnologischen Museum Berlin.

⁵³³Siehe zu Kümmels Zitat über Oppenheim: Teichmann/Völger 2001, S.89. Da die Verfasserin keine Quellen des Vorderasiatischen Museums eingesehen hat, konnte sie zu den Verhandlungen Oppenheims mit dem VAM nichts erforschen.

⁵³⁴Siehe zu der Stiftungsentwicklung und dem Tell Halaf-Museum in der 30er und 40er Jahren Schriftwechsel von Kuratoriumsmitglied Helmuth Scheel; in: GStAPK, VI. HA., NL Helmuth Scheel, Vol. I.-VII., 1939-67.

⁵³⁵Siehe dazu: Schriftwechsel Oppenheim mit dem Museum für Islamische Kunst: MfIK, Briefe allgemein; Oppenheim an Kühnel; Oppenheim an Erdmann.

⁵³⁶Zitiert nach Goldmann, Klaus/ Siegfried Wöffling: Die Max Freiherr von Oppenheim-Stiftung. Ihr Berliner Tell Halaf-Museum, in: Museumsjournal Nr. 2, 1992.

⁵³⁷Teichmann/Völger 2001, S. 309.

Weitere Grabungsfunde befinden sich neben denen im Vorderasiatischen Museum Berlin, im Institut für Vorderasiatische Altertumskunde der Freien Universität Berlin, im Museum für islamische Kunst Berlin, im Archäologischen Seminar der Universität Köln und in weiteren Museen in der Türkei, in Syrien, in Frankreich, England und den USA.⁵³⁸

Die politische Wende in Deutschland 1989/90 ermöglichte erste Gespräche zwischen der Oppenheim-Stiftung und den Staatlichen Museen über einen Verbleib der Überreste. Anfang der neunziger Jahre erfolgten Bestandsaufnahmen, die eine Rekonstruktion vieler Funde möglich erscheinen ließen. Voraussetzung hierfür war die 1990 beschlossene Zusammenführung der Staatlichen Museen und der zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz gehörenden Museen, nach der die archäologischen Sammlungen auf der Museumsinsel vereinigt werden sollten. Ein umfangreiches Sanierungs- und Weiterentwicklungsprogramm wurde in Gang gesetzt. Durch den Zugewinn an Ausstellungsfläche sollte nun auch endlich das Tell Halaf-Museum einen Platz haben.⁵³⁹ Am 20. Januar 1998 wurde ein Leihvertrag zwischen der Max-Freiherr von Oppenheim-Stiftung und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz geschlossen, in dem die Max-Freiherr von Oppenheim-Stiftung die Überreste des Tell Halaf-Museums den Staatlichen Museen als Leihgabe überließ.⁵⁴⁰

Nun begann ein umfangreiches Rekonstruktionsprojekt, das zum Ziel hat, die wiederherzustellenden Teile des Tell Halaf-Museums im Vorderasiatischen Museum auszustellen.⁵⁴¹ Die Eröffnung soll in wenigen Jahren im Zuge der Sanierung und der Neugestaltung der Museumsinsel stattfinden. Denn 1999 beschloss der Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz „den Masterplan zu Rekonstruktion und zur Weiterentwicklung der Museen.“ Dabei soll auch das im Krieg schwer beschädigte Pergamonmuseum zum Zentrum der Museumsinsel ausgebaut werden. Es soll ein „vierter Flügel“ gebaut werden mit dem Ziel, eine Verbindung des Nord- und Südflügels entlang des Kupfergrabens zu schaffen.⁵⁴² Der Rundgang im Hauptgeschoss des Gebäudes wird mit einer Halle abgeschlossen werden, die ägyptische Architekturen und die Rekonstruktion der Tempelfassade vom Tell Halaf beherbergen soll. Erst dann wird das Ausstellungswerk Oppenheims endlich vollendet zu sein.

⁵³⁸Eine detaillierte Auflistung in: Teichmann/Völger 2001, S. 424 ff.

⁵³⁹Siehe zur Geschichte der Rekonstruktion und zum „Tell Halaf-Projekt“: Cholidis/Martin 2002, S. 58.

⁵⁴⁰Bonatz, Dominik: Die Denkmäler des Tell Halaf. Eine neue Aufgabe für das Vorderasiatische Museum, in: EOS 3, 1998, S. 8 ff.

⁵⁴¹Siehe dazu auch: Geismeyer, Stefan/Lutz Martin: Ein Puzzle aus Stein. Rekonstruktionen von Skulpturen und Reliefs aus den Ausgrabungen am Tell Halaf/Syrien, in: EOS 7, 1999, S. 21 ff.

⁵⁴²Wedel, Carola (Hrsg.): Die neue Museumsinsel. Der Mythos, Der Plan, Die Vision, Berlin 2002, S.41.